



Kultur Stadt Berlin – Perspektiven durch Kultur?

Dokumentation der Kulturkonferenz der Ständigen Kulturpolitischen Konferenz und der Landesarbeitsgemeinschaft Kultur Berlin der Partei DIE LINKE am 2. September 2011 im KulturGut Alt-Marzahn in Berlin

DIE LINKE.

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----------|
| Vorbemerkung | 3 |
| Pressemitteilung zu den Ergebnissen der Konferenz vom 5. September 2011 | 4 |
| Programm der Konferenz | 5 |
| Fragen zur Konferenz | 6 |
| Protokoll | 9 |
| I. Kultur in der Stadt, Kultur der Stadt – Perspektiven durch Kultur? | |
| Einstiegsreferat von Dr. Thomas Flierl | 9 |
| Referat von Prof. Dr. Volker Kirchberg: Künstlerräume zwischen Skylla und Charybdis? Politik/Ökonomie und Autonomie als Basis und Barriere künstlerischer Kreativität in Baltimore | 14 |
| Erstes Podium | 24 |
| II. Kulturarbeit im Spannungsfeld von Institutionen und Projekten | |
| Grußwort von Dagmar Pohle | 32 |
| Zweites Podium | 33 |
| III. Kreative in Berlin | |
| Impulsreferat von Almuth Hartwig-Tiedt | 41 |
| Drittes Podium | 44 |
| Abschlusspodium: Kultur Macht Berlin | 52 |
| Selbstdarstellungen der Einrichtungen/Projekte | |
| Kunst-Stoffe – Zentralstelle für wiederverwendbare Materialien e.V. | 57 |
| Galerie M | 58 |
| ORWO-Haus | 60 |
| Uferstudios für zeitgenössischen Tanz | 61 |
| Beitrag von Andreas Altenhof (Neuköllner Oper) | 63 |
| Stefan W. Thielke: Das aktuelle Wortstudio in der Provinz | 65 |
| Nepomuk Ullmann: Kreuzberger Literaturwerkstatt | 66 |
| Anlagen | |
| Selbstdarstellung KulturGut in Alt-Marzahn | 67 |
| Selbstdarstellung Ständige Kulturpolitische Konferenz | 68 |
| Information zur Landesarbeitsgemeinschaft Kultur Berlin der Partei DIE LINKE. | 70 |
| Anouk Meyer über die Konferenz im Neuen Deutschland vom 05.09.2011 | 71 |
| Auszug aus dem Landeswahlprogramm zur Kultur | 72 |
| Auszug aus dem Parteiprogramm zur Kultur | 74 |

DIE LINKE.

Ständige Kulturpolitische Konferenz
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: 030/24009-357

E-Mail: gert.gampe@die-linke.de

V.i.S.d.P. Gert Gampe

Redaktion: Annette Mühlberg und Hella Mewis

Redaktionsschluss: Dezember 2011

Titelbild: »Berlin Mitte und Marzahn« aus BERLINER HÄUSER FLUCHT 3, Stefan Paubel, 2011

Satz und Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

ISBN 978-3-00-037092-2

Vorbemerkung

Noch vor der Wahl in Berlin diskutierten wir am 2. September 2011 mit verschiedenen Akteuren aus Politik, Wissenschaft und der Kulturszene auf einer eintägigen Konferenz im KulturGut in Alt-Marzahn über die Perspektiven der Kultur in Berlin. Kultur Stadt Berlin – Perspektiven durch Kultur? Das Fragezeichen war ernst gemeint, sahen wir doch verschiedene Bedrohungen für die Entwicklung dieser Stadt und deren Kultur. Auch deshalb hatten wir diese Konferenz gemacht, um Strategien für die Zukunft zu finden. Das Ergebnis der Debatte halten wir in dieser Dokumentation fest. Sie war für uns außerordentlich ertragreich. Wir bedanken uns bei allen, die daran mitwirkten. Wir haben uns

vorgenommen, dass wir die mit der Konferenz begonnene Diskussion im nächsten Jahr in verschiedener Weise in kleineren und größeren Foren fortsetzen und uns dann auch erneut zu einer Konferenz treffen. Für uns als Linke ist das Wahlergebnis Anlass, uns neu über unser Profil, unsere Arbeitsweisen und Kommunikationsformen zu verständigen, unter uns und vor allem mit vielen anderen und das nicht als Selbstzweck – geht es uns doch nach wie vor um ein soziales und kulturell vielfältiges Berlin.

Berlin, Dezember 2011
Annette Mühlberg und Wolfgang Brauer

Pressemitteilung zu den Ergebnissen der Kulturkonferenz am 2. September 2011

Kultur Stadt Berlin – Perspektiven durch Kultur!

Für Berlin ist Kultur mehr noch als für andere Städte ein entscheidender Faktor städtischer Entwicklung. Wie aber kann Kultur tatsächlich zur Zukunftsresource werden? Darüber diskutierten am 2. September 2011 PolitikerInnen, WissenschaftlerInnen und Kreative auf einer eintägigen Konferenz im Kulturgut in Alt-Marzahn, veranstaltet von der Ständigen Kulturpolitischen Konferenz und der Landesarbeitsgemeinschaft der Partei DIE LINKE in Zusammenarbeit mit dem Kulturforum der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Als erstes Fazit der außerordentlich produktiven Debatte halten wir als Veranstalter fest:

Es bedarf einer Gesamtstrategie für die Zukunft Berlins und darin eingeschlossen eines Kulturkonzepts, das den gesamtstädtischen und den bezirklichen Erfordernissen gerecht wird. Dieses Konzept muss unter Mitwirkung aller kulturell Aktiven und Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt diskutiert und erarbeitet werden. Wir wollen die in Alt-Marzahn begonnene Debatte deshalb in verschiedener Form fortsetzen und in einen kontinuierlichen Dialog mit den Kreativen dieser Stadt kommen.

Die Kulturschaffenden und Kreativen brauchen verlässliche Rahmenbedingungen und eine auskömmliche Finanzierung. Dabei muss insbesondere den projektförmigen Arbeitsbedingungen und der Zunahme an selbstständigen und unständigen Beschäftigungen besser Rechnung getragen werden. Damit Künstler und Kulturschaffende von ihrer Arbeit leben können, sind Honoraruntergrenzen und Festlegungen zur Zahlung von Ausstellungshonoraren für bildende Künstlerinnen und Künstler nötig. Der Öffentlich geförderte Beschäftigungssektor im Kulturbereich sollte auch unter den

veränderten arbeitsmarktpolitischen Rahmenbedingungen fortgesetzt und ausgebaut werden.

Die finanziellen Rahmenbedingungen für die Arbeit der Städte und Gemeinden müssen prinzipiell verbessert werden, damit sie wieder ihren Aufgaben zur öffentlichen Daseinsvorsorge nachkommen können. Berlin ist eine Mehrkommunengroßstadt. Die Kulturarbeit in den Bezirken ist ein wichtiger Bestandteil gesamtstädtischer Kulturpolitik. Land und Bezirke sollten verbindliche Standards für die kulturelle Infrastruktur vereinbaren und dafür auch eine ausreichende Finanzierung sichern.

Die Kulturarbeit in Berlin muss sich stärker an der multiethnischen Stadtgesellschaft Berlins ausrichten. Dafür sollte ein »Fonds« für kulturelle Vielfalt aufgelegt werden. Kulturelle Vielfalt und die Teilhabe aller bedarf sozialer Voraussetzungen wie z. B. bezahlbarer Mieten. Ungenutzte Liegenschaften und Freiräume der Stadt sollten verstärkt für kulturelle Nutzungen geöffnet werden.

Kulturpolitik ist als Querschnittsaufgabe verschiedener Ressorts zu begreifen. Besonders enge Verbindungen gibt es zur Stadtentwicklung. Dem sollte auch beim Verwaltungszuschnitt Rechnung getragen werden. Kultur sollte unbedingt wieder als eigenständiges Ressort geführt werden.

Thomas Flierl (Sprecher der Ständigen Kulturpolitischen Konferenz), Wolfgang Brauer (MdB, Kulturpolitischer Sprecher der Linksfraktion in Berlin), Annette Mühlberg (Sprecherin der Ständigen Kulturpolitischen Konferenz und Koordinatorin der LAG Kultur Berlin der Partei DIE LINKE.)

Berlin, den 5. September 2011

Programm der Konferenz

»Kultur ist ein prägender Faktor der Stadt Berlin, der auch wirtschaftlich weiter an Gewicht gewinnt. Die Vielfalt der Berliner Kultur und ihrer sozial-kulturellen Milieus zwischen etablierter Hochkultur, freier Szene, kreativer Kulturwirtschaft und bürgerschaftlichem Engagement bestimmt ganz erheblich die internationale Anziehungskraft dieser Stadt und die Lebensqualität ihrer Bürgerinnen und Bürger. Stadtpolitik sollte daher Berlins Reichtum an kulturellen Institutionen und Infrastruktur, seine kulturelle Vielfalt und die Kreativität seiner kulturellen Milieus als belebende Kräfte zukünftiger Stadtentwicklung fördern.« So steht es im Landtagswahlprogramm der Linken von Berlin. Wie aber sieht es wirklich aus? Welche Rolle spielt Kultur derzeit in der Stadtpolitik? Wie ist die Situation der Einrichtungen und Projekte, wie die der Kreativen? Wie sind die derzeitigen Förderstrukturen und wie sollten sie aussehen? Wo müsste eine zukunfts-fähige Stadtpolitik ansetzen? Welche Erfahrungen wurden in anderen Städten und Regionen gemacht? Diesen Fragen wollen wir mit unserer Konferenz nachgehen und laden herzlich zur Debatte ein.

Ablaufplan:

11.00– 11.15 Uhr Begrüßung:

Dr. Thomas Flierl/Dr. Annette Mühlberg (Ständige Kulturpolitische Konferenz) und Marion Winkelmann (AGRARBÖRSE Deutschland Ost e.V.)

I. Kultur in der Stadt, Kultur der Stadt – Perspektiven durch Kultur?

11.15– 11.30 Uhr Einstiegsreferat

Dr. Thomas Flierl (Kultursenator a. D., Leiter des Kulturforums der Rosa-Luxemburg-Stiftung)

11.30– 12.30 Uhr Künstlerräume zwischen Skylla und Charybdis?

Politik/Ökonomie und Autonomie als Basis und Barriere künstlerischer Kreativität – ein Beispiel aus den USA, Prof. Dr. Volker Kirchberg (Leuphana-Universität Lüneburg, Kulturwissenschaften, Institut für Kulturtheorie, Kulturforschung und Künste)

12.30– 13.30 Uhr 1. Podium Prof. Dr. Volker Kirchberg, Dr. Thomas Flierl, Christoph Twickel (Journalist und Autor, Initiative Not in Our Name, Marke Hamburg!), Dr. Joachim Hetscher (Kulturforum Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW), Moderation: Astrid Landero (Journalistin Berlin)

13.30– 14.30 Uhr Mittagspause

Grußwort Dagmar Pohle (Bezirksbürgermeisterin Marzahn-Hellersdorf)

II. Kulturarbeit im Spannungsfeld von Institutionen und Projekten

14.30– 15.30 Projektpräsentationen

Anne Wolf (ORWO-Haus), Dr. Corinna Vosse (Kunst-Stoffe – Zentralstelle für wiederverwendbare Materialien e. V.), Barbara Friedrich (Uferstudios für zeitgenössischen Tanz), Andreas Altenhof (Neuköllner Oper), Nepomuk Ullman und Stefan W. Thielke (Berliner Lesebühnen), Karin Scheel (Galerie M Berlin)

15.30– 16.30 Uhr 2. Podium

Wolfgang Brauer (MdA), Dr. Heike Meves (Leiterin des Amtes für Bildung und Kultur Marzahn-Hellersdorf), Dr. Michael Nelken (Bezirksstadtrat Pankow), Dorothea Roewer (Förderband e.V. Kulturinitiative Berlin), Florian Schöttle (Atelierbeauftragter BBK Berlin), Lutz Wunder (Kulturring in Berlin e. V./ Projektbereich Ost)
Moderation: Astrid Landero

16.30– 17.00 Uhr Kaffeepause

III. Kreative in Berlin

17.00– 17.15 Uhr Impulsreferat

Almuth Hartwig-Tiedt (Staatssekretärin für Wirtschaft, Technologie und Frauen Berlin)

17.15– 18.30 Uhr 3. Podium

Almuth Hartwig-Tiedt, Herbert Mondry (Berufsverband Bildender Künstler Berlin), Sabine Schöneburg (ver.di Berlin-Brandenburg), Anne Passow (Landesverband Freie Theaterschaffende Berlin e. V.), Olaf Kretschmar (Clustermanager Berlin Music Commission eG), Björn Gottstein (Initiative Neue Musik), Inga Zimprich (Haben und Brauchen/ Netzwerk freier Projekträume und Kunstinitiativen), Moderation: Astrid Landero

18.30– 19.00 Uhr Abschlussrunde: Kultur Macht Berlin

Dr. Thomas Flierl, Wolfgang Brauer und Leonie Baumann (Rat für die Künste/Rektorin Kunsthochschule Weißensee)

Ausklang im Marzahner Krug

Fragen für die Kulturkonferenz »Kultur Stadt Berlin – Perspektiven durch Kultur?« am 2. September 2011

I. Kultur in der Stadt, Kultur der Stadt – Perspektiven durch Kultur?

In den Thesen der Stiftung Zukunft Berlin vom August 2011 heißt es: »Für Berlin ist Kultur mehr als für andere Städte die zentrale Ressource städtischer Zukunftsentwicklung ... Es ist an der Zeit, das größte Potential, die Kultur der Stadt, zum Faktor der Zukunftsentwicklung Berlins zu machen.«

Wir teilen diese Überzeugung, wie auch die dort enthaltenen Anforderungen an künftige Stadtpolitik. Dennoch haben wir den Titel unserer Konferenz mit einem Fragezeichen versehen und wollen im ersten Teil der Veranstaltung genauer nachfragen, ob und in welcher Weise Städte und Regionen generell, und Berlin im speziellen, Perspektiven durch Kultur gewinnen können. Dazu ist auch der Blick auf andere Städte und Regionen und dortige Erfahrungen sinnvoll. Wir fragen deshalb:

In welcher Weise und unter welchen Bedingungen kann Kultur zur Zukunftsressource städtischer oder regionaler Entwicklung werden?

Welche Rahmenbedingungen gibt es dafür derzeit in Berlin, in anderen Städten wie in Hamburg, in einem Flächenland wie NRW? Wie ist Stadtpolitik dort ausgerichtet, welchen realen Stellenwert hat Kultur derzeit? Welchen Stellenwert hat Kulturpolitik und wie ist das Verhältnis zu anderen Politikfeldern?

Wie sind die finanziellen Rahmenbedingungen? Welche Auswirkungen sind angesichts von Finanz- und Wirtschaftskrise, Schuldenbremse usw. auf die Kulturhaushalte und die kulturelle Infrastruktur zu erwarten? Welchen Spielraum hat Stadtpolitik um Kultur als Zukunftsressource zu behandeln? Wie sind die politischen Einflussmöglichkeiten, wie die von BürgerInnen und Kulturakteuren?

Wie sind die sozialen Rahmenbedingungen für kulturelle Vielfalt und den Erhalt von sozialer und kultureller Mischung in den Stadtquartieren? Ist Kulturentwicklung hier unbesehen als positiv zu betrachten? Inwiefern kann Kultur zu mehr Lebensqualität von Bürgerinnen und Bürgern beitragen? Wieviel und welche Kultur braucht eine Stadt/ein Stadtteil – lässt sich hier ein Bedarf quantitativ und qualitativ formulieren? Wieviel Kultur trägt sie? Kann es ein zuviel an Kulturstätten und Kreativen in einer Stadt/einem Stadtteil geben? Gibt es vielleicht schon zuviel davon in Berlin?

Inwiefern befördert die Ansiedlung von Kulturstätten und Kreativen auch Prozesse der ökonomischen Aufwertung und dadurch bedingten Verdrängung von BewohnerInnen aus städtischen Räumen, die dann auch die Kreativen selbst trifft? Geschieht das zwangsläufig, oder kann etwas dagegen getan werden?

Wo müsste Stadtpolitik ansetzen um kulturelle Vielfalt und sozial-verträgliche Stadtentwicklung miteinander in Einklang zu bringen?

II. Kulturarbeit im Spannungsfeld von Institutionen und Projekten

Die Berliner Kultur lebt im Spannungsverhältnis von Institutionen und Projekten, es gibt keine eindeutigen Abgrenzungen, der gegenwärtige Zustand ist Ergebnis historisch gewachsener, oft diskontinuierlicher und heterogener Entwicklung, von Teilung und Wiedervereinigung der Stadt.

Vieles, was zunächst als Projekt begann, ist inzwischen Institution und Tradition. Einiges, was institutionell verfasst war, wurde aus öffentlicher Trägerschaft entlassen.

Land und Bezirke befinden sich in einem spannungsreichen und zum Teil widersprüchlichen Verhältnis hinsichtlich der Zuständigkeiten und Finanzierungsmodalitäten für Kunst und Kultur in Berlin. Gewisse Entlastungen werden über die Bundesförderung von Institutionen, den Hauptstadt- und Kulturfonds und Mittel der Stiftung Deutsche Klassenlotterie erreicht.

Die Mitwirkenden auf dem Podium repräsentieren sowohl die Landes- als auch die Bezirkspolitik, kommunale und freie Kulturträger, sowie Vereine und Beauftragte, die »crossover« tätig sind – als Vermittler/Koordinatoren/Organisatoren zwischen Politik, Verwaltung und den Freien/frei schwebenden Kreativen der Stadt.

Fragestellungen

Über welche Infrastruktur und Fördermechanismen für Kultur verfügt Berlin, welche haben sich bewährt, gibt es welche, die sich überlebt haben und wie sollten sie (von den verschiedenen Positionen her betrachtet) idealerweise beschaffen sein?

Wie steht es um die kulturelle Infrastruktur in den Bezirken, wie sind die Finanzierungsbedingungen und wie ist es um die Ausstattung der Einrichtungen mit Personal bestellt? Wie kommen wir zu verbindlichen Standards?

Lassen sich aus Kooperationsbeziehungen sowohl für bessere Rahmenbedingungen als auch für konkrete Projekte/Angebote/Leistungen nachhaltig wirkende Effekte erzielen? Und welche Beispiele lassen sich dafür anführen? Wie verhält es sich mit Kooperation und Konkurrenz?

Wie können kulturelle Vielfalt und Teilhabe gesichert werden, welche Anreize/Anstöße gibt es für die Beschäftigung mit Kunst und die Nutzung von kulturellen Angeboten?

Wie ist das Spannungsfeld von Kultur im Verhältnis zu anderen Ressorts: zu Stadtentwicklung und Baupolitik, zu Wirtschaft und Arbeit, zu Bildung und Wissenschaft, zu Soziales und Integration, einzuschätzen?

Welche Erfahrungen gibt es mit den Kulturjobs im Rahmen des ÖBS, mit dem Atelierprogramm und auf dem Feld der kulturellen Bildung? Wem nutzt es?

Was sind begünstigende Umstände für nachhaltig wirkende Strukturveränderungen bzw. Kooperationen und welche Hindernisse müssen überwunden werden? Auf welche Bündnispartner ist Verlass und welche Modelle haben sich bewährt? Und wie sind die Perspektiven?

Wie sind die Erfahrungen z. B. mit dem Liegenschaftsfonds, mit den Jobcentern, mit dem Projektfonds kulturelle Bildung? Welchen Stellenwert haben Rahmenvereinbarungen wie die zu den Bibliotheken und Musikschulen? In welcher Weise kann und sollte der ÖBS fortgesetzt werden?

Wie ist es um das Verhältnis von öffentlichen Geldern, Drittmitteln (aus öffentlicher und/oder privater Hand) und Eigenmitteln bestellt?

Wieviel Zeit und Energie nimmt die Mittelbeschaffung in Anspruch? In welchem Verhältnis bewegen sich Geldbeschaffung und inhaltliche Arbeit? Welche Erfahrungen gibt es mit Mischfinanzierungen und sogenannten Tandemmodellen?

Welche Erfahrungen bzw. Modelle gibt es für kostenfreie bzw. preisgünstige Arbeits- und Veranstaltungsräume und bezahlte oder bezahlbare Zeit für Kunstproduktion/Kulturvermittlung? Wie lässt sich der Nutzen von Kunst und Kultur zu anderen Bereichen/Politikfeldern ins Verhältnis setzen?

Wem gehört die Stadt? Wie kann es gelingen, öffentliches Eigentum an Gebäuden und Freiflächen zu sichern. Wie lassen sich unter den gegenwärtigen Markt- bzw. Spekulationsbedingungen öffentliches Eigentum und öffentliche Nutzungsrechte sichern und wie lassen sich ungenutzte Liegenschaften und Freiräume für kulturelle Nutzungen öffnen?

III. Kreative in Berlin

Berlin gilt auch international als die Stadt der Künstler und Kreativen. Noch ist sie Anziehungspunkt für Kreative weltweit – wegen der lebendigen Kulturszene, der Atmosphäre und relativ günstiger Mieten. Es mehren sich aber Hinweise darauf, dass die Stadt dabei ist, diesen Vorzug zu verspielen. Wir fragen deshalb:

Wie ist die Situation der KünstlerInnen und Kreativen in dieser Stadt in den einzelnen Genres und Sparten? Wie sind ihre Arbeits- und Lebensbedingungen? Wie ist ihre Einkommenssituation? Wie sind die Rahmenbedingungen für ihre Arbeit im öffentlich geförderten, privatwirtschaftlichen und frei-gemeinnützigen Bereich? Wie sind die Regelungen zu ihrer Honorierung und sozialen Sicherung? Hat sich an der Situation und den Bedingungen in den letzten Jahren etwas verändert?

Wie sind die derzeitigen Förderstrukturen in den einzelnen Genres und Kulturbereichen? Wie sollten sie aus Sicht der Kulturakteure und Kreativen aussehen? Gibt es hier Unterschiede evtl. Defizite in der Unterstützung verschiedener Bereiche (z. B. in Bezug auf klassische, traditionelle und neue Kunst- und Kulturformen, auf die sog. »ernste und »unterhaltende« Kunst)? Was sind die hauptsächlichen Forderungen an die Politik?

Welche Strategien und Leitbilder gib es zur nachhaltigen Sicherung dieses kulturellen Kapitals? Was hat die Landesregierung bisher dazu getan, was gedenkt sie künftig zu tun? Was sind die Überlegungen der Interessenvertretungen der Kreativen?

Wie sind die derzeitigen Verwaltungsstrukturen? Wer eigentlich ist für Kreative zuständig? Sind sie das Feld der Kulturpolitik oder der Wirtschaftspolitik? Und was hat Stadtentwicklungspolitik damit zu tun? Wie sollten diese Strukturen künftig gestaltet werden?

Wie ist das Verhältnis von öffentlich gefördertem Kulturbereich und Kultur- und Kreativwirtschaft? Wo finden Kreative in Berlin derzeit Lohn und Brot? Die Kultur- und Kreativwirtschaft gilt als Hoffnung für den Arbeitsmarkt, gleichwohl ist gerade sie von prekären Beschäftigungsformen geprägt? Wie sind hier die aktuellen Entwicklungen? Welche Strategien gibt es, einer weiteren Prekarisierung der Kreativen entgegen zu wirken? Wie kann die Einkommenssituation nachhaltig verändert werden? Wären Honoraruntergrenzen sinnvoll und durchsetzbar? Wie steht es um die Umsetzung der Forderung nach Ausstellungshonoraren für bildende Künstler? Wie können auch jene Kreativen sozial abgesichert werden, die derzeit nicht in die Künstlersozialkasse einbezogen sind?

Wie können Freiräume im direkten und übertragenen Sinne für künstlerische Entwicklung offen gehalten werden – z. B. auch durch eine sinnvolle Liegenschaftspolitik?

Wie sind die Überlegungen zu spezifischen Fördermaßnahmen in den einzelnen Sparten der Kultur- und Kreativwirtschaft, insbesondere zur Förderung der kleinen Unternehmen und Soloselbständigen? Welche Informations- und Weiterbildungsmaßnahmen für Kreative gibt es und welche sind geplant?

Wie können in Berlin Kreativität und Kreative künftig besser gefördert werden?

Abschlusspodium Kultur Macht Berlin

Hier sollen Schlussfolgerungen aus dem Tag für eine zukunftsfähige künftige Stadtpolitik gezogen werden, die nicht vorweggenommen werden können und sollen, dennoch dazu folgenden Fragen:

Ist Kultur einer Stadt planbar? Sind Planungen, Leitlinien, Konzepte, sinnvolle Instrumente? Wäre ein Kulturkonzept für Berlin nötig im Rahmen einer Gesamtstrategie für diese Stadt?

Sind gesetzliche Regelungen zur Kulturförderung sinnvoll und nötig im Sinne von Kulturfördergesetzen oder spartenspezifischen Regelungen? Brauchen wir ein Kulturfördergesetz in Berlin, brauchen wir ein Bibliotheksgesetz usw.?

Wie sind die finanziellen Rahmenbedingungen für Kultur in dieser Stadt, wie müssten sie sein?

Welche Instrumentarien der Kulturförderung haben sich als sinnvoll erwiesen, welche neuen brauchen wir?

Welche Verwaltungsstrukturen wären nötig, brauchen wir wieder einen Kultursenator?

Wie können die Kulturakteure wie auch die Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung von Kulturpolitik in dieser Stadt beteiligt werden?

Welches sind die entscheidenden Forderungen an die Politik auf Landes- und Bezirksebene? Was kann und sollte der Bund zur Förderung von Kultur in der Hauptstadt Berlin leisten?

Protokoll der Kulturkonferenz »Kultur Stadt Berlin – Perspektiven durch Kultur?« in Berlin am 02.09.2011

Einstiegsreferat von Dr. Thomas Flierl

»Kultur Stadt Berlin«, bitte getrennt geschrieben, nicht die sich selbst erklärende, selbstsichere Behauptung einer »Kulturstadt Berlin«, sondern als Frage nach dem Zusammenhang, das wollen wir heute erörtern. Zweifellos gibt es eine neue Aktualität der Fragestellung nach dem Zusammenhang von Kultur und Stadtentwicklung. Davon zeugt zum Beispiel das in Hinblick auf die bevorstehende Wahl entstandene und hier ausgelegte Papier der Stiftung Zukunft Berlin, in dem nicht nur ein eigenständiges Kulturressort für Berlin gefordert wird, sondern auch eine Zusammenlegung der Kultur- und Stadtentwicklungsressorts. Das ist ein ambitionierter Vorschlag, den wir im Rahmen unserer Konferenz prüfen sollten, auch vor dem Hintergrund der Erfahrungen anderer Städte und ihres Zugangs zu der hier aufgeworfenen Problemstellung.

Auch bundesweit kann man beobachten, dass es einen Trend zur stärkeren Verknüpfung von Kultur- und Stadtentwicklungspolitik gibt. So widmen sich etwa die Mitteilungen der Kulturpolitischen Gesellschaft im Heft Nr. 133 II/2011 dem Zusammenhang von kultureller Infrastruktur und Bürgerprotesten. Das meint nicht nur den Kulturdiallog in Stuttgart, sondern ebenso die Wuppertaler Debatte nach der Schließung des Schauspiels oder die kulturellen Aspekte der Internationalen Bauausstellung in der Neuen Hafen City in Hamburg. Unsere Kollegin Dorothea Kolland fordert im gleichen Heft ein neues Verständnis von kultureller Infrastruktur und sozialer Stadtentwicklung aus ihrem Erfahrungszusammenhang in Berlin-Neukölln. Oder, erinnern wir uns an die bundesweit geführten Debatten zur Kulturhauptstadt Europas Ruhr 2010, die ja genau den Zusammenhang von Kulturentwicklung im postindustriellen Zeitalter und der Herausbildung der urbanen Großstadtregion Ruhr zum Inhalt hatten. Selbst in Flächenstaaten wie Thüringen wird derzeit im Hinblick auf die IBA Thüringen darüber nachgedacht, wie die Kulturlandschaft vor dem Hintergrund der Vielfalt des Wandels zu sehen ist. Die kulturelle Dimension in regionalen und städtischen Entwicklungskonzepten wird heute stärker angesprochen als früher.

Wer im gleichen Heft der Mitteilungen der Kulturpolitischen Gesellschaft liest, wird auch die Hamburger Resolution des Kulturausschusses des Deutschen Städtetages zur Kenntnis nehmen können. Darin heißt es: »Der Kulturausschuss des Deutschen Städtetages fordert von Bund und Ländern, endlich gemeinsam die durch gesetzliche Vorgaben entstandene Unterfinanzierung bei den Kommunen anzupacken und damit eine auskömmliche und

nachhaltige Kulturförderung zu ermöglichen.« (S. 6) Das ist allerdings ganz und gar keine neue Fragestellung, sondern ein inzwischen sehr altes Lied. Wenn wir uns also den neuen Fragen zuwenden, dürfen wir die ungelösten alten Probleme nicht vergessen, sondern sollten versuchen beide miteinander zu verbinden.

Wir alle, die wir hier zusammengekommen sind, haben mittlerweile nun 20 Jahre Erfahrung im vereinten Deutschland machen können und bringen zugleich, die Älteren jedenfalls, Erfahrungen aus den Vorgängergesellschaften des neuen Deutschland mit.

Insofern mag es sinnvoll sein, hier einmal den Zusammenhang von Kultur und Stadt vor dem Hintergrund der eigenen Erfahrung zu rekapitulieren.

Ich hatte das Vergnügen, 1990 bis 1996 das Kulturamt Prenzlauer Berg in Berlin zu leiten, in einer Phase des historischen Umbruchs und der Neugestaltung. Das war geprägt von solchen Themen wie der Pluralisierung der Trägerlandschaft, d. h. der Entstehung von vielen freien Trägern, der Neuorganisation der freiberuflicher Kunst- und Kulturarbeit, der Reorganisation des kommunalen Kulturbereichs und dem Entstehen von Kulturgewerbe und Kulturwirtschaftsbetrieben. Oftmals wirkten diese verschiedenen Sektoren der Kulturarbeit damals noch sehr eng zusammen und stemmten dabei große Projekte der Stadtentwicklung, denken wir an die Kulturbrauerei, den Pfefferberg, die Beschäftigungsgesellschaft ProKultur mit ihren allein 230 KünstlerInnen und Kulturarbeitenden in Prenzlauer Berg, Pankow und Weißensee oder die Übernahme und Revitalisierung des Praters durch die Volksbühne.

Es gab damals dieses integrale Kulturverständnis, in dem sich eine noch auf gesellschaftspolitische Gestaltung und Einlösung individueller Freiheit bezogene ostdeutsche Kulturerfahrung und ein vor allem westdeutsch geprägtes Konzept kommunaler Kulturpolitik und Kulturarbeit, das uns damals vor allem auch durch die Kulturpolitische Gesellschaft vermittelt wurde, zusammen fanden. Weniger war für uns das West-Berliner Kunst- und Kulturpolitikverständnis maßgeblich, mit Ausnahme der Erfahrungen engagierter KunstamtsleiterInnen in einigen Bezirken. West-Berlin hatte nie eine wirklich städtische Kulturpolitik, es war immer durch den Dualismus von kultureller Schauldenpolitik und den eher vernachlässigten Bezirken geprägt. Dies schuf Raum für alternative Kultur und machte jene Kulturämter stark, die sich mit dieser alternativen Szene verbanden (Kreuz-

berg, Schöneberg, Neukölln). Unser Pech als Ostberliner war, wo bei uns die Bezirke strukturell besser ausgestattet waren, dass wir eben nicht mit großen Städten Westdeutschlands fusioniert sind, sondern mit West-Berlin, dessen Verwaltungsstrukturen auf den Ostteil übertragen wurden. Seit Jahrzehnten sehen wir einen Prozess, der die Bezirke kulturpolitisch immer handlungsunfähiger macht.

Dennoch würde ich behaupten, dass dies Anfang der 90er Jahre eine schöne Zeit des Aufbruchs war, in der es im Grundsatz keine Trennung von Ökonomie, Kunst, sozialem und politischen Engagement gab und dass in dem enormen Ausstattungsvorteil, den die Ostberliner Kulturämter hatten – ursprünglich noch gemeinsam organisiert mit den anderen Ämtern von Volkshochschule, Bibliotheken und Musikschulen –, immer noch ein integrales Verständnis von Kultur existierte. Es wurde dann relativ schnell klar, dass dies nicht mehr die DDR-Erfahrung war, sondern die ostdeutsche Erfahrung des demokratischen Aufbruchs, der allerdings seine Voraussetzungen hatte.

Das war übrigens auch die Zeit, in der die Beschäftigungsprogramme ansetzten, mit einem offenen taktischen Aspekt der entsprechenden Bundespolitik, wie wir heute wissen. Es ging darum, die vielen freiberuflichen Künstler, die sehr aktiv in die Stadtkultur eingriffen, über Wasser zu halten. Allerdings war dies immer nur als Überbrückung gemeint. Inzwischen haben wir mehrere Generationen von Beschäftigungsprogrammen hinter uns, mit denen sich die Bedingungen für die Kulturarbeit immer mehr verschlechterten. Wie mühsam es ist, aus eigener Kraft, z. B. der Initiative eines Landes, dies wieder umzukehren, zeigen die Erfahrungen mit dem Öffentlichen Beschäftigungssektor Kultur in Berlin in der zweiten Legislatur des rot-roten Senats in Berlin (2006–2011), bei der für ganz Berlin lediglich 300, dafür aber sozialversicherte dreijährige Kulturstellen geschaffen werden konnten.

Schließlich, was meine eigene Erfahrung angeht, möchte ich noch die Zeit als Baustadtrat in Mitte (1998–2000) ansprechen. Ich muss sagen, dass es in der Rückschau sehr hilfreich war, vorher ein bezirkliches Kulturamt geleitet zu haben, weil, selbst im Vergleich mit der daran anschließenden Phase als Kultursenator, konnte ich als Baustadtrat mitunter mehr für die freie Kulturszene tun, denn als Kultursenator. In einer Phase der noch immer unbestimmten Eigentumsverhältnisse und dem Vorhandensein einer tollen aktiven Kulturszene und eines einflussreichen Kulturamtes war die Aussetzung von Genehmigungsvorbehalten, das Dulden von temporären Nutzungen und die Erteilung von Sondernutzungen im Straßenland oftmals die entscheidende Kulturförderung. Erst das Zusammenkommen dieser Faktoren machte den Boom

der Kultur in Mitte aus, die sich später allerdings als Pionier der Gentrifizierung in der Stadtentwicklung erwies. Inzwischen haben sich in Mitte und Prenzlauer Berg die Bedingungen für Kultur radikal verändert.

Schließlich die Zeit als Kultursenator der ersten rot-roten Koalition in Berlin, 2002 bis 2006 – diese enorme Herausforderung, angesichts enormer Sparzwänge, von denen heute niemand mehr etwas wissen will, den Kulturetat in der Substanz zu verteidigen und dennoch Kulturpolitik zu wagen, d. h. sich der Notwendigkeit zu stellen, im Rahmen des Haushaltsnotstandes zu strukturellen Erneuerungen von Institutionen zu kommen, die Aufgabenteilung von Stadt und Land, in dem Fall von Stadt und Bund zu diskutieren und einen neuen Hauptstadtvertrag abzuschließen, d. h. konzeptionelle Kulturpolitik zu machen.

Die Entscheidungen, die in dieser Zeit getroffen wurden, waren natürlich auch immer gesamtstädtisch orientiert. Die Errichtung der Opernstiftung war auch darauf gerichtet, die Balance von Mitte und Charlottenburg, d. h. die Bipolarität von Berlin zu erhalten. Bekanntlich stand die Schließung der Deutschen Oper zur Diskussion. Das war eine gesamtstädtisch orientierte Entscheidung, die die verschiedenen sozial-kulturellen Milieus und Kulturräume in Berlin berücksichtigte. Ebenso war die Errichtung der Opernwerkstätten im früheren Druckereigebäude der Zeitung Neues Deutschland nicht nur den im Osten der Stadt immer noch günstigeren Tarifbedingungen geschuldet, sondern sollte auch die kulturgewerbliche Infrastruktur im Bezirk Friedrichshain unterstützen. Als letztes Großprojekt sei die vor kurzem der Öffentlichkeit übergebene Erweiterung der Mauergedenkstätte genannt. Das war nicht nur eine gedenkpolitische, sondern auch eine stadtpolitische Antwort auf die Frage, wie mit dem stadtstrukturzerstörenden früheren Grenzstreifen heute umgegangen werden sollte. Manche sprachen sich ja gegen die Gedenkstätte und den Mauerpark auf dem ehemaligen Grenzstreifen aus, weil sie meinten, sie vertiefe die soziale Spaltung der gentrifizierten Spandauer und Rosenthaler Vorstadt bzw. des Prenzlauer Bergs gegenüber dem Wedding. Natürlich haben Gedenkstätte und Mauerpark zunächst ihre Zwecke in sich (Aufklärung und Erinnerung/Erholung), aber die Realisierung beider Projekte stellte sich auch gegen die forcierte Gentrifizierung des Wedding nach dem Vorbild der früheren Ost-Berliner Stadtteile.

Der hier anwesende Atelierbeauftragte des Landes und andere wissen auch, wie schwierig es war und ist, die Liegenschaftspolitik des Landes auf kultur- und stadtentwicklungspolitische Ziele hin zu orientieren. Ich erinnere an gelungene Projekte der ersten rot-roten Legislaturperiode in Berlin, die von mir immer auch stadtentwicklungspolitisch gedacht

waren, wie z. B. die Errichtung der Gedenkstätte des Zwangsarbeiterlagers in Schöneweide oder die Sicherung des ORWO-Hauses für die Musikszene hier in Marzahn oder eben auch wieder die Kulturbrauerei, die damals durchaus von Seiten der TLG zur Disposition gestellt wurde. Selbst das Studentendorf Schlachtensee, ein Denkmal der Nachkriegsmoderne, war nur mühsam zu erhalten. Heute wird es als nationales Kulturdenkmal anerkannt und gefördert.

Nach meiner Zeit als Kultursenator habe ich einige hier dargestellte Erfahrungen in meinem Buch mit dem emphatisch gemeinten Titel »Berlin – Perspektiven durch Kultur« (Theater der Zeit, Berlin 2007) zu bündeln versucht.

Das Thema hat mich dann weiter verfolgt als Vorsitzender des Stadtentwicklungsausschusses im Berliner Abgeordnetenhaus (2006–2011). Gestern war die letzte Ausschusssitzung dieser Legislaturperiode. Ich kann also jetzt frei von diesen Ämtern über diese Dinge sprechen. Auch hier gab es kaum Erfolge bei der Umsteuerung der Liegenschaftspolitik des Landes. Solche Projekte wie Ex-Rotaprint und das Atelierhaus in der Wiesenstraße, die bereits in einem Immobilienfonds platziert waren, sind letztlich nur gelungen, weil mit der Finanzkrise der Isländische Investor abhanden kam, nicht etwa aus kulturpolitischer Überzeugungsarbeit. Aber es war natürlich notwendig, diese Projekte laut und gegen die Koalitionsdisziplin anzusprechen und ihnen schließlich auch dadurch zum Erfolg zu verhelfen.

Wenn man dieses Revue passieren lässt, ich aus meiner biografischen Erfahrung, Sie haben auch alle Ihre Arbeitszusammenhänge, die sich auf ähnliche historische Zeiten beziehen, dann beobachten wir, dass wir es alle weiterhin und immer wieder mit der Legitimationsschwäche von Kulturpolitik und Kunstförderung gegenüber anderen Politikbereichen zu tun haben – möchten sich auch immer wieder die Argumentationsmuster ändern.

Was haben wir da alles schon diskutiert. Ich erinnere an Stichworte wie die berühmte Umwegrentabilität der Kulturförderung, die zwar niemand richtig ausrechnen konnte, aber gerne als Ersatzargumentation benutzt wurde; Kultur als Imagefaktor in der Städtekonkurrenz, in der Konkurrenz um Investitionen; Kultur und Beschäftigungsförderung, ein Problem, das schon durch die ABM-Projekte angesprochen wurde. Oder, schließlich die große Welle der Kulturwirtschaftsdebatten, in denen mit wissensbasierten Produktionszweigen die Zukunft postindustrieller Großstädte und Großstadtreionen umrissen wurde. Oder die Debatte über die wachsende kreative Klasse und ihre creative industries. Die neueren Debatten betreffen dann vor allem kulturelle Bildung und soziale Integration. Wir kennen auch die Praxis,

dass den theoretischen Schwerpunkten die Förderprogramme nur zögerlich folgen und wenn, dann gewiss mit dem Wegfall anderer Programme verrechnet werden.

Ich muss doch heute mit einer gewissen Ernüchterung feststellen, dass wir doch wahrscheinlich immer wieder nur über Dasselbe reden. Natürlich müssen wir unseren Zugang immer wieder erneuern, erstens, um ihn adäquat zu fassen und zweitens um ihn der Fachöffentlichkeit, aber auch der breiteren Öffentlichkeit verständlich zu machen.

Wenn man jetzt hier kurz vor der Wahl und also im Wahlkampf steht, bleibt natürlich auch nicht aus, sich zu der letzten Legislaturperiode zu äußern. In Berlin war weder das Stadtentwicklungsressort noch das Kulturressort in den Händen der Linkspartei. Es wurde auch nicht angestrebt, nach der letzten Wahlschlappe begnügte sich die Linkspartei damit, sich unter drei SenatorInnen jene Ressorts aufzuteilen, die vorher von zwei LinkssenatorInnen geleitet wurden. Die von mir ehemals vertretenen Bereiche Wissenschaft und Kultur gingen an die SPD, das Kulturressort direkt zum Regierenden Bürgermeister.

Die einzige Rechtfertigung der Ansiedlung des Kulturressorts beim Regierenden Bürgermeister wäre gewesen, Kultur als Querschnittsaufgabe zu entwickeln, das heißt aus der Machtbündelung strukturelle Effekte zu erzielen. Es ist offensichtlich, dass es in der Hinsicht keinerlei Effekte gab. Wir kennen alle die weitestgehend undiskutierte und nun doch wieder ungewissen Standortentscheidungen, die ja stadtentwicklungspolitisch alle sehr relevant sind, zur Zukunft der Zentralen Landesbibliothek auf dem Tempelhofer Flughafen, die eher geopolitisch als denn wirklich stadtstrukturell gedacht war, und das Projekt der Kunsthalle. Enttäuschend auch die Bilanz bei der Opernstiftung. Statt die strukturellen Reformen fortzusetzen und die Opernstiftung zu stärken, genehmigte sich der Regierende Bürgermeister die Rücknahme der von ihm selbst in der vorangegangenen Legislaturperiode durchgesetzten Kürzungen bei der Opernstiftung und legte gleich noch etwas drauf. So wurde mit Geld ein konfliktreiches Feld befriedet und die Ungleichgewichte im Kulturretat verschoben sich weiter zur Oper.

Wenn wir allerdings das letzte Wahlprogramm der Linkspartei in die Hand nehmen, werden wir erkennen, dass wir wichtige eigene Schwerpunkte nicht durchsetzen konnten. Ich denke vor allem an die Ausarbeitung und Verabschiedung eines Bibliothekskonzeptes für Berlin, oder die in Aussicht genommene verbindliche Regelung der Aufgaben und der Finanzierung der kommunalen Kulturarbeit in den Bezirken. Trotz Vorarbeiten hatte es keine wirklichen Fortschritte gegeben.

Das Prokrustesbett der Kosten- und Leistungsrechnung und die widersinnige Form der Budgetierung, die unser Kulturstadtrat Michael so scharf analysiert hat, konnten nicht aufgebrochen werden. Die Linkspartei hat zu den Problemen der Kulturarbeit in den Bezirken in den Bezirken selbst keine einheitliche Position entwickeln können.

Die Frage, wie sich die Stadt Berlin als Großstadtregion mit Bezirken, die ja jeweils großstadtgroße sind, selbst als Subjekt von Kulturentwicklung im kommunalen Sinne versteht, ist weiterhin ungeklärt. Selbst bei der Frage der einheitlichen Verwaltungsstrukturen vertraten linksparteidominierte Bezirke unterschiedliche Positionen. Die Frage, wie denn unter den Bedingungen des jetzigen bezirklichen Finanzierungssystems diese gesamtstädtisch für notwendig erachtete kommunale Kulturarbeit zu leisten ist, harrt weiterhin der Lösung. Das ist besonders bitter, weil das gewissermaßen seit dem Einigungsprozess zu Beginn der 90er Jahre die Stadt bewegt hat, denn aus der unterschiedlichen Ausstattung von Ost und West, ist eine rein fiskalpolitisch exekutierte Regulierung geworden, statt einer tatsächlich gesamtstädtischen Strukturbildung, um das Verhältnis von Gesamtstadt und Bezirken in kulturpolitischer Hinsicht neu auszubalancieren. Umso heroischer ist der Einsatz der KulturakteurInnen zu bewerten, unter diesen Bedingungen immer noch Kulturförderung zu ermöglichen und immer wieder neu anzustoßen.

Auch bestimmte Ansätze, die aus der Koppelung von Kultur und Wirtschaft mit dem ersten Berliner Kulturwirtschaftsbericht erwachsen waren, wurden in der letzten Legislaturperiode nicht weitergeführt. Harald Wolf und ich haben, als wir das damals in der ersten Phase erstellt haben, festgestellt, wie unterschiedlich die Begriffsbestimmungen und Analyseinstrumente von öffentlicher Kulturförderung und Kulturwirtschaftsberichterstattung nach wie vor sind – ein Ausdruck des immer noch weithin unbegriffenen Zusammenhangs von Ökonomie und Kultur. Wie können die Kulturökonomie des Gemeinwesens und die des kommerziellen Bereichs (high, low und non profit) in einer Stadt in ihrem Zusammenhang begriffen und eventuell sinnvoll deren Rahmenbedingungen gestaltet werden? Heute kann niemand sagen, wie sich dieses Verhältnis für die verschiedenen Kultursektoren von privater Förderung, öffentlichen Investitionen und privatem Konsum für die Stadt tatsächlich gestaltet. Was macht z. B. eine Buchstadt Berlin aus? Zwar siedeln sich immer mehr Verlage hier an. Aber wie steht es mit der Leseförderung und wie existieren die Autoren in dieser Stadt? Welche Effekte hat das Bibliothekssystem in Berlin? Diese Zusammenhänge lassen sich natürlich nur schwer abbilden. In einigen Bereichen wird versucht, dies durch Clusterbildung zu beschreiben – und zu fördern (Mode,

Design, Film). Die Cluster werden aber zu stark nach den Wertschöpfungsketten hin untersucht, nicht auch nach den Produktionszusammenhängen öffentlicher Güter (kulturelle Bildung, öffentliche kulturelle Infrastruktur), die ja Voraussetzung von Kulturproduktion sind. Diese noch zu wenig erforschten Zusammenhänge generieren mittelbar auch stadtstrukturelle Effekte. Die Anrufung der Kreativen stützt sich viel zu oft auf deren Stadtbild prägenden und Aufwertung förderlichen Lifestyle, nicht auf die Frage, welche öffentliche kulturelle Infrastruktur sie benötigen, die dann auch anderen Bevölkerungsgruppen dienen könnten.

Als echtes Plus der letzten Legislaturperiode kann wohl der öffentliche Beschäftigungssektor Kultur abgerechnet werden. Dessen Zukunft steht aber weiter in der Diskussion. Er war schon in der letzten Legislaturperiode hart umkämpft, zwischen Sozialdemokraten und Linken. Um ihn langfristig zu entwickeln, brauchen wir diese gesamtökonomischen Betrachtungen, stadtstrukturelle Betrachtungen, um ihn auch zu legitimieren.

Obgleich Sie eine gewisse Skepsis heraushören – das soll die Debatte anregen, über einfache Lösungen hinauszukommen – wir als Programmierer dieser Tagung haben durchaus einige Thesen, die als Grundlage für unsere Erörterungen dienen können.

Offensichtlich ist es sinnvoll, Kultur und Stadtentwicklung im Zusammenhang zu denken und zu gestalten. Vielleicht könnte sogar zu den partiellen thematischen Zugängen der letzten Jahre endlich eine wirkliche Orientierung auf die Stadt als Gemeinwesen, als konkrete Gesellschaft folgen. Stadtentwicklung ist – in einem breiten Sinne – ein Leitressort. Dennoch müssen wir feststellen, dass der Stadtentwicklungsplan Kultur, den es ja gibt, nicht mehr als eine informelle Planung ist. Er macht nichts anderes als die Dinge, die an anderer Stelle entschieden werden, im Plan nachzutragen. Das heißt es gibt, und das muss man mit aller Deutlichkeit feststellen, weder systematisch zwischen den Bezirken noch als Gesamtstadt, noch gar mit Brandenburg, so etwas wie eine integrierte Kulturplanung, wobei es nicht um die Inhalte der Kultur geht, sondern um die Rahmenbedingungen, um die Strukturentscheidung als eine verbindliche Grundlage ressortübergreifender Abstimmung.

Interessant ist, vielleicht ist das eine Hoffnung, der neu aufgekommene Bürgerprotest zu den verschiedensten Gegenständen städtischer Entwicklung. Protest ist immer auch kulturell fundiert, sowohl hinsichtlich des Bruchs mit dem Einverständnis als auch hinsichtlich der Form und des Gegenstandes des Protestes. Zu beobachten ist allerdings, dass das kulturelle Interesse am kulturellen Erbe, an der

Artikulation befürchteter oder erlittener Verluste ungleich größer ist, als die kollektive Verständigung über eine gemeinsame Zukunft. Da niemand die Pluralisierung der Lebenslagen und die Individualisierung der Lebensstile zurücknehmen kann oder will, bleibt dennoch die Frage, wie es unter diesen Bedingungen gelingen kann, kulturell Gemeinsinn zu konstituieren und welche Funktion hier der Linken zukäme.

Wir wollen heute, da kommen wir dann in unsere nächste Abteilung, das Verhältnis von kommunalen Institutionen und freien Projekten ansprechen, weil sich da offenbar neue Spannungen, aber auch neue Bündnismöglichkeiten ergeben. Meine Erfahrung ist, dass man die kommunalen Institutionen in ihrer Autorität erhöhen sollte, indem man die Amtszeiten der Leitung begrenzen sollte. Ich sehe natürlich mit Solidarität und unendlichem Respekt, wie die Kollegen und Kolleginnen von 1990 heute noch in den Bezirken in ihren Ämtern sind. Ich kann aber auch verstehen, dass da Ermüdungserscheinungen oder Betriebsblindheiten bestehen und dass es zermürbt, wenn das Engagement der Kulturleute nur selten gewürdigt wird. Da das Verbleiben im Amte aber auch eine Frage der sozialen Existenz ist und der Wechsel in andere interessante Aufgabenbereiche gar nicht bzw. nur selten möglich ist, darf das bitte nicht als persönlicher Vorwurf, sondern als strukturelles Problem benannt sein. Natürlich würde ich es nach wie vor begrüßen, wie es, wie ich höre hier in Marzahn-Hellersdorf ist, dass wir integrierte Kulturämter haben mit Bibliotheken, Volkshochschulen, Musikschulen und den Kulturämtern, so dass diese Fragen von Kultur und Bildung in einem breiteren, nicht bildungspolitisch verengten Sinne, zusammengefasst sind.

Auf der anderen Seite, wenn dann diese Institutionen vielleicht durch begrenzte Amtszeiten in ihrer Autorität gestärkt sind, will ich die Kulturschaffenden, die Freiberufler auffordern ihre Autonomie zu verteidigen. Das ist eine Frage, die nur begrenzt von städtischer Seite zu leisten ist, also solche Fragen wie Urheberrechte, Ausstellungshonorare, das wäre wieder eine Frage der kommunalen Institutionen, der Künstlersozialversicherung, des Erhalts der Berufsfähigkeit bei Bezug von Transferleistungen und ähnlichen Dingen, die auf städtischer Ebene sind. Aber, die Autonomie der Kreativen und Kulturschaffenden sollte unbedingt beachtet werden, auch zum Schutz vor der Politik und für die Kreativität dieser Kulturschaffenden. Oftmals hat man den Eindruck, dass wegen des Zwangs natürlich auch die Kreativen gezwungen sind, sich der Politik anzudienen. Das ist ein Zeichen der Ästhetisierung der Politik, um mit Benjamin zu sprechen, oder der Kulturalisierung von Politik. Es ist eine große Gefahr, dass diese Differenz, also die Spannung von Politik und Kunst verloren zu gehen droht. Dass die Künstler das zumindest reflektieren, will ich hier abschließend mit einer Postkarte von Michael Kutzner verdeutlichen. In einer Ausstellung einer kommunalen Galerie in Pankow verteilte er mit freundlichem Grinsen diese Karte: »Parteien sind kreativitätstötend«. Das sollte uns nicht beleidigen, sondern es markiert den notwendigen Abstand von Kunst, Kultur und Politik. Umgekehrt erwächst aber auch für die Parteien, für uns natürlich als Linke die Frage, was zu tun wäre, dass sie in kultureller Hinsicht als ein interessanter Partner nachgefragt werden. Zunächst vielleicht ganz elementar, dass hier interessante Fragen erörtert werden.

In diesem Sinne, nochmals herzlich willkommen.

**Referat von Prof. Dr. Volker Kirchberg
Künstlerräume zwischen Skylla und
Charybdis? Autonomie, Politik, Ökonomie
als Faktoren künstlerisch orientierter
Stadtentwicklung in Baltimore**

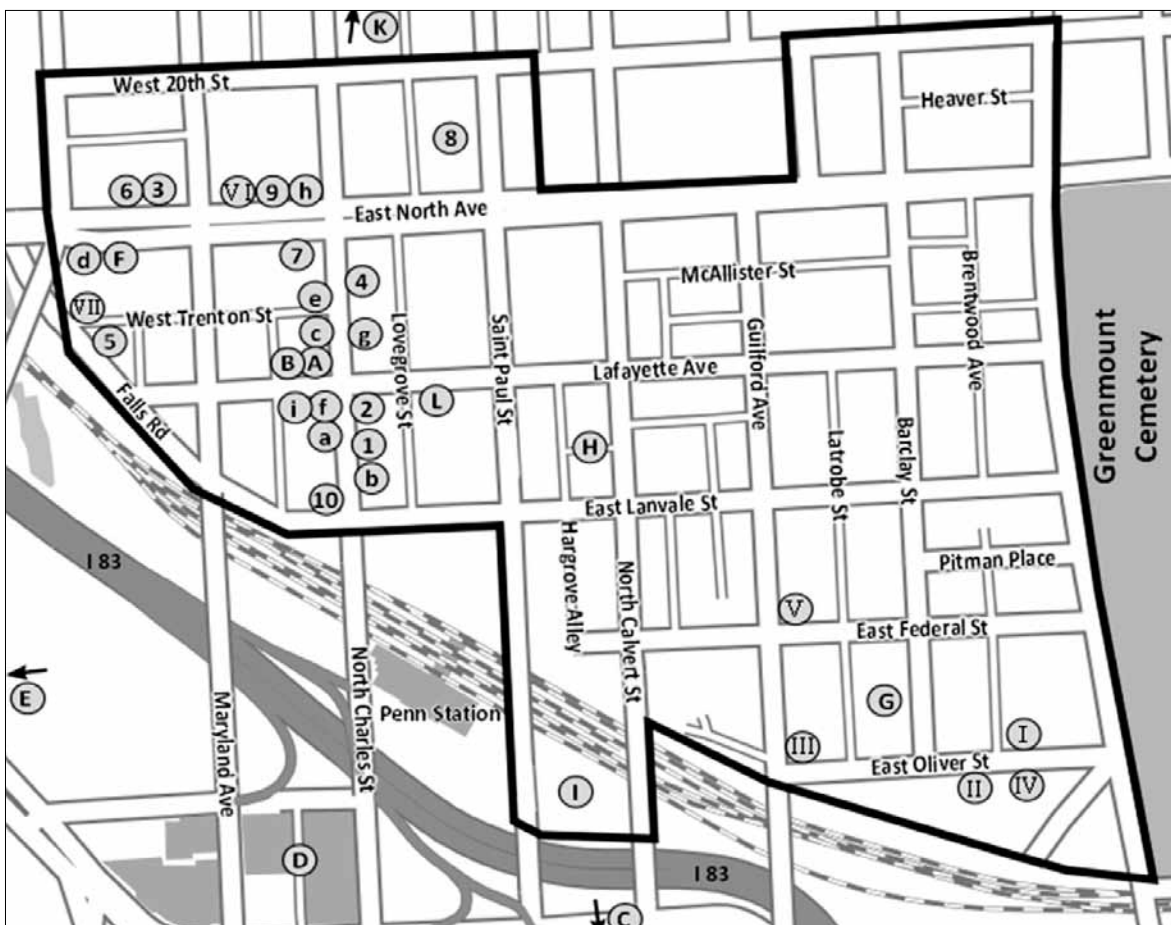
1. Künstler-Viertel in Baltimore

Seit Beginn des neuen Jahrtausends wird in U.S.-amerikanischen Städten mit der Benennung bestimmter Teile von Stadtteilen als Kunstbezirke (»arts and entertainment districts«) versucht, Kunst explizit für die Stadterneuerung einzusetzen. So schuf 2001 zum Beispiel die Maryland General Assembly ein entsprechendes Programm, zu dem auch das Künstlerviertel in Baltimore gehört, auf das ich hier detailliert eingehen werde. Hier wird Stadtentwicklung durch die Künste rechtlich, finanziell und politisch beeinflusst. Diese Unterstützung kann sich auf Künstler und Kultureinrichtungen beziehen, auf Gelegenheiten zum Konsum von Kultur oder auf die Produktionen von Kunst und auch auf die Unterstützung kunstfördernder Immobilienprojekte bzw. Bauleitplanungen. Konkret kann diese Unterstützung sich als Steuererleichterung der lokalen Akteure auswirken, so bei den in den US-Städten so wichtigen Grundsteuern, bei Renovierungen und Modernisierungen der Gebäude, als Verringerung der Einkommenssteuer für Künstler

und als Aussetzung der sogenannten Unterhaltungssteuer. Sie kann sich auch in einer langjährigen steuerlichen Festlegung des Grundstücks- und Gebäudewertes ausdrücken (damit spart man die Grundsteuer, die in den USA von Jahr zu Jahr fluktuieren kann), in niedrig-verzinsten Krediten für Gebäudeverbesserungen oder auch in neuen Bau- und Nutzungsverordnungen. Immer haben diese Regularien dabei das Ziel, das Leben und Arbeiten von Künstlern und Kulturanbietern an diesem Ort so preiswert und so hilfreich wie möglich zu machen. Mein Beispiel hier ist das Baltimorer Künstlerviertel »Station North« (Abb. 1).

Das Künstlerviertel Station North bedeckt ca. 400.000 qm (also ca. 50 Fußballfelder). Die Struktur, die Entwicklung und die Bewertung dieses spezifischen Künstlerviertels wurden von mir systematisch mittels Experteninterviews vor Ort erhoben. Insgesamt habe ich im Sommer 2010 neun Experten in teilweise sehr langen Sitzungen und zum Teil mehrfach interviewt. Zudem habe ich schon 2004 und 2005 weitere Experten in diesem Viertel auch generell zur Bedeutung von Kunst und Kultur in dieser Stadt interviewt. Diese Studie ist ein kleiner Bestandteil einer größeren Studie, in der ich die Bedeutung der Kultur für die Stadtentwicklung von Baltimore und Hamburg vergleiche.

Abbildung 1: Station North



Legende zur Abbildung 1:

| | |
|--|--|
| <p>Theater und Spielstätten darstellende Kunst</p> <p>1 Charles Theatre (Art Movie Theatre) 2 Everyman Theatre (Drama Theatre) 3 Single Carrot Theatre 4 Strand Theater 5 Lumberhaus Dance Studio 6 Load of Fun Theater 7 Parkway Theater (empty, still to be developed) 8 Centre Theater (empty, to be developed as multiuser arts venue)</p> | <p>KünstlerStudios zum Wohnen und Arbeiten</p> <p>I City Arts Apartments und Gallery (http://www.livecityarts.com/) II Area 405/Oliver Street (http://www.area405.com/index.htm) III Copy Cat (http://en.wikipedia.org/wiki/Copycat_Building) IV Copy Cat Annex (http://wikimapia.org/15825457/Copycat-Annex) V Cork Factory (www.urbanitebaltimore.com/baltimore/LocationEvents?oid=1309728&type=past) VI Baltimore Print Studios (http://baltimoreprintstudios.com/) VII The Hour Haus (practice space und recording Studio, http://www.thehourhaus.com/)</p> |
| <p>Galerien und Ausstellungsräume</p> <p>9 Windup Space Bar & Arts Venue 10 Metro Gallery 6 Load of Fun Gallery</p> | <p>Universitäten und Schulen mit Kunstbezügen</p> <p>D University of Baltimore (http://www.ubalt.edu/index.cfm) E MICA Main (http://www.mica.edu/) F MICA Studio Center in Station North G Baltimore Design School (http://baltimoredesignschool.com/) (planned, still empty, formerly the Lebow Clothing Factory, see also http://www.zigersnead.com/projects) K Johns Hopkins University Homewood Campus (http://www.jhu.edu/) L Schuler School of Fine Art (http://www.schulerschool.com/)</p> |
| <p>Restaurants, Cafés, Bars</p> <p>a Club Charles b Tapas Teatro c Out Takes Café d Joe Squared e Station North Arts Gallery Café f The Depot g Bohemian Coffee House h Liam Flynn's Ale House I The Lost City Diner</p> | <p>Stadtentwicklungsprojekte, Stadtplanungs- und Stadtverwaltungsbüros</p> <p>A Station North Arts and Entertainment District Inc. (http://www.stationnorth.org/) B Central Baltimore Partnership (www.centralbaltimore.org) C Jubilee Baltimore Inc. (http://www.jubileebaltimore.org/) H Station North Mews I Parcel Post Station</p> |

2. Methodik der Erhebung

Die Auswahl der Experten hing ab von der Expertise (Alltagserfahrung, Kompetenz, Verantwortung und Autorität). Deshalb wurde zunächst der Direktor der Künstlerviertel-GmbHs befragt, dann Leiter lokaler Künstlerprojekte und Künstler und zuletzt auch übergeordnete Experten der Stadt- und Wirtschaftsentwicklung.

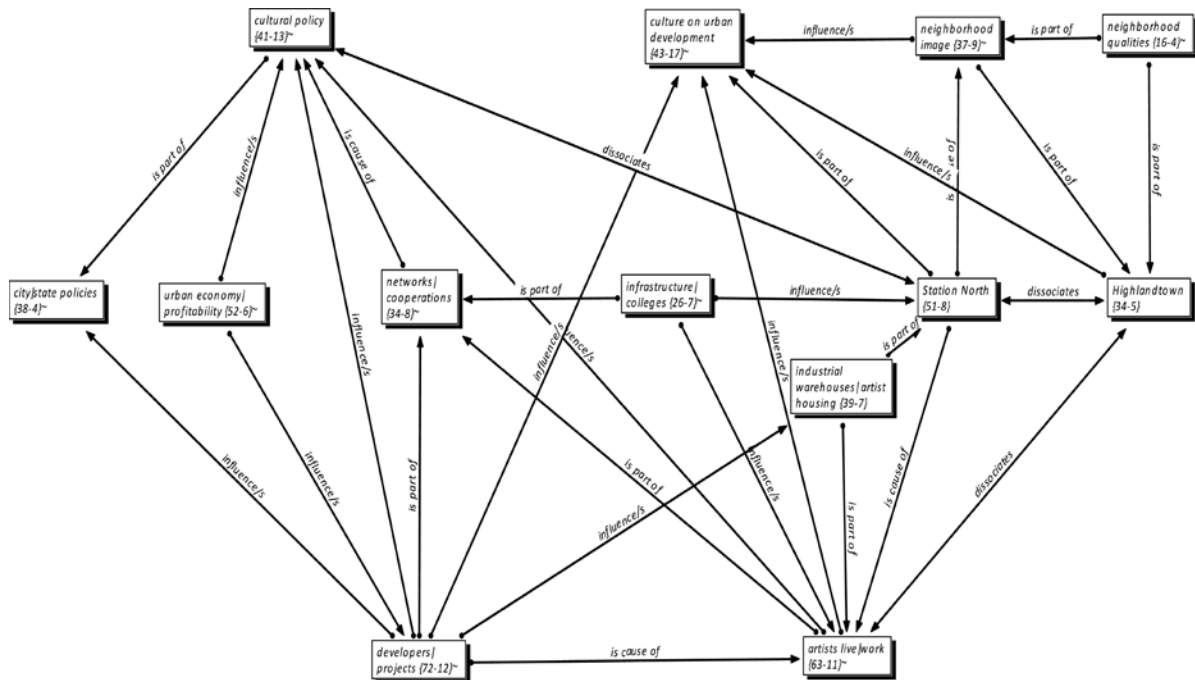
In den Gesprächen beschrieben die Experten zunächst immer die Entwicklung des Künstlerviertels, um dann über spezifische Sachverhalte und Be-

wertungen aus ihrer eigenen Sicht zu sprechen. Das Gespräch mit den bildenden Künstlern war so eher auf konkrete Gründe des Zuzuges und des Verbleibens im Künstlerviertel begrenzt, während das Gespräch mit der Vertreterin der staatlichen Wirtschaftsförderungsbehörde sich eher auf die Vorteile des Viertels für die Wirtschaft Marylands bezog. Das systematische Auswerten der häufig genannten und zueinander in Beziehung gesetzten Sachverhalte erbrachte das folgende graphische *konzeptuelle Netzwerk*, das die wichtigsten Inhalte der Interviews in wenigen Stichworten grafisch wiedergibt.

Tabelle 1: Interviewte Experten in Station North/Baltimore 2010

| | |
|---|--|
| Direktor der Künstlerviertel-Entwicklungsgesellschaft | Direktor des Station North Arts and Entertainment Viertels |
| Kulturmanagement, Künstler und Kunsthochschulleiter | Künstler & Studio-Mieter im Area 405-Gebäude |
| | Künstler und Eigentümer im Area 405-Gebäude |
| | Präsident des Maryland Institute College of Art (MICA) |
| Projektentwickler für Künstlerwohnungen | Direktor der Baltimore Jubilee Inc. Projektentwicklungs-Gesellschaft |
| Städtische und bundesstaatliche Stadtplanungs- und Stadtentwicklungs-Organisationen | Präsident der Baltimore Development Corporation |
| | Assistant Secretary des Maryland State Department of Business and Economic Development |

Abbildung 2: Wichtigste Sachverhalte der Künstlerviertel Station North und Highlandtown



Diese Visualisierung des gesamten konzeptuellen Netzwerkes wird nun zur besseren Übersicht in drei Teilnetzwerke aufgeteilt, in (1) das Netzwerk des Künstlerviertels Highlandtown (ganz rechts), in (2) das Netzwerk des Künstlerviertels Station North (im Zentrum) und in (3) das Netzwerk der Konzepte zur Politik und zur Vernetzung der wichtigsten kommunalen Akteure (links). Ich werde die Erörterung des zweiten Baltimorer Künstlerviertels Highlandtown (rechts) weglassen und mich nur auf den Komplex der Kategorien in Bezug zum Künstlerviertel »Station North« konzentrieren.

3. Das konzeptuelle Netzwerk des Station North-Viertels

In den Gesprächen über »Station North« wurden regelmäßig die folgenden Themen angesprochen: (1) die Arbeits- und Lebensbedingungen der Künstler vor Ort, (2) die Möglichkeit, in alten, nun leerstehenden Fabrik- und Lagerhäusern künstleradäquate Arbeits- und Wohnräume zu haben und weiterhin schaffen zu wollen, (3) die Einflüsse der Eigentümer, der Projektentwickler und der Investoren auf das Viertel, (4) die Bedeutung, die das designierte Künstlerviertel »Station North« auf das Verständnis von Kunst und Kultur der lokalen (politischen) Elite ausübt, und (5) auf die Bedeutung, die die Künste für die Stadtentwicklung Baltimores haben.

Das daraus ableitbare konzeptuelle Netzwerk von »Station North« hat sechs Abschnitte,

(1) die räumliche Unterteilung des kleinen, aber doch unterschiedlichen Viertels,

(2) die unmittelbare Bedeutung der Künste für die lokale Stadtteilentwicklung,

(3) die Funktion der alten Bausubstanz, also der leer stehenden Fabrikgebäude,

(4) die Bedeutung dieser Gebäude für das Arbeiten und Leben der Künstler,

(5) die Funktionen, die lokale Projektentwickler und Eigentümer vor Ort haben, und

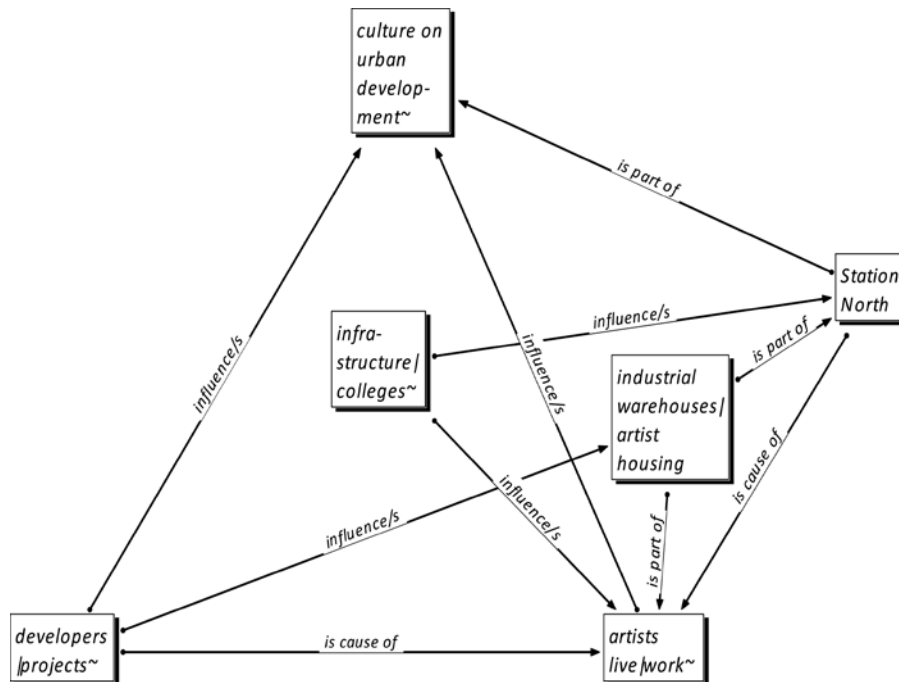
(6) die Bedeutung, die die Bildungseinrichtungen (Universitäten, Kunstschulen) vor Ort haben.

Diese Abschnitte werden nun einzeln vorgestellt.

3.1 Die physische Struktur des Station North-Viertels

Der aktuelle Erfolg des Viertels beruht darauf, dass auf wenigen Straßenblöcken 500 Künstler wohnen und arbeiten. Diese Künstler wollen sich allerdings nicht als Versatzstücke des städtischen Marketings exponieren. Der subkulturelle Bohème-Lebensstil der Künstler findet vor allem versteckt in alten Fabrikgebäuden im Südosten des Viertels statt – eine Außenwerbung für Ausstellungen und Vorstellungen ist selten. Bekannt gemacht werden sie nur durch Mundpropaganda und kleine Zettelaushänge, aber auch auf Webseiten. Die Arbeit dieser Künstler ist nicht und will nicht »konsumentenfreundlich« sein. Auf der nordwestlichen Seite des Viertels (am sogenannten Charles Street Korridor) gibt es im Gegensatz dazu die kulturelle Konsumentenseite des Vier-

Abbildung 3: Konzeptuelles Netzwerk Station North



tels; sie ist deutlich von der subkulturellen Produzentenseite getrennt und besteht v. a. aus Restaurants und Cafés mit künstlerischem Ambiente, Galerien und kleinen Bühnen. Diese Einrichtungen werben auch außerhalb des Viertels, um Restaurantgäste, Café-Kunden, Vernissage-Besucher und Bühnen-Zuschauer anzulocken. Die konsumorientierte Straßenszene an der Charles Street ist die historische Keimzelle des Künstlerviertels.

Jetzt kommen auch Nichtkünstler her und schaffen neue Geschäfte, Restaurants, Cafés, alles mit einer künstlerischen Note. Restaurants haben jetzt fast jeden Abend Live Music und jeden Monat eine wechselnde Ausstellung. Kunstgalerien dürfen Alkohol verkaufen und veranstalten regelmäßig Dichterlesungen. Die jungen Unternehmer hier sind bereit Risiken zu übernehmen und das macht hier in Station North den Unterschied. Der große Schritt, der Wendepunkt, in den letzten 1 ½ Jahren war die Eröffnung der Metro-Galerie in der Charles Street. Vorher gab es zwar das Charles Movie und das Everyman Theatre; beide machten diese Straße sicherer, dann eröffnete aber die Metro-Galerie hier direkt an den Bahngleisen, das strahlte regelrecht auf diese Gegend aus. Dann kam sofort das Station North Café hinterher, usw. Heute kann man hier mehr machen als nur ins Kino gehen. (Direktor, Station North, Inc.) [Anmerkung: Alle Zitate sind aus dem Englischen vom Verfasser ins Deutsche übersetzt und dabei z. T. stilistisch angepasst bzw. gestrafft worden.]

Die Load of Fun Galerie eröffnete hier an der North Avenue, in einem vorher leeren, herunter-

gekommene Gebäude. Daneben war ein Dollar Store, der gerade vor kurzem eine recht gute alternative Buchhandlung geworden ist. Dann ist da noch ein Live Musik-Laden mit Alkoholausschank und Kunstausstellungen gegenüber, »Joe Squared«. In diesen vier Blöcken, zwei an der North Avenue und zwei an der Charles Street gibt es jetzt eine Synergie des Kulturkonsums. Das Ganze hat sich in kurzer Zeit vervierfacht. (Direktor, Station North, Inc.)

Weniger beachtet von den Tages- bzw. Nachtgästen besteht Station North auch aus einem Gebiet der Kunstproduktion. Relativ weit entfernt von der zentralen Charles Street Achse, in der südöstlichen Peripherie, begrenzt von Gleisanlagen, einem Friedhof und leeren verwaorsten Reihenhäusern, in denen noch Drogenhandel und Prostitution stattfinden, findet man alte Fabrik- und Lagerhäuser, die den Kern der lokalen Kunstproduktion bilden. Sie sind der eigentliche Grund für die staatliche Bestimmung des Viertels als »arts and entertainment district«.

Der Schlüssel der Entwicklung hier sind die Künstler, die gleichzeitig ihre eigenen Unternehmer sind. Die haben dieses Viertel so einzigartig gemacht. Das sind spannende bildende Künstler, Musiker und Schauspieler, da gibt es auch mal interessante Speisen, sie haben interessante Kunst zu verkaufen und tolle Ausstellungs- und Arbeitsräume. (Direktor, Station North, Inc.)

Konsumtion und Produktion können als zwei Seiten einer Medaille verstanden werden.

Als uns bewusst wurde, dass wir hier eine kunstorientierte Gemeinschaft aufbauten, kamen wir nicht darum herum, zwei Seiten zu identifizieren, eine öffentliche Seite, die für den Konsum zuständig ist, und unsere Seite, die Wohn- oder Arbeitszone.

Die Stadt interessiert sich wenig für unsere Seite, außer vielleicht, um hier so viel Investitionen hereinzubringen, dass diese Hinterbühne des Viertels stabilisiert wird. (Künstler und Eigentümer, Area 405 Studio)

3.2 Die Künste als unmittelbarer Faktor der Entwicklung in Station North

Die Teilung des Viertels in einen Konsum- und einen Produktionsteil geht einher mit einer Unterscheidung von Kultur als Tauschwert (kommerzielle Ware) und als Gebrauchswert (sinnstiftende Tätigkeit). In den Gesprächen vor Ort wurde die zweite Funktion betont, wobei den Künstlern sehr wohl bewusst ist, dass ihre Tätigkeit gegen ihren Willen indirekt zur Wertschöpfung der Gebäude und Grundstücke beiträgt. Diese Spannung zwischen eher subkulturell interpretierter Kunstproduktion und eher kommerziell interpretierter Kunstkonsumption ist zwar existent; ebenso die Spannung zwischen progressiven Kunstproduzenten und profitorientierten Grund- und Bodenhändlern; sie scheint aber gegenwärtig an Bedeutung zu verlieren.

Ganz zu Beginn sind die großen Projektentwickler und Stadtplaner zu uns gekommen und haben sich beschwert: »Warum brauche wir diese neue Bezeichnung Station North?« Die hatten dieses Gebiet schon selber mit einem Etikett belegt, dem »Charles North«-Etikett. Die haben zunächst sehr mitleidig auf die Kunstviertel-Idee hinunter geschaut. Aber nicht sie, sondern wir haben es geschafft, dass hier was passierte, mit der »Load of Fun«-Galerie und Straßencafés an der North Ave. und den vielen Kunstattraktionen, die junge Leute ins Viertel brachten. Das geschah auf einer Grassroots-Ebene, von unten, nicht durch die Stadtplanung von oben! Diese niedrigstufige Entwicklung hatte hier Erfolg, wo vorher nichts war. Erst dann haben diese Entwickler es verstanden und begannen leerstehende Gebäude am North Avenue Market zu kaufen. Sie sind wirklich zu uns gekommen und haben zugegeben, dass sie falsch lagen und dass sie so rückständig waren – sie haben dann auch das Etikett von »Station North« übernommen. (Künstler und Eigentümer, Area 405 Studio)

Die Gefahr einer zukünftigen Gentrifizierung ist bekannt, wird aber von den Akteuren ignoriert.

Interessant ist ja, dass diese Projektentwickler langfristig, wenn dies mal ein vibrierender Stadtteil sein wird, daran denken, hier Hochhäu-

ser zu bauen, mit teuren Eigentumswohnungen. Natürlich denken die daran, irgendwann die Künstler hinauszuerwerfen. Aber ich frage mich, ob es jemals soweit kommen wird. Wir sprechen ja mit diesen Stadtentwicklern, die sind da ganz offen. Ich vertraue denen, wenn sie sagen, dass sie uns als Künstler hier behalten wollen, denn, wenn dies hier erst mal gentrifiziert ist, dann soll das ja auch seine Identität behalten, und das sind wir. Außerdem gibt es in der Stadt andere Ventile für wirkliches hochpreisiges Innenstadtwohnen, in Canton, Fells Point, Federal Hill, am Inner Harbor. Wenn die Entwickler hier wirklich nachhaltig Erfolg haben wollen, dann müssen die die Kunst als Basis im Viertel sichern. (Künstler und Eigentümer, Area 405 Studio)

Gentrifizierung betrifft uns hier alle. Aber einige Stadtentwickler, z. B. der Gentleman, der jetzt ermöglichte, die Metro-Galerie in dem alten Gebäude zu eröffnen, haben größere Pläne als nur Geld zu machen. Sein Plan ist es, dort irgendwann ein großes Hochhaus zu errichten, aber er hat der Dame, die die Metro-Galerie betreibt, schon versprochen, dass sie ihre Galerie dann in den Neubau integrieren kann. (Direktor, Station North, Inc.)

Die schwache öffentliche Hand unterstützt mit den wenigen Möglichkeiten, die sie hat, die Ansiedlung von Künstlern in der südöstlichen Ecke des Viertels, die sich dabei ihrer Rolle als Pioniere einer möglichen Gentrifizierung sehr wohl bewusst sind, dies aber zumeist verdrängen.

Die Stadt versteht die Künste als Vortrupp der Gentrifizierung, als Pioniere – das ist wahrscheinlich der Grund, warum wir von dieser Seite jetzt so viel Unterstützung bekommen. (Künstler und Eigentümer, Area 405 Studio)

Die Wiederbelebung eines Viertels hängt von der Menge und dem zumindest einfachen, aber gebrauchsfertigen Zustand der vorhandenen Gebäude ab. Es ist eine ökologische Sukzession, eine voraussagbare Abfolge von Wohn- und kommerziellen Nutzungen. Auf der Wohnseite fängst du mit jungen Leuten an, Künstlern, die nichts gegen heruntergekommene Buden haben, solange sie nicht viel dafür bezahlen müssen. Und dann arbeitest du dich hoch bis du schließlich bei den Investment Bankern gelandet bist. (Direktor, Jubilee Baltimore Inc.)

Es gibt im Viertel allerdings auch mehrere Versuche, unter dem Stichwort »funky vs. fancy« dieser Gefahr einer zukünftigen Gentrifizierung etwas entgegen zu setzen.

Wenn du genügend Schlüsselgrundstücke und -gebäude in die Hand bekommst, dann kannst du eventuell eine umgreifende zukünftige Gentrifi-

zierung hier verhindern. Da müssen die Projektentwickler mit den Gruppen hier im Viertel als Basisorganisation zusammen arbeiten und kleinere, vielleicht unkonventionelle Künstlerräume schaffen und erhalten – und damit gegen die großen extravaganten kommerziellen Eigentumsgebäude-Projekte angehen. Diese etwas irren Wohn- und Arbeitsverhältnisse der Künstler hier müssen erhalten bleiben. Deswegen arbeiten wir auch mit einigen Projektentwicklern zusammen, die unsere Überlegungen teilen. Wir können dafür auf nicht-kommerzielles Stiftungsgeld zurückgreifen und damit kommerzielle Kreditaufnahmen und damit den Druck des Marktes vermeiden. Damit nimmst du den Kräften der Gentrifizierung den Wind aus den Segeln. Wenn die Gebäude hier in Eigentumswohnungen zu Marktraten umgebaut würden, dann wäre das Viertel über Nacht verloren. Aber wenn du hier viele Räume für Künstler unterhalb der Marktrate langfristig anbieten kannst, zu erschwinglichen Mieten, dann hast du Festungen gegen die Gentrifizierung des Viertels. Ich denke weiter, dass wir als Künstler mit unseren Umgestaltungen hier nie so erfolgreich sein werden, dass es eine starke Gentrifizierung gibt. Dies ist Baltimore, nicht New York, vergiss das nicht! Hier gibt es eben nicht so viel Druck auf den Grundstücks- und Gebäudemarkt. (Künstler und Eigentümer, Area 405 Studio)

Trotz dieser positiven und optimistischen Stellungnahme ist die Furcht vor den Folgen einer zukünftigen Gentrifizierung nicht völlig ausgeräumt; das Verhältnis von Künstlern und Stadtentwicklern ist nicht frei von Unwägbarkeiten und Misstrauen. Zum einen begrüßen die Künstler, Studio-Besitzer und Quartiersmanager, dass ein Viertel, dass zum größten Teil leer und brach stand, nun bewusst entwickelt wird; zum anderen kann man diese Unterstützung aber auch als »Kuckucksei« bezeichnen, deren »Küken« sich langfristig nachteilig auf die Künstler auswirken werden.

Es gibt ja den Plan, hier am südlichen Rande des Gebietes, dort wo jetzt die Metro-Galerie ist, ein zwanzigstöckiges Gebäude [Charles North] zu bauen. Das würde das Viertel definitiv verändern. Es ist ja gut, dass die Projektentwickler verstehen, dass dieses Viertel durch die Künstler so einzigartig ist, deshalb gibt es ja auch so viele Räume für Studios, Galerien und Aufführungen. Wahrscheinlich kalkulieren die, dass man dort zwei Geschosse mit unterpreisierten Künstlerflächen drin haben muss, damit man dort gleichzeitig 50 Einheiten zu Marktpreisen verkaufen kann. Die wollen ja nun mal in erster Linie Geld machen. (Direktor, Station North, Inc.)

Der Herr, der jetzt »Load of Fun« besitzt wird langfristig wohl sein Eigentum an jemanden

verkaufen, der dann damit viel Geld macht. Das geht uns hier alle an. Und das ist auch einer der Gründe, warum wir so begeistert von dem neuen Künstlerhaus an der Ecke von Greenmount Avenue und Oliver Street sind. Für mindestens 15 Jahre wird es dort nämlich preiswerte Wohn- und Arbeitsstudios für Künstler geben. (Direktor, Station North, Inc.)

3.3 Die Bedeutung der Fabrik- und Lagerhäuser am Rande des Station North Viertels

Für die Künstler und kunstbewussten Planer sind die großen und vor langer Zeit schon verlassenenen Fabrik- und Lagerhäuser in Station North der größte Vorteil des Viertels. Viele stehen oder standen seit Jahrzehnten leer (z. B. das Oliver Street Gebäude »Area 405«), andere sind vor über 25 Jahren besetzt worden – Besetzungen, die dann von den Eigentümern akzeptiert wurden, um durch diese »Pseudo-«Mieter eine Verwahrlosung der ansonsten leer stehenden Gebäude zu verhindern (z. B. das Copy Cat Gebäude). Andere Gebäude werden nun auch einer künstlerischen Nutzung zugeführt (z. B. die Lebow Factory, ebenfalls eine frühere Textilfabrik).

Baltimore war nach New York die zweitwichtigste Stadt für Textilhandel in den USA. Deshalb gibt es nahe dem Zentrum so viele Fabrikgebäude mit großen Fenstern, denn dort arbeiteten vor allem Frauen an Nähmaschinen, die das Licht der großen und vielen Fenster brauchten – das sind große Loft-Gebäude, häufig wunderschöne Gebäude. Ihr Zustand ist nicht bestens, aber Künstler mögen diese Gebäude, mit viel Fenster Richtung Norden und billig. Das ist unsere große Ressource für die Zukunft und es gibt jetzt eine kritische Masse an Interesse an ihnen. Wichtig ist zudem, dass die Häuser nahe dem Bahnhof liegen – das wollen die Leute hier, die in der Kunst und Kultur tätig sind. (Präsident, Baltimore Development Corporation)

Künstler schätzen insbesondere den alten Loft-Stil dieser Gebäude, mit ihren hohen Decken, aber auch das Zusammenleben und das Miteinander-Vernetzt-Sein.

Das CopyCat-Gebäude gibt es schon lange, ... es ist eine sehr andere Art von Künstlerraum, sehr roh und unbearbeitet, nicht sehr gut instandgehalten. Dann gibt es das Area 405-Gebäude in der Oliver Street, das gehört den Künstlern, die da drin wohnen, eines der ersten Häuser hier, das von Künstlern selbst gekauft wurde. Auch die Cork Factory gehört den Künstlern, es ist eine Genossenschaft und ein Fixpunkt für das Viertel. Gemeinsam mit dem Copy Cat Gebäude, dem Area 405 Gebäude, der Cork Factory und dem Copy Cat Annex wird dieses Gebiet zu

einem legitimen Treffpunkt für Künstler; die gravitieren ganz natürlich hierhin. (Künstler und Studio-Mieter)

Der Copy Cat Annex hat 60 Künstler, die dort wohnen und arbeiten, in sechs großen Lofts. Die Lofts sind so groß, da ist sogar ein Theater drin. Das ist ein sehr wertvolles Gebäude, und das meine ich nicht ökonomisch, sondern künstlerisch; da passiert was, weil die Mitbewohner künstlerisch kooperieren. Ich möchte dieses Gebäude kaufen, damit diese Situation bewahrt wird. In der Welt der gemeinnützigen Stadtteilentwicklung spielen die Künstler noch gar keine große Rolle, und deshalb geben die Philanthropen und andere Förderinstitutionen noch nicht so viel Geld für den Kauf und die Renovierung solcher Gebäude aus, aber das wird sich ändern. Schon jetzt gibt es ja genug Finanziere, die sich um die zeitgenössische Kunst sorgen – nun muss ich denen nur noch klar machen, dass sie sich auch um die zeitgenössischen Künstler kümmern müssen. (Direktor, Jubilee Baltimore Inc.)

Trotzdem gilt die Gegend, die lange Zeit ein Zentrum des Drogenhandels und der Prostitution war, immer noch nicht als ungefährlich.

In der Greenmount West Nachbarschaft gibt es schon lange preiswerte Lofts, die sich selbst Künstler leisten könnten. Dort gibt es heute aber auch noch viele Brachflächen und kriminelle Aktivitäten. Es ist zwar besser geworden, aber du musst dich schon noch umgucken... (Direktor, Station North, Inc.)

Aber auch in anderen Teilen des Viertels gibt es nun mehr und mehr Räume für Künstler, so an der North Avenue, im Gebäude des Load of Fun Künstler Space. Dort gibt es Arbeitsplätze für z. Zt. 35 Künstler oder Kultureinrichtungen mit 15 Studios, einer Galerie und Theaterräumen, die sich mehrere Theater-Companies teilen.

Im Load of Fun Gebäude an der North Avenue kann man zwar arbeiten, aber nicht wohnen, da gibt es keine Baderäume, nichts davon. Das sind ausschließlich Arbeitsplätze. (Direktor, Station North, Inc.)

Vor circa 15 Jahren wurde auch das H&H Gebäude in Westen des Zentrums Baltimores besetzt; allerdings war dies eine Besetzung, die von den staatlichen Autoritäten schnell legalisiert wurde, weil der Eigentümer damals froh war, dieses Haus durch einen Kreis an Künstlern bewohnt (und nicht durch Junkies benutzt) zu sehen. Wenig später zahlten die Künstler auch eine (preiswerte) Miete.

Meine Freunde haben dann diesen Ort besetzt. Die haben ihn dann später zum Arbeiten offiziell

gepachtet, aber dort auch illegal gewohnt. Der Vermieter hat woanders hingeguckt, und die Stadt auch ... Die wussten es, haben aber nichts dagegen gemacht, weil wir keine Probleme verursachten. 1996 haben dann weitere Künstler in einem Handstreich auch das dritte und vierte Geschoß spontan erobert und haben da Küchen und Badezimmer und Galerieräume und insgesamt vier große Kunstaustellungs- und Theaterräume eingerichtet. Nun wohnen da ungefähr 25 Künstler. (Künstler und Studio-Mieter)

Ich bekam hier einen wirklich billigen Platz zum Arbeiten. Aber, was noch wichtiger war, wir haben uns diesen Platz alle geteilt, und das Teilen bewirkte, dass wir alle voneinander lernten und uns gegenseitig unterstützten. Wir haben hier mit professionellen Kuratoren und Mitarbeitern aus Galerien und Museen zusammengearbeitet, und das hat unseren Karrieren sehr geholfen. (Künstler und Studio-Mieter)

3.4 Wohnen und Arbeiten als Künstler im Station North Viertel

Die Übernahme der Gebäude durch die Künstler war nicht immer mit einem semi-legalen Besetzen von alten Fabrikgebäuden getan – wenn dies auch in Baltimore nicht nur eine seltene Ausnahme war. Den notwendig langen Atem auf dem Weg zum eigenen Künstlerraum beschreibt ein Künstler, der das Area 405-Gebäude vor neun Jahren gemeinsam mit anderen Künstlern gekauft hat – und dies unabhängig und gegen die Bedenken von Banken und Immobilienhändlern.

Wir haben das Gebäude im Jahr 2002 gekauft, als hier gerade die Station North-Etikettierung stattfand. Meine Frau und ich sind beide Künstler, die hier in Baltimore in diversen alten Fabrik- und Lagerhäusern seit 1992 wohnten. Immer haben wir diese Gebäude renoviert, obwohl sie uns nicht gehörten, und wir hatten immer Streit mit den Eigentümern deswegen. Aber das war uns eigentlich egal. Meine Frau malt, ich bin Kunstschweißer. Ich bin damals nach Baltimore gezogen, weil es hier noch möglich war, preiswerten Wohn- und Arbeitsraum zu finden, nicht wie in Washington DC, wo ich vorher arbeitete. Da war es unmöglich, bezahlbare Studios zu finden. Dann haben wir hier angefangen, Räumlichkeiten von circa 2.000 m² zu suchen. Wir wollten was kaufen, denn irgendwann hat man keine Lust mehr, für andere Leute ihre Flächen zu renovieren. Dann haben wir einen Freund gefunden, der auch was zum Kaufen suchte. Wir haben über zwei Jahre gesucht, sind durch die ganze Stadt gefahren. Dann haben wir uns dieses Gebäude angesehen, das schon 1848 als Brauerei gebaut wurde, dann als Dosenfabrik fungierte und schließlich als

Jalousien-Fabrik. Es war viel größer als wir es eigentlich haben wollten, es war schon 12 Jahre leer und in einem schlechten Zustand.

Das Schild »Zu Verkaufen« draußen hatte eine Telefonnummer, die es nicht mehr gab. Aber wir kannten mittlerweile den Makler, der auf dem Schild vermerkt war. Der wollte uns das Gebäude erst ausreden, weil es so kaputt war. Als wir die wirkliche Größe des Gebäudes sahen, 6.600 m², kamen wir auf die Idee, dass man ja den Platz, den man nicht braucht, an andere Künstler weitervermieten kann. Mit dieser Idee haben wir dann andere Künstler als Käufer auftreiben können. Der Eigentümer hat offiziell \$ 650.000 verlangt, aber der Makler meinte dann, dass er wohl auch für \$ 350.000 verkaufen würde. Wir haben dann \$ 150.000 angeboten und er hat bei \$ 160.000 zugesagt. Er war damals 88 Jahre alt, lebte in Florida, und sein Sohn wollte das Gebäude nur loswerden. Da haben wir Glück gehabt. (Künstler und Eigentümer, Area 405 Studio)

Der Stadtplaner mag nun auf die Idee kommen, dass man so Kreativität planen könnte. Die Antwort von Projektentwicklern vor Ort auf diese Idee ist allerdings, dass ...

... dies ist eine recht alberne Vorstellung, sogar anmaßend, ist. Nur ein Planer, der sonst nichts zu tun hat, würde so was versuchen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es Erfolg hätte. Der Erfolg ist nur zum Teil die Baumasse. Wichtiger ist es, die Künstler zusammenzubringen, das sie miteinander sprechen und sagen, was sie zum vernünftigen Arbeiten brauchen. Aber selbst wenn man große Räumlichkeiten, Sicherheit, Licht und eine preiswerte Miete hat, muss man nicht unbedingt kreativ sein. (Direktor, Jubilee Baltimore Inc.)

3.5 Der Einfluss von Projektentwicklern und Eigentümern auf das Künstlerviertel

Der Einfluss von Projektentwicklern (die auch als Mittler zwischen den Gebäudeeigentümern, den Investoren bzw. Finanziers und den künstlerisch aktiven Bewohnern bzw. späteren Nutzern vor Ort fungieren) auf die Gestaltung des Viertels ist unübersehbar. Diese Rolle kann nun hilfreich oder schädigend für die lokalen Künstler sein. Sind diese Entwickler Handlanger kapitalistischer Immobilienspekulanten oder Verteidiger der Rechte und Räume der örtlich ansässigen künstlerischen Bewohner? So einfach und polarisierend stellt sich ihre Rolle nicht dar.

Theoretisch halte ich mich an dem politikökonomischen Ansatz, den Harvey Molotch schon Ende der 1970er Jahre in seinem Aufsatz zur »Growth Machine« und der Wachstumskoalition aus politischen und wirtschaftlichen Eliten in neoliberal

agierenden Städte formuliert hat (vgl. »The City as a Growth Machine: Toward a Political Economy of Place.« Seite 309–332 im American Journal of Sociology, Jahrgang 82, Heft 2, 1976). Dies ist ein Ansatz, der Stadtentwicklung sicherlich richtig als Produkt mächtiger Gesellschaftseliten versteht und interpretiert. Nach Harvey Molotch lassen sich drei Typen des Stadtentwicklers unterscheiden, 1) den passive Entwickler, der ein eher zufälliger Bodenunternehmer ist (»serendipitous entrepreneur«), 2) den aktiven Entwickler, der ein aktive Bodenunternehmer ist (»active entrepreneur«) und 3) den strukturierenden Entwickler, der ein strukturierender Spekulant ist (»structural speculator«). Alle drei Typen finden sich hier wieder.

Allerdings würde ich sie um den Typen des gutwillig-gemeinnützig aktiven Projektentwicklers (benign developers) ergänzen, der aus gemeinnützigen Gründen das Viertel stabilisieren will. Der rein profit-orientierte, kommerzielle Projektentwickler wäre das Gegenbild, entsprechend dem strukturell aktiven Spekulanten. Der passive Entwickler fällt eher zufällig und häufig widerwillig in die Rolle des Entwicklers, weil er oder sie ein Haus geerbt hat oder seit langem besitzt und nun von der Entwicklung des Viertels »überrollt« wird. Der aktive Entwickler oder Investor kommt hingegen von außerhalb, sieht sich im Viertel um, erkennt den positiven (wertsteigernden) Wandel und springt auf den fahrenden Zug auf und kauft, um an der antizipierten Wertsteigerung zu profitieren. Der strukturierende Entwickler sieht sich nicht nur den Wandel des Viertels an, sondern greift politisch und strategisch ein, treibt den positiven (also wertsteigernden) Wandel aktiv voran und profitiert umso mehr davon. Interessant ist dabei die Entwicklung von Eigentümern vor Ort, die sich von Künstler unterstützenden Eigentümern zu allein profit-orientierten Immobilienunternehmer wandeln, der dann die Künstler v. a. als Kapitalpotenzial betrachtet. Die meisten dieser letzten Gruppe wohnen nicht im Viertel, sondern woanders.

Im Copy Cat Gebäude kann jeder Hauptmieter ungefähr 12 Untermieter haben, da die Stockwerke so groß sind. Dem Eigentümer des Copy Cat gehört auch der Copy Cat Annex, wo die Wohn- und Arbeitsverhältnisse ähnlich sind. Er wohnt in Florida. Er hätte das Haus während der Immobilienblase gerne verkauft, fand aber keinen Käufer für den gewünschten Preis. Nun wartet er ab. In fünf Jahren, wenn die Wirtschaft wieder läuft, wird er seine Häuser wohl verkaufen und die 200 bis 300 Künstler rauswerfen. (Direktor, Station North Inc.)

Der Eigentümer des »Load of Fun« Gebäudes macht mit seinen einzelnen Vermietungen keinen großen Gewinn. Aber er sorgt dafür, dass das Gebäude eine kulturelle Attraktion ist und hilft damit, die Gegend wiederzubeleben. Ich bin

sicher, dass er langfristig plant, sein Eigentum an einen Entwickler weiterzuverkaufen – und der wird dann daraus einen Goldesel machen. (Direktor, Station North, Inc.)

Heute ist der Einfluss der vielen langjährig besitzenden Eigentümer, der passiven Immobilienbesitzer (serendipitous entrepreneurs) nicht nur grundsätzlich gering, sondern er wird begleitet von Ignoranz und Verwahrlosung: diese Eigentümer kümmern sich nicht mehr um ihren Grund und Boden, weil sie ökonomisch und persönlich damit überfordert sind, eine aktive Stadtentwicklung kann von diesen Eigentümern nicht erwartet werden. Ihre »kapitalistische Untätigkeit« scheint dem Staate Maryland ein Dorn im Auge zu sein; er unterstützt deshalb aktiv Entwickler von außerhalb, die die sekundären oder tertiären Kapitalkreisläufe ankurbeln.

Es ist wichtig, dass private Entwickler bei der Veränderung dieser Künstlerviertel mitwirken. Wir haben die Regeln geschrieben und wir wollen, dass im Beirat des Art District ein Entwickler sitzen muss und mitbestimmt, denn nur professionelle Stadtentwickler verstehen, wie man vernünftig Gebäude renoviert und umwidmet, so dass es sich wirtschaftlich trägt. Das wollen wir! Die Entwickler sind der Garant dafür, dass so ein District erfolgreich ist. Man muss Künstler ja lieben, aber, ehrlich gesagt, wissen die nicht, wie man ein altes Gebäude noch mal herumdreht. Best practice ist nur mit privaten Entwicklern möglich, das haben wir gelernt. (Assistant Secretary, State Department of Business und Economic Development)

Dann, und dies ist meine wichtigste Unterscheidung zu Molotch, gibt es noch den gutwillig-gemeinnützig agierenden Entwickler (der auch ein struktureller Veränderer ist). Ein Beispiel dafür ist die Entwicklungsgesellschaft Jubilee Inc. im Südosten des Viertels, die niedrig-preisige Studios und Wohnungen für Künstler im sogenannten CityArts-Projekt realisierte. Das CityArts-Projekt ist ein Neubau für Künstler, das im »Loft-Stil« eines alten Fabrikgebäudes errichtet wurde und seit Anfang 2011 Platz für über 95 Künstler zum Wohnen und Arbeiten bietet. Als gemeinnützig tätiges Immobilienunternehmen baut dieser Projektentwickler Gebäude gemeinsam mit lokalen Künstlern für lokale Künstler (um), indem er weiß, wie die umfangreichen staatlichen Bundesmittel (finanziert über das Federal Tax Credit-Programm) dafür genutzt werden können. Die daraufhin zu bezahlende Miete liegt weit unter der Durchschnittsmiete anderer Künstlerstudios, und – was in den USA ungewöhnlich ist – Mietverträge sind nicht von Vermieterseite aus kündbar. Wichtig ist hier die Übereinstimmung von und das Vertrauen zwischen Projektentwicklern und Künstlern – und die Fähigkeit des Entwicklers, die Wünsche der Künstler

uneigennützig aufzunehmen und preiswert umzusetzen. Der interviewte Projektentwickler von Jubilee Inc. lebt und arbeitet nahe dem Quartier und hat über Jahre ein vertrauensvolles Verhältnis zu vielen dieser Künstler aufgebaut.

Der Leiter von Jubilee Inc. und ich haben dann viele Male mit anderen Künstlern aus dem Copy Cat Gebäude hier zusammengesessen. Das fing damit an, dass er in einer Nacht plötzlich hier in seinem Trenchcoat mit Aktenkoffer und Anzug aufgetaucht ist – und dann sind wir in eine dieser Künstler-Lofts gegangen, in eine dieser riesigen Räume, von denen diese klitzekleinen Schlafräume abgehen. Da lebten sieben oder acht Künstler und wir sind alle in das so genannte Wohnzimmer gegangen, in denen alte Sofas rumstanden und ein Couchtisch, der mit alten leeren Pizzakartons vollgemüllt war. Die eine Couch, auf der wir saßen, brach fast zusammen, und es stank nach Katzenpisse. Da haben wir uns dann lange unterhalten, er vor allem. Dann hat er sich die ganzen Räume angesehen und dann hat er im Grunde das Ganze in Gang gesetzt, indem er sagte »Okay, ich bin daran interessiert, ein neues Gebäude mit Arbeits- und Wohnräumen für euch Leute zu bauen«. (Künstler und Eigentümer, Area 405)

Ich bin begeistert von dieser Entwicklung. Vor vier oder fünf Jahren hat der Projektentwickler eine große Untersuchung hier durchgeführt – er hat im Prinzip alle Künstler in der Stadt gefragt, 762, was sie für Räume haben wollen, was Künstler brauchen, was sie zahlen können, was für eine Umgebung sie brauchen, um gut arbeiten zu können. Ich war einer der Leute, die diesen Fragebogen ausgefüllt haben. Dann hörte ich eine ganze Weile nichts und plötzlich war dann dieses Gebäude hier, und es berücksichtigt viele unserer Wünsche. Es ist auch spannend, weil es trotzdem preiswerte Räume sind – und es ist etwas netter und auch sicherer als die anderen Künstlerarbeitsstätten. (Künstler und Studio-Mieter)

Ein gutwillig-gemeinnütziger Entwickler hat auch die Funktion, andere Entwickler (d. h. Profitspekulanten) aus dem Viertel herauszuhalten.

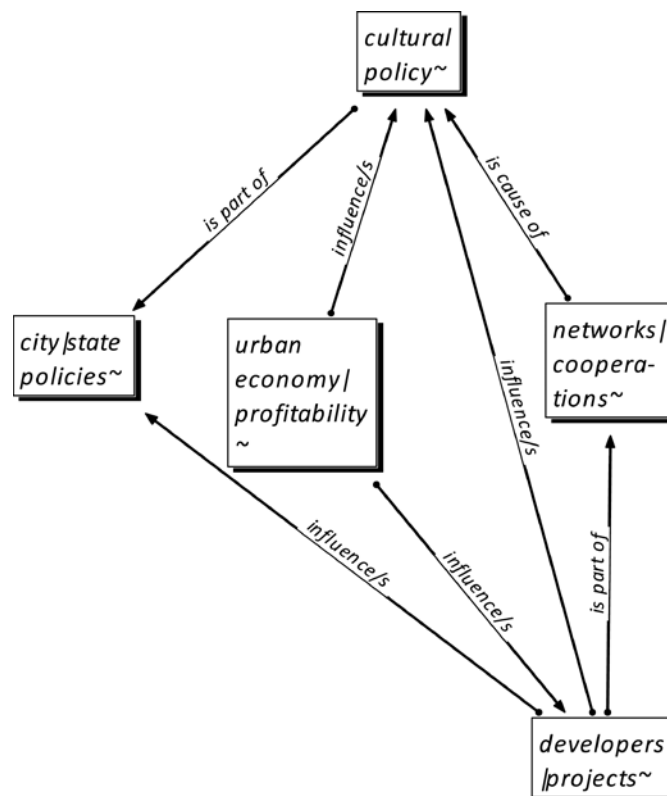
Die Funktion dieses neuen Künstlerhauses ist es, Spekulation zu verhindern. Die ursprünglichen Experten dafür kommen aus Minneapolis. Nachdem wir lange mit ihnen gesprochen haben, wussten wir, dass wir das selber machen können. Das Geheimnis sind die staatlichen Baukredite, die wir bekommen, weil wir nur Mieter mit niedrigem Einkommen haben und die Spender und Philanthropen, die noch nie Geld für Künstler ausgegeben haben – das klappt großartig. (Präsident, Maryland Institute College of Art)

4. Die Bedingung eines helfenden politischen (Elite-) Netzwerkes

Das dritte konzeptuelle Netzwerk zu der Gestaltung des Künstlerviertels, auf das ich an dieser Stelle aber nur kurz eingehen kann, betrifft die politische Durchsetzung und damit auch die Finanzierbarkeit des Arts Districts, insbesondere also die politische Hilfe von oben, den Künstlern von unten die Macht zu geben, ihren Ort so zu gestalten, dass sie dort wohnen und arbeiten können.

Die Hauptsäule des Erfolges der Umsetzung und der Umsetzbarkeit der eben ausgeführten Schritte einer gutwillig-gemeinnützigen Entwicklung künstlerisch-kultureller Gelegenheiten im Station North District ist das Netzwerk einer neuen lokalen Elite, die sich in den letzten Jahren als ein verändertes »urbanes Regime« aufgebaut hat. Dieses neue »urbane Regime« (das in Baltimore traditionell »shadow government« heißt) besteht heute vor allem aus den großen Stiftungen und den großen Universitäten in der Stadt. Die ehemals wichtige ökonomische Elite der Stadt, die lokalen Unternehmens-

Abbildung 3: Konzeptuelles Netzwerk Station North



zentralen der Wirtschaft (und deren Beeinflussung der Stadtpolitik ganz im Sinne der Growth Machine) haben in den letzten 20 Jahren viel an Einfluss verloren, weil sie entweder durch die Fusion mit anderen Unternehmen (aus anderen Landesteilen) nicht mehr Unternehmenszentralen sind (und die Standortpolitik dieser Unternehmen dadurch an Bedeutung verloren hat) oder weil die Unternehmen im Zuge der Suburbanisierung aus der Stadt gezogen sind. Die Gestaltung des Station North Viertels wird heute v. a. von der Central Baltimore Partnership (CBP) im Sinne einer Governance-Strategie gesteuert. Diese Partnership besteht seit 2004, wird vom Präsidenten der benachbarten Kunsthochschule, dem Maryland Institute College of Art (MICA), geleitet und setzt sich (neben dem Vorstand der Entwicklungsgesellschaft des Künst-

lerviertels) aus Vertretern der sieben wichtigsten gemeinnützigen Universitäten, Stiftungen und Wirtschaftsförderungsvereinen der Stadt zusammen. Interessant ist hier, dass aber keine städtischen Behörden verantwortliche Mitglieder sind, obwohl die Behördenchefs für Stadtplanung und Wirtschaftsförderung mittels einer Beiratsfunktion auch angehört werden können. Dazu ein Zitat des Leiters der CBP:

Die Stadt selbst kann es hier nicht umsetzen. Wir haben hier nicht die Leitungsqualitäten auf der höchsten städtischen Ebene, und ich bin mir nicht sicher, ob man der Stadtverwaltung vertrauen kann. Wir arbeiten natürlich mit ihnen zusammen, aber keiner von uns würde denen diese Sache alleine anvertrauen. Außerdem gibt

es in der Stadt keine unternehmerische Führung mehr, die so was hätte initiieren und umsetzen können. (Präsident, MICA)

Die wichtigsten Persönlichkeiten, die heute in der Stadt die Entwicklung dieses Künstlerviertels mit Macht vorantreiben können sind der Präsident dieser örtlichen Kunsthochschule, die Direktorin des Baltimorer Museums of Art und der Direktor des Walters Art Museums, alles Leiter und Leiterinnen der wichtigsten Hochkultureinrichtungen der Stadt. Sie setzen tatsächlich einen Großteil ihrer Kompetenzen und Energien dafür ein, ihre »Community« zu verbessern und nicht dafür, in der jeweiligen Hochkulturszene ihre Lorbeeren einzuheimsen.

Die Leitungsebene der städtischen Behörden muss am Rande ebenfalls an den Entscheidungen für Station North beteiligt werden, weil sie ansonsten ...

... nur störend eingreifen oder gar nichts tun würden. Wir brauchen sie zum Beispiel, wenn wir einen abwesenden Hauseigentümer anklagen müssen, weil er seine Häuser verwahrlosen lässt. Da kann nur die Stadt Bußgelder verhängen bis hin zur Enteignung vor Gericht. Dazu müssen wir die Stadt aber zum Teil überreden, und das geht nicht über Zwang. Ansprechbarkeit und ein anständiges Verhalten gegenüber den Menschen hier in der Stadt, das ist alles, was wir von der Stadt wollen. (Präsident, MICA)

Warum wird die Politik der Stadtteilentwicklung nun nicht mehr von städtischen Behörden beeinflusst? Warum intervenieren sie nicht mehr? Der Hauptgrund sei, so der Initiator der BPC, die ökonomische Unsicherheit des ganzen Projektes.

Der Markt treibt hier nichts voran. Es gab zwar schon Entwickler, die hier für sich profitable Ideen verwirklichen wollten, aber es funktionierte nicht, es rechnet sich nicht. Man kann eben Räume für Künstler, Studios und selbst Kunstgewerbe hier nicht richtig profitabel machen. Was macht man dann? Man findet gemeinnützige Einrichtungen, die es eben in Baltimore gibt, und baut mit deren Hilfe diese Fabrikgebäude um, zum Beispiel in eine gemeinnützige Designschule. Diese Schule wird dann der Mieter, ohne dass daraus ökonomische Gewinne, aber sehr wohl soziale Gewinne, Bildung und eine Steigerung von Lebensqualität in diesem Viertel zu erzielen sind. (Präsident, MICA)

Die ökonomische Randlage Baltimore ist künstlerisch ein Vorteil – ein Marktdruck besteht nicht.

Im H&H-Gebäude hatten wir immer nur drei-Jahres-Mietverträge und wir haben immer

erwartet, dass man uns dann rauswirft. Aber dann sind aus drei Jahren 12 Jahre geworden – manche wohnen da seit 15 Jahren. Der Immobilienmarkt in Baltimore ist nicht so stark, das die Künstler darunter leiden müssen. Und viele Künstler wollen auch nicht länger als drei bis fünf Jahre in einem Haus bleiben. Sie nehmen unsichere Bedingungen zum Wohnen und Arbeiten in Kauf, weil sie die Straße runter gleich ein weiteres von Künstlern bewohntes Fabrikgebäude sehen, in das man immer ziehen könnte, falls man mal gekündigt würde. Die Kunstszene in Baltimore ist immer durch die Künstler gestaltet worden, nicht durch die Galerien oder Museen. Die Künstler können hier die Welt so gestalten, wie sie es gerne haben wollen. (Künstler und Studio-Mieter).

Diesen Abschnitt möchte ich mit der positiven Grundaussage beenden, dass hier durch eine einsichtige, »freundlich und sozial gestimmte« aufgeklärte philanthropische Elite unter einer aus ökonomischen Gründen schwächelnden politischen lokalen Regierung weitaus mehr als eine umfangreiche kreative Nische entstanden ist. Diese können Künstler und Unterstützer so ausbauen und stärken, dass sie nachhaltig Bestand hat, ohne langfristig einem Gentrifizierungsdruck nachgeben zu müssen. Die wichtigste Grundvoraussetzung für künstlerische Kreativität ist in Baltimore von einer Freiheit zu profitieren, die basiert auf einer politischen und ökonomischen Schwäche der Stadt und auf der Stärke einer einsichtigen und umfangreich unterstützenden philanthropischen Elite.

Erstes Podium: Kultur in der Stadt, Kultur der Stadt – Perspektiven durch Kultur?

mit **Prof. Dr. Volker Kirchberg** (Leuphana-Universität Lüneburg, Kulturwissenschaften, Institut für Kulturtheorie, Kulturforschung und Künste), **Dr. Thomas Flierl** (MdA, Leiter des Kulturforums der Rosa-Luxemburg-Stiftung), **Christoph Twickel** (Journalist und Autor, Initiative Not In Our Name, Marke Hamburg!), **Dr. Joachim Hetscher** (Kulturforum Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW), Moderation: **Astrid Landero** (Journalistin Berlin)

Astrid Landero: Herzlichen Dank an Volker Kirchberg. Vorgesehen waren jetzt Nachfragen. Ich möchte den Vorschlag machen, angesichts der Zeit, die vorangeschritten ist, dass wir diese Nachfragen mit ins Podium nehmen und in die anschließende Diskussion. Vorgesehen war jetzt ein Kommentar von Andrej Holm aus Berliner Sicht. Und Andrej Holm muss gehaut haben, dass wir in zeitlichen Verzug geraten, und ist deswegen gar nicht erst gekommen (Anmerkung der Redaktion: Andrej Holm musste wegen Erkrankung seines Kindes leider kurzfristig absagen). Ich glaube auch, dass er gehaut hat, dass Thomas Flierl schon sehr viele Aspekte der Berliner Situation in seinem

Einstiegsreferat angesprochen hat. Auch das können wir mit ins Podium nehmen, zu dem ich jetzt alle Akteure bitte, Platz zu nehmen.

Ich möchte zunächst die erste Podiumsrunde vorstellen. Das kann schnell geschehen, denn Thomas Flierl ist bekannt, er hat links neben mir Platz genommen. Dann haben wir Volker Kirchberg, der eben referiert hat. Dann hat Platz genommen Christoph Twickel aus Hamburg, er ist Journalist und Autor und von der Initiative Not In Our Name, Marke Hamburg. Rechts neben mir vom Kulturforum der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW Dr. Joachim Hetscher. Willkommen hier im Podium.

Ich möchte mit der ersten Frage nach Hamburg gehen und den Journalisten Christoph Twickel fragen, wie viel Baltimore steckt in Hamburg?

Christoph Twickel: Da könnte ich jetzt auch noch einmal eine halbe Stunde darüber reden. Einerseits ganz viel, andererseits ganz wenig. Fangen wir mit dem ganz wenig an. Das ist ja quasi ein Musterbeispiel. Toll! Ich hatte mich so ein bisschen gefragt, was machen jetzt eigentlich die Leute, die da vorher gewohnt haben? Es ist ja offensichtlich eine Stadt, in der es sehr viel Armut gibt, sehr viel Drogenhandel, verkaufen sie jetzt die Drogen an die Künstler? Mich hätte interessiert zu hören, was sagen die eigentlich, die vielleicht jetzt doch eher negativ davon betroffen sind. Aber um die Frage zu beantworten, Hamburg ist natürlich im Unterschied zu Baltimore eher eine Boomtown und nicht so sehr eine schrumpfende Stadt, vielleicht auch eine Stadt, die ihre Deindustrialisierung schon länger hinter sich hat, die nach wie vor von einem boomenden Hafen lebt. Wenn ich höre, dass in Baltimore für 6.000 m² \$ 160.000,00 gezahlt werden, dafür kriegst du in Hamburg nicht mal mehr eine 60 m² Wohnung. Das ist ein ganz klarer Unterschied. Wir sprechen hier nicht von einer Stadt die ihre Künstler willkommen heißt, weil eh so viel leer steht, wie etwa vor ein paar Jahren in Leipzig noch oder immer noch. Die Leute, die das Gängeviertel besetzt haben, um für den Erhalt und den Rückkauf dieser Gängeviertelhäuser in Hamburg gekämpft haben, die hat die Stadt Leipzig eingeladen und hat gesagt, wenn das in Hamburg nichts wird, könnt ihr euch hier die Straßenzüge aussuchen. Das ist vielleicht so ein bisschen der Unterschied Baltimore–Hamburg.

Astrid Landero: Es gab ja auch eine Frage von Ihrer Seite an Volker Kirchberg. Möchten Sie antworten, gleich am Anfang? Was tut sich noch in Baltimore außer Künstlern, Kunstwirtschaft, Drogen und Prostitution?

Volker Kirchberg: Der östliche Teil meines Untersuchungsgebietes ist Greenmount West, ein Gebiet, in dem noch Drogenhandel und Prostitution stattfindet. In einem aktuellen Artikel heißt es, dass die alten Bewohner dort schon ambivalent gegenüber

den neuen Bewohnern, den Künstlern, sind. Die alten Bewohner sind Schwarze, die neuen Bewohner sind fast ausschließlich Weiße. Und die alten Bewohner meinen, dass die neuen Bewohner sich plötzlich in den Suburbs langweilen würden und deshalb wieder in die Stadt zurück wollen und sie dagegen natürlich nichts tun könnten. Und wer wird darunter leiden? Sie, die alten Bewohner, sie werden sicherlich noch eine Weile hier bleiben, aber sie wissen nur nicht genau wie lange, und wohin sie dann ziehen müssen. Es gibt also doch Leidtragende der Verbesserung des Stadtteils durch Kunst und Kultur.

Auf der anderen Seite ist es tatsächlich so, dass die meisten Leute dort sagen, es ist wunderschön, dass hier Künstler hinziehen, plötzlich wird nicht mehr so viel geschossen. Es gab dort eine Situation, die man schwer mit der in deutschen Städten vergleichen kann. Was ich in Baltimore häufig gehört habe ist, dass die schwarzen so genannten »alten Bewohner«, die dort also schon lange wohnen, sagen, wir wären heilfroh, wenn wir hier ein bisschen Gentrifizierung haben würden. Diese Art von Fortschritt würde dafür sorgen, dass wir hier nun in sichereren Situationen leben könnten, dass man Abends seine Kinder auf die Straße schicken kann, dass man wieder in seinen Betten schlafen kann und nicht unter den Betten, weil man nicht weiß, ob nicht jeden Moment eine Kugel durch das Fenster geschossen kommt. Das hört sich jetzt dramatisch an, aber solche Szenen waren Realität. Verbesserung im Stadtteil bedeutet sowohl als auch, Verbesserung und Verschlechterung für die »alten Bewohner«.

Astrid Landero: Gerne würde ich auch Thomas Flierl fragen, wie viel Baltimore wir in Berlin finden?

Thomas Flierl: Ganz offenbar brauchen wir ja Modelle, um die zyklischen Entwicklungen von Städten zu berücksichtigen, weil so eine einfache Fortschrittsperspektive, noch dazu an jedem Ort gleichmäßig, nicht zu haben ist. Das Beispiel Baltimore zeigt, wie in aufgegebenen, prekären Lagen Selbstorganisationskräfte wirken, in denen Künstlerinnen und Künstler offenbar eine wichtige Rolle spielen können. Sie können dazu beitragen quer zu den etablierten Institutionen und zu den in normalen Phasen der Stadt- Gesellschaftsentwicklung wirksamen Reglements, zu neuen Verabredungen zu gelangen. Wenn man diese verschiedenen Phasen von Stadtentwicklung typologisch unterscheidet, kann man möglicherweise voneinander lernen. Berlin hat aber ganz offenbar, zumindest für den Bereich, den ich jetzt überschauen kann, in Prenzlauer Berg und Mitte sein Baltimore lange hinter sich. Wir nähern uns eher der Hamburger Situation und benötigen die Fragestellung, wie können wir wieder Lust auf Politik, Lust auf Stadtaneignung und auf Leben machen, um eine immer stärker gentrifizierte Situation in der Stadtmitte

aufzubrechen bzw. jene in Berlin vielenorts noch anzutreffende Mischung sozialer und kultureller Milieus auf Dauer zu erhalten. Die Frage für Berlin wäre also, wie kann man den Prosperitätszyklus, der an eine bestimmte Balance der Kräfte gebunden ist, verlängern. Im deutschen Städtebaurecht haben wir eine gewisse Reihe von Handlungsmöglichkeiten, deren Anwendung allerdings durch die aktuelle Reduzierung der Mittel für die Städtebauförderung dramatisch gefährdet ist.

In beiden Beispielen, dem amerikanischen und dem deutschen, steht die Frage nach dem Verhältnis von Demokratie und Stadtentwicklung. Wie verhalten sich die Ansprüche von kulturellen Eliten (sei sie in Institutionen oder als Pioniere der Stadtteilarbeit tätig) zu den Menschen- und Bürgerrechten aller anderen Bewohner der Quartiere? Wie kann der Selbstermächtigung der Bewohner in aufgegebenen Stadtteilen eine materielle Basis gegeben werden? Offenbar sollten selbstgenutztes Wohneigentum, gemeinnützige Stiftungen, Baugenossenschaften, Entmachtung einer ohnehin handlungsunfähigen Stadtverwaltung nicht nur Modelle für Extremsituationen sein.

Astrid Landero: Joachim Hetscher, wie sehen Sie die Chance, der Tendenz der Vertreibung der Akteure, der Künstlerinnen und Künstler, die als Pioniere in Stadtquartieren tätig sind und dann ebenfalls Opfer von Gentrifizierung werden, entgegenzuwirken? Wie lässt sich da gegensteuern?

Joachim Hetscher: Ich hatte mit einer ganz anderen Frage gerechnet, die ich vielleicht zuerst beantwortete. Wie viel Baltimore ist in Nordrhein-Westfalen? Die Frage ist wirklich sehr interessant und Sie erlauben, dass ich sie vorab anschneide. Insbesondere der ehemalige Ballungsraum des Ruhrgebietes hat von den postindustriellen Problemen her eigentlich sehr viel mit dem zu tun, was Sie über Baltimore geschildert haben, Professor Kirchberg. Ich glaube aber in Bezug auf die Rolle von Kultur als möglicher Impuls der Entwicklung einer solchen Region, gibt es da bedeutende Unterschiede. Erstens ist die Frage des Wandels der Entwicklungsmotoren in Nordrhein-Westfalen früher erkannt worden. Es gibt den ersten Kulturwirtschaftsbericht in Nordrhein-Westfalen von 1991, wo bereits darauf Kurs genommen worden ist, auch Kultur als einen Motor für die Ablösung der ehemaligen Wachstumsmotoren der Industrie zu verstehen. Das hat sich dann später im Begriff der Kultur- und Kreativwirtschaft noch einmal verfestigt.

Aber, wir haben in dem von Ihnen geschilderten Beispiel gesehen, wie nun insbesondere die Künstler als die aktivste Gruppe in dem Zusammenspiel mit bestimmten Gruppen der Stadtentwickler und Projektentwickler, wie die eine gewisse nachhaltige Entwicklung auf die Beine stellen können. In Nord-

rhein-Westfalen, insbesondere im Ruhrgebiet, haben die Künstler eigentlich nicht diese Rolle gespielt, sondern eher eine Tradition, die es in dieser Region schon seit Anfang der 50er Jahre in Ansätzen gibt, nämlich die Soziokultur. Die soziokulturellen Zentren, die gerade im Ruhrgebiet in vielen ehemaligen Industriegebäuden aufgebaut worden sind. Sie haben hier eine viel größere Rolle und eigentlich die tragende Rolle der öffentlichen Kulturförderung, die das Ruhrgebiet soweit ausgebaut hat, das zumindest mit einigem Anstand das Kulturhauptstadtjahr 2010 bestanden wurde. Das ist der eine Punkt.

Jetzt zu der eigentlichen Frage, die Sie gestellt haben, welche Möglichkeiten es gibt, die Vertreibung dieser aktiven kulturellen Milieus aus sich so explosiv entwickelnden Stadtvierteln zu verhindern. Ich glaube, einige Möglichkeiten sind ja genannt worden, also die Bildung von Stiftungen, von Genossenschaften, um durch das Eigentum an bestimmten Kernzonen einen kompletten Wandel solcher Reviere zu verhindern. Auf der anderen Seite würde ich durchaus Sympathie haben für die Äußerung, die Sie vorhin gemacht haben, dass insbesondere die schwächeren Bevölkerungsgruppen sagen, etwas mehr Gentrifizierung könnte uns gar nicht schaden. Das heißt also, eine Entwicklung dahin, dass in solche Gebiete auch einkommensstärkere Gruppen ziehen, ist vermutlich in gewissem Umfang gar nicht zu verhindern, wenn diese Viertel attraktiver sind. Und die Frage wäre, wie das zu begrenzen und zu steuern ist.

Astrid Landero: Die Frage ist ja auch, noch einmal jetzt an Hamburg gerichtet, was ist denn von Baltimore sozusagen als positive Vision überhaupt noch möglich oder ist es nicht so, dass viele Dinge längst zu spät sind und ansatzweise auch für Berlin zu spät sind?

Christoph Twickel: Ich will das jetzt nicht in einer zeitlichen Linie sehen Baltimore–Berlin–Hamburg. Das sind unterschiedliche Kontexte. Was man am Beispiel von Volker Kirchberg gesehen hat, ist eine Stadtplanung, die nicht von Investoren gesteuert ist, die vielleicht auch weniger stadtplanerisch ist, also mehr bottom up, das ist dort offensichtlich das Entwicklungsmodell. In einer Stadt wie Hamburg ist das ein zentraler Inhalt unseres politischen Kampfes, wenn ich das mal so sagen darf. Es ist viel politisierter. So etwas wie ein jahrelang leer stehendes ehemaliges 70er-Jahre-Einkaufszentrum in Altona – die einzige Lösung, die die Politik dafür hatte, war: Wir brauchen Großinvestoren, einen Frequenzbringer, der hier eine neue Shopping-Mall aufbaut. Als es dann soweit war, und Ikea interessierte sich dafür, haben wir viel zu spät einen Zwergenaufstand gemacht. Die Künstler, es waren nicht nur Künstler, es waren alle möglichen Leute, die dort gearbeitet haben, haben versucht sich zu organisieren, im Stadtteil Beziehungen aufzunehmen, was man vorher viel zu wenig gemacht hatte,

um zu sagen: Das kann doch nicht die Lösung sein, die Stadtplanung des Viertels einfach abzugeben an eine Big-Box. Das kann es doch nicht sein, dass das Herstellen von Publikumsverkehr das Entwicklungskonzept für den Stadtteil darstellen soll. Ehrlich gesagt, wir hatten keine Chance, politisch keine Chance und tatsächlich, dass muss man sagen, vom Bewusstsein des Viertels her, hat man es nicht geschafft anzudocken an die ganzen Enttäuschungen, die da in den Jahren davor gelaufen sind. Die Leute haben die Künstler nicht für Entwickler gehalten, sondern eher für Leute, die etwas für sich wollen.

Ich könnte auch das Beispiel Gänge-Viertel nehmen, das Volker Kirchberg ja auch untersucht, da sind wir im Moment an dem Stand, dass die Stadt eigentlich das, was da entstanden ist, nämlich zwei Jahre Selbstverwaltung, Autonomie, zwei Jahre Herstellen von Arbeitsräumen, zwei Jahren Instandbesetzen dieser zwölf Gebäude die da besetzt wurden im Sommer 2009, nicht ernst genommen hat.

Die nunmehr wieder sozialdemokratische Stadtentwicklungsbehörde ist im Moment auf dem Stand: Eigentlich sollte man es den Leuten wieder wegnehmen und wir müssen es wieder top-downen durch unsere entsprechenden Sanierungsträger entwickeln, so wie sich das gehört. Das ist der Konflikt in Hamburg, von daher kann Hamburg vehement von Baltimore lernen, allerdings in einem ganz anderen ökonomischen Kontext, denn in Hamburg geht es tatsächlich darum, dass mit diesen leer stehenden Dingen ganz viel Geld verdient werden kann und zwar heute schon. Während es in Baltimore so ist, dass da keiner rein will. Von daher ist Hamburg Baltimore, nur eben stark politisiert. Und wir haben eine Künstlerschaft, die sich auch über diese Frage sehr stark politisiert hat.

Astrid Landero: Vielleicht kann Herr Kirchberg hierzu antworten?

Volker Kirchberg: Sicherlich kann Hamburg nicht von Baltimore lernen, wenn es um die ökonomische und weitere soziale Situation dieser armen Stadt geht. Was Hamburg allerdings von Baltimore lernen könnte, ist die besondere politische Initiative von oben, nämlich die Situation, dass eine Stadtverwaltung gutwillig gegenüber diesen Aktivierungsprozessen von unten ist und sie nicht hintertreibt. In Hamburg haben wir Fälle, wie die Esso-Häuser zum Beispiel jetzt in Sankt Pauli und auch im Schanzenviertel, in denen die Stadt von oben herab entscheidet, wie diese Viertel auszusehen haben und das im Rahmen einer profitorientierten und nicht im Rahmen einer sozialverträglichen Stadtentwicklung.

Ich würde jetzt nicht behaupten, dass es in Baltimore nicht auch solche Fälle gäbe bzw. gegeben

hat. Allerdings betreibt man in den USA auf kommunaler Ebene häufig eine partizipativere, eine zivilgesellschaftlichere Politik als auf der U.S.-Bundesebene. Da gibt es viel mehr an Ausgleich und viel mehr Möglichkeiten miteinander zu reden bei der Stadtplanung. In den 80er und auch Anfang der 90er Jahre gab es dies in Baltimore auch noch nicht. Heute gibt es aber in Baltimore tatsächlich eine politische Elite, die sehr wohl diesen Ausgleich haben möchte, vielleicht, weil die ökonomische Situation Baltimores jede Hilfeleistung, auch und gerade aus der Zivilgesellschaft braucht. Man könnte nun natürlich sagen, dass, wenn es der Stadt ökonomisch besser gehen würde, sie sich vielleicht politisch weniger basisdemokratisch verhalten würde. So gibt es aber heute die Bereitschaft aller, mit den entsprechenden heutigen Eliten in der Stadt zusammen zu arbeiten, die ja zum größten Teil aus gutwillig gemeinnützigen Stiftungen bestehen und die Stadt im besten Sinne auch sozial vorantreiben wollen. Eine solche Bereitschaft der Machtaufteilung würde ich als vorbildhaft auch für Hamburg oder andere Städte ansehen.

Ich konnte jetzt in der kurzen Zeit nicht auch über manchen weiteren negativen Aspekt in dieser Stadt Baltimore sprechen, da ist nicht alles zum Besten, sicherlich nicht, aber es gibt eben auch etwas, von dem Hamburg lernen könnte.

Astrid Landero: Dazu jetzt noch Joachim Hetscher.

Joachim Hetscher: Ja, Herr Professor Kirchberg, ich würde gerne Ihre Meinung zu folgender Position hören. Ich glaube, dass das Beispiel Baltimore sicherlich beeindruckend ist, aber es zeigt auch in gewisser Weise ein recht kostengünstiges Modell, indem ich bestimmte Freiräume zur Verfügung stelle und auch sichere, habe ich für die künstlerische Tätigkeit einen gewissen Selbstläufer, Sie haben das glaube ich als Begriff erwähnt, eine bestimmte kritische Masse erreicht das an Künstlern, die sich dort ansammeln und an Arbeitsmöglichkeiten, die ich schaffe.

Ich sehe Kulturentwicklung einer Stadt immer zumindest auf zwei Ebenen. Einmal die Entwicklung der Künste, der künstlerischen Institutionen und der künstlerischen Freiräume auf der einen Seite. Auf der anderen Seite die Entwicklung der Teilhabe am kulturellen Leben für diejenigen Bevölkerungsgruppen, die keine Künstler sind, die nicht zur Elite gehören. Und ich glaube, dieser zweite Aspekt lässt sich nur sehr schwer im Selbstlauf entwickeln. Man braucht meistens sehr viele finanzielle Mittel, um das klar zu sagen, die man dafür aufwenden muss. Insofern denke ich, war das Beispiel, das sie genannt haben, auch wenn es sehr beeindruckend war, nur ein Teil unserer Realität in der Kulturentwicklung der Städte, die wir uns anschauen müssen. Das ist sicherlich in gewisser Weise übertrag-

bar und beispielhaft, würde aber einen wichtigen Teil der kulturellen Probleme unserer Städte ausblenden, der schwieriger zu bearbeiten ist, weil dafür im Moment die finanziellen Mittel aus politischen Gründen nicht zur Verfügung stehen.

Volker Kirchberg: Soziokulturelle Zentren, die kenne ich ja auch aus Hamburg, gibt es in vielen deutschen Städten und sie sind auch sicher sehr notwendig. Das Problem ist in der Tat die Finanzierung. Ich denke, dass Hamburg in dem Rahmen sehr viel mehr machen könnte als eine Stadt wie Baltimore, die wirklich ganz einfach nicht das Geld hat, um so etwas durchzuführen. Es gibt einige Versuche von Künstlern in Baltimore selber soziokulturelle Zentren vor Ort zu starten und zu gestalten. Und vielleicht sind das keine hilflosen Projekte, vielleicht ergibt sich in den nächsten Jahren daraus etwas. Die meisten dieser jungen Künstler haben ein soziales Bewusstsein und versuchen aus ihrer bürgerlichen Herkunft heraus, auch mit den entsprechenden finanziellen Mitteln, die sie von ihrer Familie haben, mit ihrem sozialen Bewusstsein soziokulturell in diesen Vierteln tätig zu werden. In Greenmount West, das habe ich eben schon erwähnt, gab es eine Aktion von Künstlern, die leer stehende Häuser aufbrachen, dort Kunstausstellungen durchgeführt und dazu dann die Bevölkerung aus der Umgebung zum Picknick eingeladen haben. Die ist dann auch wirklich gekommen, die war neugierig. Das war der erste Versuch, jetzt in diesem Sommer, die gutbürgerlichen weißen jungen Künstler mit den nichtbürgerlichen schwarzen, langjährig dort wohnenden Bewohnern zusammen zu bringen und sie miteinander reden zu lassen. Und, soweit ich das sagen kann, hat das wohl geklappt und soll wiederholt werden. Wird das jetzt eine Alibi-Aktion, die ein- oder zweimal im Jahr stattfindet oder soll mehr daraus werden? Das weiß ich nicht, das kann ich nicht beurteilen.

Astrid Landero: Thomas Flierl, bitte.

Thomas Flierl: Die Aneignung von fast aufgegebenen Gebieten durch Künstlerinnen und Künstler sind nicht das einzige Thema des Zusammenhangs von Kultur und Stadtentwicklung. Wir müssen uns von einer linearen Gesellschafts-, Kultur- und Stadtentwicklungsauffassung trennen. Die globalisierte Situation ermöglicht es, gleichzeitig verschiedene Phasen historischer Entwicklung zu betrachten, den Zyklus insgesamt zu erkennen und gerade dadurch verschiedene Erfahrungen zu spiegeln. Wir müssen also eine Übersetzungsleistung erbringen. Dazu müssen wir zunächst unterschiedliche Modelle von Kulturförderung typologisch unterscheiden. Das in Deutschland durch die Kraft der Städte gewachsene und als »Kommunalsozialismus« in den 20er Jahren entwickelte Modell einer kommunalen Kulturpolitik, die durch andere Träger ergänzt (Arbeiterbewegung, Gewerkschaften, Kirchen usw.) wurde und ganz bestimmte charakteristische

Kulturinstitutionen hervorgebracht hat (Volkshaus/Kulturhaus, städtische Kulturinstitute, soziokulturellen Zentren) und an eine bestimmte Mischfinanzierung von Stadt und Land gebunden sind, dieses Modell muss natürlich zunächst einmal als solches erkannt werden. Nur dann kann man es auch wertschätzen und verteidigen. Gleichzeitig gibt es natürlich gegenläufige Entwicklungen, die gerade jetzt in diesen Situationen der Extreme und der durchaus anderen Kulturen wie Amerikas, wo der Staat nie diese Rolle der Kulturförderung gehabt hat, wo das Gemeinwesen eher von der Bürgerschaft getragen wurde und nicht vom Staat verordnet wird, noch dazu in Deutschland mit seiner verspäteten Nation.

Ich will nur Stichworte geben, dass unterschiedliche Perspektiven hier zusammen kommen und das der große Vorteil der jetzigen Situation der ist, ideologisch ohne Barrieren in eine globalisierte Situation gestellt zu sein. Diese unterschiedlichen Erfahrungen müssen sehr präzise aufgenommen werden, nur so sind sie in ihrer Verschiedenartigkeit erhellend.

Für den linken Diskurs ist die Angst vor Gentrifizierung üblicher Standard. Wir haben aber noch keinen wirklichen positiven Begriff von Aufwertung. Allerdings ist der auch schwer zu entwickeln, wenn doch in den betreffenden Sanierungsgebieten in Berlin, Prenzlauer Berg und Mitte, das Ergebnis der mit viel öffentlichen Aufwand betriebenen Sanierungspolitik war, dass nun mehr als drei Viertel der ortsansässigen Bevölkerung heute nicht mehr dort lebt. Und die Tatsache, dass in Aufwertungsprozessen die Hinzukommenden (zumeist besser verdienende, besser gebildeten Schichten) ein Quartier dank ihrer größeren sozial-kulturellen Übersetzungsleistung stabilisieren können, hat sich nun aber erledigt, wenn man sieht, dass nun eine soziale Homogenisierung einer »weißen« Mittelklasse eingetreten ist. Schon zu DDR-Zeiten war der Ausländeranteil extrem gering und der ist heute genauso gering.

Die Frage ist, wie man da sachgerecht interveniert und da ist es eben gut, dass wir gegen die neoliberale Städtekonkurrenz Erfahrungen zwischen den großen Städten austauschen. Hier sehe ich noch große Potenziale für die Linke.

Astrid Landero: Wir haben jetzt genau noch fünf Minuten, dann machen wir Mittagspause. Jetzt kommt noch eine Ergänzung von Christoph Twickel.

Christoph Twickel: Ach so, ich dachte wir hätten noch mindestens 20 Minuten. Das ist jetzt aber nicht das Schlusswort. Ich wollte nur noch etwas zum Thema Künstler und Gentrifizierung sagen. Das ist nicht nur ein Bedrohungsszenario, das hatte Thomas Flierl im Grunde ausgeführt, das ist jetzt nicht nur eine dumpfe Angst, dass was passieren könnte, sondern das wird ja seit mindestens einer Dekade ganz gezielt strategisch angewandt, auch

in Städten wie Hamburg und in Berlin nun ja auch, wenn man sagt, in Neukölln gibt es die Zwischennutzungsagenturen, die dort in die leer stehenden Läden zwischen Dönerbuden und Ein-Euro-Shops Galerien reinbringen sollen.

In Berlin ist das Klima deutlich feindseliger, was die politische Linke und die Kulturschaffenden angeht. Die klassische Linke ist hier deutlich abgetrennter von den Kulturschaffenden als in Hamburg, habe ich das Gefühl, sodass man in Kreuzberg oder Neukölln auch mal handgreiflich wird, wenn sich dann Künstler als Zwischennutzer und als Gentrifizierer dort breit machen wollen. Ich kann das einerseits nachvollziehen. Der entscheidende Punkt ist da einfach und das ist das, was ich mich bei Baltimore gefragt habe, wie soll jetzt bitte schön Gentrification einen sozialen Fortschritt bringen? Das hat schon Jane Jacobs Anfang der 60er gefragt: Wie soll jetzt bitte schön der soziale Aufstieg abfärben vom Mittelstand auf die unteren Schichten? Durch Osmose?

Einfach bloß – und auch darüber gibt es Untersuchungen – etwas wohlhabendere Leute mit besserem Bildungsniveau, anderem sozialen, kulturellen Kapital neben die sogenannte Unterschicht zu setzen führt eher dazu, dass man sich voneinander abschottet. Da mögen dann bestimmte Künstler eine Ausnahme sein. Aber das ist ja das zentrale Problem, dass man eine soziale Entwicklungspolitik versucht zu ersetzen durch das Ingangsetzen einer Entwicklung, die dann einen Stadtteil attraktiver machen soll für ein besser verdienendes Publikum. Das führt zu Verdrängung und zu gar nichts anderem. Wenn ich jetzt in Bochum oder Duisburg bin, erlebe ich, dass die Leute sagen, ein bisschen Gentrification wäre schon ganz gut. Ich glaube, das ist der falsche Begriff und gemeint ist auch etwas anderes. Soziale Entwicklung ist nicht Gentrifizierung.

Astrid Landero: Vielleicht ganz kurz Herr Kirchberg dazu?

Volker Kirchberg: Ich möchte deutlich machen, dass mein Vortrag sich nicht auf den soziokulturellen Bereich bezogen hat, sondern nur auf die Funktion von Künstlern in einem innerstädtischen Stadtteil. Ich möchte zudem deutlich machen, dass ich zu sehr Stadtsoziologe bin, um mir nicht auch zum Thema Gentrifizierung dieses Stadtteils Gedanken gemacht zu haben. Es wird jetzt Künstlern häufig nachgesagt, dass sie Viertel durch ihre Anwesenheit verbessern könnten, als wenn da vorher nichts Gutes war. Insofern passt das Beispiel aus Baltimore vielleicht ins Ruhrgebiet, denn ich habe selber an einem Projekt mit Jochen Gerz mitgewirkt, wo es um Hochfeld in Duisburg, Mülheim und um den Borsigplatz in Dortmund ging. Da wurden Künstler eingesetzt, um diese Viertel zu verbessern. Dass das so nicht funktionieren konnte, ist eine andere Geschichte, aber die Idee, die dahinter

steckt, ist gar nicht so schlecht. Es ging erst einmal nur um die Verbesserung der Lebenssituation der dort schon Anwesenden, die wohnen bleiben sollen, und nicht um Gentrifizierung, also um Vertreibung. Das ist ein Punkt, den ich noch einmal deutlich machen möchte. Man kann entweder darüber sprechen, einen Stadtteil zu verbessern durch die Vertreibung der Alteingesessenen, oder man spricht darüber, den Menschen, die dort leben, eine bessere Lebensqualität zu verschaffen, das ist dann keine Gentrifizierung. Das eine darf man mit dem anderen unter keinen Umständen verwechseln.

Astrid Landero: Ich möchte aber noch einmal ganz politisch werden und zum Wechselverhältnis von Kulturpolitik und anderen Politikfeldern fragen. Gerade in Berlin ist spürbar, dass sich auch eine Art Ohnmacht unter den Akteurinnen und Akteuren breit macht, in der Künstlerszene, aber auch bei Bürgerinnen und Bürgern, ein Gefühl von Ausgeliefertsein bei der Stadtsanierung, bei der Veränderung der Wohnquartiere. Welche Chancen gibt es überhaupt für eine politische Einflussnahme vonseiten der Bürgerschaft und von Künstlerinnen und Künstlern, um diese Prozesse zu stoppen, um zu helfen, zu verändern? Vielleicht erst einmal Thomas.

Thomas Flierl: Es gibt schon eine Reihe von Möglichkeiten. Aber die müssen natürlich als sinnvoll erachtet werden. Es muss die Bereitschaft da sein und die Kraft und Motivation, sie auch zu nutzen. Ob es die Erklärung des Rates für Kunst ist, die man unterstützen sollte, ob es die Wahrnehmung von Partizipationsmöglichkeiten im Stadtteil sind, ob es der Druck auf eine nahe stehenden Parteien sind, es gibt Möglichkeiten, sich kulturpolitisch zu engagieren. Das gibt es alles. Aber es sind in Berlin in der Stadtgesellschaft die zentralen Projekte, die die Stadt zusammenbringen, Projekte, die dann auch öffentlich reflektiert werden, bei denen solche Lernprozesse überhaupt stattfinden können.

Die großen Projekte, wie schon angedeutet mit Tempelhof oder der Entwicklung von Nord-Neukölln, werden im Grunde ohne eine gesamtstädtische kritische Begleitung vollzogen. In vieler Hinsicht ist in Berlin schädlich, dass dies dann als Stadtteilproblem oder als Bezirksproblem betrachtet wird und es kein gesamtstädtisches Bewusstsein dafür gibt, so dass in der Erörterung der Frage von Neukölln-Nord möglicherweise auch die Erfahrung von Prenzlauer Berg/Mitte genutzt werden. Auch die Fragen der Großsiedlungen, wie hier in Marzahn-Hellersdorf sollten als gesamtstädtisches Problem begriffen werden. Ich glaube, dass diese fehlende Übersetzung in die Stadt als Ganzes es eben auch so schwierig macht, für Menschen Mitwirkungsmöglichkeiten zu finden.

Astrid Landero: Das hat wahrscheinlich mit der doch dörflichen Berliner Tradition zu tun, geschicht-

lich. Wie sieht das in Nordrhein-Westfalen aus? Gibt es da Erfahrungen von Gegensteuerung von politischen Akteuren? Was gibt es da aus den Großstädten zu berichten?

Joachim Hetscher: Die Situation ist natürlich ganz anders, als wenn wir das jetzt für Berlin betrachten. Nordrhein-Westfalen ist ein Flächenland, das künstlich zusammengesetzt worden ist, aus verschiedenen Regionen, das sind heute auch verschiedene Kulturregionen, wenn man es genauer betrachtet und kein Kulturland Nordrhein-Westfalen. 70 Prozent der Kulturausgaben in diesem Land werden auf der kommunalen Ebene getätigt. Gleichzeitig stehen diese Kommunen fast alle unter einem Haushaltssicherungskonzept, das heißt, da sind die Spielräume, Kulturpolitik zu machen fast gleich Null. Wenn man jetzt mal nach den qualitativen Potentialen fragt, um solche Entwicklungen zu steuern, dann gibt es die ja eigentlich schon seit mehreren Jahrzehnten. Die Idee der Kulturentwicklungspläne ist ja nichts Neues und gerade in Nordrhein-Westfalen hat es in den vergangenen Jahren einen großen, auch sehr professionell begleiteten Prozess gegeben, mit der Entwicklung eines Masterplans Ruhr. Das war der Regionalverband Ruhr, der so etwas initiiert hatte, wo sich praktisch die Ruhrgebietsstätten zusammenschließen in einem kommunalen Zweckverband und ein gemeinsames Entwicklungskonzept für die Kulturpolitik und die kulturelle Bildung in diesen Städten entwickelt haben. Ein sehr schönes Konzept, das gehalten hat bis zum Kulturhauptstadtjahr. Dann sind sehr viele Gelder in die Kulturhauptstadtinitiativen geflossen, in gute und schlechte Initiativen muss man sagen. Wenn Bedarf ist, kann ich dazu auch noch berichten. Vor einigen Wochen war ich auf einer Konferenz des Regionalverbandes Ruhr, wo es um diesen Masterplan Kultur Ruhr ging. So wie es im Moment aussieht, ist er faktisch beendet, wegen fehlender Mittel nach dem Hauptstadtjahr. Das heißt, es gibt solche Konzepte, wo wir Stadtentwicklung, politische Entwicklung in der Stadt und Kulturentwicklung durchaus zusammen bringen können, die gleichzeitig für die demokratische Legitimation der ansonsten ja immer volatil betrachteten Kulturausgaben sorgen können. Und ich denke mal, es wäre hohe Zeit auch in der Kulturpolitik der Linken diese Ansätze der Kulturentwicklungsplanung demokratisch legitimiert und nachhaltig wieder zu beleben und zwar auf eine Art und Weise, dass es eben nicht nur ein Feigenblatt ist, wie Du es vorhin vorgestellt hast, wo man ohnehin fertige Prozesse dann kurz noch einmal zusammen tippt in einem sogenannten Kulturentwicklungspapier.

Astrid Landero: Danke. Ich würde gerne doch noch auch dem Publikum für Nachfragen die Chance geben und gehe davon aus, dass wir noch 10 Minuten haben? Die nehmen wir uns jetzt. Es gibt Fragen aus dem Publikum, bestimmt nicht nur zu Volker

Kirchberg, auch zu dem, was hier gesagt wurde. Bitte schön! Es wäre ganz gut, wenn Sie aufstehen würden, dann ist es auch akustisch besser zu verstehen.

Michael Springer: Ich glaube, der Begriff Gentrification, der hat vieles Eingegebene. Das ist eine Sprache aus dem Government. Früher gab es mal eine soziale Bodenordnungspolitik, auch Bundesbaugesetz und was die Stadt nicht macht ist eine soziale Wohnordnung. Das heißt, durch Government wird die ganze Debatte über den Tipp-Ex-Begriff Gentrification sozusagen eingegeben. Eigentlich muss man fragen, ob man soziale Räume in der Stadt hat, das können kleine Räume sein, das kann eine Galerie in einem soziokulturellem Zentrum sein, das kann aber auch in einem Investorenhaus sein, zu entsprechenden Konditionen. Die Frage ist, ob man nicht den Begriff Gentrification aus der Debatte heraustrennen muss, weil es ein Unterschied ist, ob der Unionsfonds der europäischen Ölarbeiter Häuser kauft oder ob es Leute sind, die eine Galerie oder eine Weinhandlung hier haben und selbst eine Wohnung beziehen.

Astrid Landero: Herzlichen Dank. Bedarf es einer Antwort? Ich würde das gerne als ergänzende Bemerkung erst einmal so stehen lassen. Gibt es weitere Bemerkungen oder Nachfragen?

Leonie Baumann: Bei der Frage nach der Suche von Steuerungsmechanismen in Bezug auf Kulturpolitik und Stadtpolitik fand ich diesen Aspekt der steuerlichen Maßnahmen ganz spannend. Und da wäre jetzt die Frage, vielleicht können Sie das ganz kurz noch einmal erläutern, wann werden solche Bezirke definiert, wann ist das Stadium erreicht, dass es zu steuerlich veränderten Maßnahmen kommt und wie sehen Sie, als dritte Frage, eine Übertragbarkeit gegebenenfalls auf bundesdeutsche Verhältnisse?

Volker Kirchberg: Glauben Sie mir, das war ein langer politischer Kampf an der Ostküste der USA, zumindest in Maryland selber; ich weiß nicht, wie es in den anderen Bundesstaaten war. Es gab das gute Vorbild von Rhode Island, wo die Idee der Arts and Entertainment Districts das erste Mal eingesetzt und positiv umgesetzt wurde. Es war wirklich so, dass jeder Stadt- und Landkreis im Staate Maryland zunächst einmal einen Arts and Entertainment District vorschlagen konnte bei der Bundesstaats-Regierung. Es haben sich also mehrere beworben, aus Baltimore haben sich sogar sechs oder acht Stadtteile beworben, und zwei sind es dort geworden. Warum war es ein langer Kampf? Weil das Finanzministerium des Bundesstaates es nicht wollte, weil es natürlich erst einmal Einnahmen haben will und Steuererleichterungen grundsätzlich nicht schätzt. Dieser Wunsch führte dazu, dass die umfangreichen steuerlichen Erleichterungen für Künstler, die am

Anfang mal vorgesehen waren, nicht so umgesetzt werden konnten. Auch das ist ein Punkt, den ich nicht so stark erwähnen konnte. Die am Anfang groß angekündigten Steuerersparnisse als Anreiz, in den Distrikt zu ziehen, sind so gut wie unwirksam. Die Einnahmen eines armen Künstlers sind meistens nicht so groß, dass er steuerlich viel sparen könnte, wenn man das entsprechend dem Finanzamt gegenüber angibt. Die meisten Kultureinrichtungen, die zurzeit im Station-North-District sind, sind gemeinnützige Einrichtungen, die müssen zudem auch keine Unterhaltungssteuern bezahlen. Die einzige kommerziell erfolgreiche Kulturstätte ist das Kino, das profitiert tatsächlich davon, aber das gab es auch schon vor der Festlegung als Arts District, es wurde nicht erst daraufhin entwickelt.

Die steuerlichen Anreize, so wurde mir auf Nachfrage dann gesagt, sind ein politisch gewolltes Instrument, was tatsächlich fiskalisch nicht wirkt. Keiner der Künstler, keine der Kultureinrichtungen, die sich jetzt dort ansiedeln, kommen, weil sie dort steuerlich sparen können. Viel, viel wichtiger sind die veränderten Regeln der Bau- und Nutzungsverordnungen. Jetzt hat die Stadt die Fähigkeit, innerhalb kürzester Zeit eine Änderung der Nutzungsverordnung lokal vorzunehmen, wenn dies den Künstlern dort vor Ort hilft, zum Beispiel kann man dort nun an gleicher Stelle wohnen und zusammen arbeiten, das ging vorher nicht; arbeiten und wohnen musste getrennt passieren, weil dieses Gebiet offiziell Gewerbegebiet war. Die Sprinkleranlagen müssen halt ausgewechselt werden, damit die Leute dort auch wohnen konnten, aber das war es dann. Und das geht mittlerweile ganz, ganz schnell. Das heißt, der politische Wille, das entsprechend schnell zum Nutzen der Künstler umzusetzen, wird an die Verwaltung direkt weitergegeben, man sagt der Verwaltung, dass sie sofort reagieren müssen, zum Nutzen der Künstler. Und das hat tatsächlich Wirkung gezeigt. Die steuerlichen Wirkungen sehen zwar auf dem Papier gut aus, haben aber de facto keine Wirkung. Die neuen Nutzungsverordnungen, die schnellen und unkomplizierten Veränderungen von Bau- und Nutzungsregeln haben dagegen eine enorme positive Wirkung.

Leonie Baumann: Aber sie waren doch offensichtlich der Anlass dafür, dass diese Distrikte definiert wurden.

Volker Kirchberg: Ja, das war der Anlass, ein Beispiel für eine ad hoc-Politik, die am Anfang andere Instrumente und andere Konsequenzen ihres Handelns annahm, als dann wirklich eingetreten sind. Es gab bestimmte Ideen am Anfang, von denen man dachte, das hat die und die folgenden positiven Konsequenzen. De facto hatten aber diese ersten und als wichtig propagierten Ideen in den letzten sechs Jahren überhaupt keine Konsequenzen gehabt. Aber ein am Anfang von der Politik

eher übersehenes Instrument, die Möglichkeit über die Veränderung der Nutzungsverordnungen etwas schnell und effektiv zu erreichen, das hat sich als sehr wirksam erwiesen. Übrigens erwies sich auch die Möglichkeit, relativ schnell und unbürokratisch zur Finanzierung von Bau- und Umbauprojekten über gemeinnützige Non-Profit-Stiftungen zu kommen, als sehr erfolgreich für die Entwicklung des Distrikts. Das geht dort ganz schnell, was man in einem ansonsten kapitalistischen Land wie den USA ja nicht unbedingt erwartet.

Astrid Landero: Zur Übertragbarkeit auf die deutschen Verhältnisse oder auf die Berliner Verhältnisse möchte ich Thomas bitten, etwas zu sagen.

Thomas Flierl: Ich versuche es in zwei Sätzen zu sagen. Die Steuerpolitik in Deutschland ist Bundespolitik. Die Städte haben gerade mal die Möglichkeit den Regelsatz der Grundsteuer zu verändern. Wir sahen es an den Debatten um die Sonderwirtschaftszone Ost oder andere Dinge, die nach dem Einigungsprozess diskutiert wurden. Es hat gerade einmal zu einem Fördergebietsgesetz geführt, wo Steuerabschreibung Vermögenger aus Deutschland-West zum Aufbau Ost verwendet werden konnten, mit dem Effekt der entsprechenden Reichtumsumverteilung. So viel zu dem. Es gibt aber auch die Möglichkeit, mit Verordnungen und Regelungen bestimmte Dinge zu steuern. Zum Beispiel haben wir gestern erst im Abgeordnetenhaus diskutiert, dass die Zweckentfremdungsverbotverordnung für Wohnungen, die ja für Berlin aufgehoben wurde, dass die nicht wieder eingeführt werden kann, weil ein Durchschnittssatz gebildet wird, der nicht zu Wohnzwecken genutzten Wohnungen und der ist nun über das gesamte Stadtgebiet nicht sehr hoch, aber in bestimmten Gebieten, wie durch Ferienwohnungen oder eben auch Gewerbe oder anderes, gibt es Probleme und jetzt ist endlich klar geworden, man kann auch kleinräumlich vorgehen, man muss aber die Gebiete ausweisen. Leider hat aber die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung heute mitgeteilt, dass es noch ein dreiviertel Jahr dauert, bis sie festgestellt hat, um welche Gebiete es sich handelt.

Astrid Landero: Das waren nicht ganz zwei Sätze, aber sehr interessant. Ich würde jetzt hier einen Schnitt machen wollen. Ich bedanke mich sehr, sehr herzlich für das Podium, für die Diskussionsfreude und denke, dass wir uns jetzt eine Mittagspause verdient haben. Wir machen hoffentlich pünktlich weiter um 14.30 Uhr. Da gibt es ein Grußwort der Bürgermeisterin Dagmar Pohle an uns, dann das Podium und anschließend etwas praktisches, was ich sehr gut finde, eine Präsentation von einigen Projekten. Wir sehen uns 14.30 Uhr wieder hier in diesem Saal, ich wünsche Guten Appetit und eine angenehme Entspannung.

Grußwort von Dagmar Pohle (Bezirksbürgermeisterin Marzahn-Hellersdorf)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen, ich freue mich, dass diese Kulturkonferenz hier in Marzahn-Hellersdorf stattfindet. Hat man doch manchmal den Eindruck, dass gerade die, die sich in den Randbezirken nicht so gut auskennen und die die Kultur machen, eher die Kultur in der Mitte der Stadt verorten und weder ahnen, noch wissen, was es an Kulturlandschaften in solch einem Bezirk wie Marzahn-Hellersdorf gibt. Aber, wir sind mit 246.000 Einwohnerinnen und Einwohnern ja faktisch eine Großstadt in der Metropole Berlin und damit ist natürlich auch schon impliziert, dass es eine Vielfalt kulturellen Lebens auch hier in Marzahn-Hellersdorf gibt. Sie werden gleich anschließend im Podium etwas vom ORWO-Haus hören und ich gehe mal so durch den Bezirk, von der lautesten Platte von Berlin, wie es mal hieß, bis hin zum Gründerzeitmuseum in Mahlsdorf, das vielen bekannt ist durch Charlotte von Mahlsdorf, mit einer Sammlung, die weit über Berlin Interesse findet und Besucherinnen und Besucher nach Marzahn-Hellersdorf lockt.

Es gibt ganz viele Angebote im Bezirk Marzahn-Hellersdorf, wir haben aber große Not, das was wir kulturell vorhalten, kommunal zu finanzieren. Sie werden es vielleicht nicht wissen, Marzahn-Hellersdorf leistet sich, das stelle ich extra in Anführungsstrichen, das »größte kommunale Kulturhaus in Berlin«, das Freizeitforum Marzahn. Ich würde mal denken, viele von Ihnen werden es nicht kennen. Es beinhaltet unsere große Zentralbibliothek, es beinhaltet Säle, Kulturräume, nebenan ein Haus für Kinder und Jugendliche, eine Schwimmhalle und diverse Sporteinrichtungen und es bietet ganz viel Raum für ein breites kulturelles Angebot. Wir sanieren es gerade, denn es ist inzwischen 25 Jahre alt und wir müssen dazu natürlich auch Überlegungen anstellen über die Perspektiven. Was sind eigentlich die Bedürfnisse von Bürgerinnen und Bürgern, die dieses Haus wie viele andere auch nutzen? Das ist gar nicht so einfach zu beantworten, weil momentan das Programmspektrum noch etwas retrospektiv ist, auch Künstlerinnen und Künstlern Raum bietet, die noch sozusagen aus der Vergangenheit her bekannt sind, die dann auch ganz viele Besucherinnen und Besucher anziehen. Aber, das Pendant an der Marzahner Promenade dazu ist die Galerie M, auch eine kommunale Galerie, auch dazu werden sie heute noch etwas hören. Sie wendet sich gerade in den letzten Monaten und Jahren immer mehr ganz moderner Kunst und Kultur zu und lockt damit glaube ich oftmals eher Interessentinnen und Interessenten aus anderen Regionen an als wirklich diejenigen, die in dem Bezirk wohnen. Aber das ist vielleicht bei 246.000 Einwohnerinnen und Einwohnern nicht ganz unnormal.

Ich freue mich, dass Sie hierher gekommen sind. Hausherrin stimmt nur insofern, als das es eine Immobilie ist, die nach wie vor dem Bezirk gehört. Betrieben und bewirtschaftet wird sie von einem Verein, der Agrarbörse Berlin e.V., der vieles, das ist ihnen ganz bestimmt nicht unbekannt, über arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ermöglicht. Das ist etwas was mir ehrlich gesagt momentan ziemlich graue Haare bereitet, nicht nur weil demnächst Wahlen sind und wir gar nicht wissen, wer dann die Verantwortung übernimmt, sondern weil wir heute schon dafür Vorsorge treffen müssen, wie wir auf die gesetzlichen Veränderungen, die mit der Arbeitsmarktinstrumentenreform ins Haus stehen, reagieren. Sie zwingen uns, darüber nachzudenken, was wir mit all den Angeboten dann machen werden, auch im Rahmen der soziokulturellen Infrastruktur, die jetzt immer auch ein Stück weit kofinanziert wird durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen. Denn es sind ja nicht nur die Menschen, die kommen und temporär wirken, sondern es sind auch immer Sachmittel, die dabei sind und momentan, sage ich ganz ehrlich, fehlt mir noch die Phantasie zu sagen, wie wir das kompensieren können. Denn wenn das Gesetz so kommt, wie es im derzeitigen Referentenentwurf vorliegt, werden wir uns, sage ich jetzt mal etwas flapsig, die Karten legen müssen. Und das müssen wir spätestens nach den Wahlen tun, denn wenn wir nicht mit den Haushaltsberatungen dafür Sorge tragen, dass auch im Bezirk Mittel eingestellt werden, die das wenigstens ein Stück weit kompensieren, dann wird die Kulturlandschaft leiden in meinem Bezirk und das wird allen anderen, die bezirkliche Verantwortung in Berlin haben, nicht anders gehen.

Also Sie sehen, dass sind so ganz irdische Themen, die eine Bürgermeisterin umtreiben, auch wenn Sie sozusagen an so einem Ort steht und bisher dafür gestritten hat und es auch weiter tun will, das wir Einrichtungen haben, die kommunal sind, das wir eben nicht alles abgeben wollen, das wir eben nicht alles verscherbeln wollen, sondern unsere Verantwortung als kommunale Leistungsträger auch für den Bereich Kultur übernehmen wollen.

Ich wünsche der Konferenz weiterhin ganz interessante Diskussionen und wie gesagt, Sie werden ja noch einiges aus meinem Bezirk hören. Ich hoffe, Sie haben abends noch einen schönen Ausklang und da Konferenzen an einem Ort, wo man sonst nicht hinkommt ja immer den Charakter haben, dass man an einer Stelle festsetzt, hoffe ich, Sie nehmen diesen sonnigen Tag als Anregung mit mal wieder zu kommen, um all die Kultur- und Kunstorte zu besuchen, die es in Marzahn-Hellersdorf gibt. Ein guter Termin dafür ist immer im Frühjahr der Wechsel von der Winter- in die Sommerzeit, denn da gibt es, bisher schon sechsmal »Kultur à la Carte«, eine Veranstaltung, wo Künstlerinnen und Künstler aus unserem Bezirk an ganz verschie-

denen Orten an einem Wochenende rund um die Uhr ihre Angebote präsentieren. Viel Spaß heute noch und viele kluge Ideen.

Zweites Podium: Kulturarbeit im Spannungsfeld von Institutionen und Projekten

mit **Wolfgang Brauer** (MdA, kulturpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus), **Dr. Heike Meves** (Leiterin des Amtes für Bildung und Kultur Marzahn-Hellersdorf), **Dr. Michael Nelken** (Bezirksstadtrat Pankow), **Dorothea Roewer** (Geschäftsführerin Förderband e.V. Kulturinitiative Berlin), **Florian Schöttle** (Atelierbeauftragter BBK Berlin), **Lutz Wunder** (Kulturring in Berlin e.V./ Projektbereich Ost),
Moderation: **Astrid Landero** (Journalistin Berlin)

Astrid Landero: Herzlichen Dank an Karin Scheel. Das war es jetzt zu Projektpräsentationen. Ich würde einladen, in der Kaffeepause dann an die jeweiligen Vertreter heranzutreten, bei Interesse. Materialien liegen aus. Wir haben leider keine Zeit, dass wir Nachfragen noch zulassen können, denn es geht mit der zweiten Podiumsrunde weiter zum Thema »Kulturarbeit im Spannungsfeld zwischen Institutionen und Projekten«. Und ich hoffe, alle Menschen, die das betrifft wissen das, sonst muss ich sie einzeln aufrufen, die jetzt zu mir nach vorne ins Podium kommen, um gemeinsam mit mir über dieses Thema zu reden. Und, es sind auch noch alle da.

Ich möchte anfangen mit dem, was Thomas Flierl heute Vormittag in seinem Einführungsreferat erwähnt hat, er hatte ja die vergangenen 90er noch einmal beleuchtet, vor allem dem Ostteil Berlins. Das waren die Zeiten, wo wir doch von einem ziemlich bewegten Kulturleben im Ostteil ausgegangen sind, es gab eine unglaubliche Entwicklung, es gab Freiräume noch und nöcher, es gab auch finanzierte Stellen über verschiedene arbeitsmarktpolitische Instrumente, es gab neue Strukturen, es gab massenhaft Kreativität, Spontaneität. Inzwischen hat sich die Situation verändert, dramatisch verändert. Ich glaube, wir können von einem ziemlich harschen Umbruch reden und die großen Umbrüche stehen uns wahrscheinlich auch noch bevor. Deswegen würde ich mir wünschen, dass das eine Runde wird, die ein bisschen über Zukunft redet, was wir uns vorstellen könnten und da würde ich es sehr gerne so machen: Ich spreche das an und dann stelle ich vor, sonst wird die Vorstellungsrunde länger als das, was wir hier miteinander besprechen können. Die erste Frage würde ich gerne an das Mitglied des Abgeordnetenhauses richten, an Wolfgang Brauer. Er ist kulturpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus. Wie weiter in Berlin? – könnte ich jetzt fragen, nach den Wahlen. Was hat sich die Linkspartei vorgenommen, und ausgehend von den Erfahrungen, die Thomas heute Vormittag genannt hat:

Wie kann man den Dingen, mit denen man von Außen konfrontiert wird, Widerstand leisten? Was für eine Rolle wird Kultur spielen im Spannungsfeld der institutionellen Förderung und Projektförderung in Zukunft? Egal, wie die Wahlen ausgehen werden, sage ich mal.

Wolfgang Brauer: Naja, ganz so egal ist es ja nicht. Ich bin nicht nur Kulturpolitiker, ich sitze auch im Haushaltsausschuss und da wird es dann spannend, weil über uns allen, also über der Stadt, das Damoklesschwert von zwei Milliarden Euro schwebt, die nach Auffassung des Finanzsenators ausgabenseitig zu viel im Haushalts etatisiert sind. Das heißt, es wird das Begehren geben, nach den Wahlen diese zwei Milliarden irgendwo rauszuschneiden. Und man bedient sich ja da mit Vorliebe bei den sogenannten »weichen« Bereichen, ein furchtbares Wort, also bei denen, die sich am wenigsten wehren können und die schlechteren Lobbystrukturen haben.

Wie wollen wir gegensteuern? Das ist eine schwierige Sache. Ich denke wir brauchen hier nicht zu diskutieren über die so genannten Leuchttürme der Berliner Kulturlandschaft oder überhaupt der bundesdeutschen Kulturlandschaft. Wäre bei unserer Projektrunde beispielsweise die Staatsoper dabei gewesen, die hätten natürlich auch gesagt, wir brauchen mehr Geld. Das sagt jeder. Wir möchten aber in den nächsten Jahren den Fokus linker Kulturpolitik in der Stadt viel stärker auf zwei Bereiche legen, die unmittelbar von Landespolitik beeinflussbar sind. Der eine Bereich ist die Frage der Produktions- und Arbeitsbedingungen von Künstlerinnen und Künstlern, von Kulturschaffenden. Das subsumiert natürlich auch die Frage, wie sieht es denn aus mit dem, was dann am Ende für das tagtägliche Leben von Künstlerinnen und Künstlern rüberwächst, was da rauskommt. Man muss von Kunst auch leben können. Es geht letztendlich immer um Geld.

Die zweite Schiene, der wir uns viel stärker zuwenden müssen, ist der gesamte Bereich der Rezeptionsbedingungen, der Aufnahme von und der Auseinandersetzung mit Kunst. Ich gehe davon aus, dass sich künftig, jetzt nehme ich den alten marxistischen Begriff, die »Klassenschranken« erkennen lassen werden an der Art und Weise und ob man überhaupt Zugang zu Kunst und Kultur gewinnen kann, an den Hürden, die davor aufgestellt sind. Ich sage das mal ganz konkret. Wir sitzen hier in Marzahn-Hellersdorf. Ein Stück weiter weg im Norden, da haben wir eine Kinderarmutsquote in Höhe von 60 bis 70 Prozent. Das heißt, jede und jeder hier im Raum weiß, wie sich das künftig konkret auswirken wird, auch auf das Interesse und die Möglichkeit Kunst zu rezipieren, wenn die Kinder dann in einem Alter sind, wo sie selbst entscheiden können, was sie sehen. Vieles wird ihnen dann mangels finanzieller Mittel nicht zu-

gänglich sein können. Und noch mehr werden sie gar nicht vermissen, weil ihnen in ihrer Kindheit mangels finanzieller Mittel die Möglichkeit, dafür ein Bedürfnis zu entwickeln, entzogen wurde.

Die dritte Sache hängt damit unmittelbar zusammen und da wird es kompliziert, was die politischen Strukturen im Lande Berlin anbelangt, das ist dann Finanzierung der kommunalen Kulturarbeit vor Ort. Da liegt ganz, ganz viel im Argen und ich fürchte, wenn es uns da nicht gelingt gemeinsam clevere Modelle zu entwickeln, dann stehen schlimme Zeiten bevor.

Astrid Landero: Dank an Wolfgang Brauer. Jetzt die nächste Frage an Dorothea Roewer, eine gestandene Frau der Berliner Kulturszene, der freien Szene, Projekteszene. Seit wieviel Jahren bist Du jetzt Förderband Kulturkapitänin? Fast 20 würde ich vermuten.

Dorothea Roewer: Ich bin seit 1994 bei Förderband e. V.

Alles, was hier heute gesagt wurde, deutet auf schlechte Zeiten hin, und das betrifft natürlich auch unseren Kulturverein. Wir haben nur den kleinen »Vorteil«, dass wir auch Beschäftigungsträger sind. Ich würde ganz gerne einen kleinen Blick zurück werfen, nämlich auf den ÖBS, auf den Öffentlichen Beschäftigungssektor. Das A und O sind nach unserer Erfahrung die Rahmenbedingungen und die werden schlechter, wie wir jetzt alle erfahren müssen. Wir, die Berliner Kulturprojekte, haben das Glück gehabt, dass in den letzten drei Jahren über den ÖBS/Kommunal-Kombi 300 Stellen für den gesamtstädtischen Raum geschaffen wurden, auch im kommunalen Bereich, aber primär doch für Projekte, die gesamtstädtisch wirken: in der kulturellen Bildung, in der Kunst- und Kulturproduktion oder auch Strukturförderung. Genaueres lässt sich im Netz nachlesen. Der ÖBS/Kommunal-Kombi im Kulturbereich hat sich als sehr positiv herausgestellt. Nur leider, so ein Programm läuft dann über eine gewisse Zeit und ist jetzt demnächst beendet. Das Programm hatte ziemlich gute Effekte, nicht nur, dass 300 Stellen für Berliner Kulturprojekte über Förderband e. V. im Auftrage des Kultur- und des Arbeitssenats geschaffen werden konnten. Für die Vergabe der Stellen wurde eine Jury installiert, die über die eingereichten Projekte befand. Im Ergebnis konnten 191 Kooperationspartner 300 Stellen besetzen. Es gab natürlich weitaus mehr Bewerber und weitaus mehr Bedarfe für die Stellen. Es konnten letztlich auch Honorarstellen geschaffen werden, teilweise wurden Leute übernommen. Es würde zu weit führen, das statistisch aufzudröseln, aber eine gewisse Nachhaltigkeit ist sehr wohl zu konstatieren. Nur leider steht die Bundespolitik den Landeswünschen im Wege, weil der über den ÖBS/Kommunal-Kombi erreichte Effekt über die Bürgerarbeit als neues Instrument der Arbeits-

marktpolitik nicht wirklich zu kompensieren sein wird, da die Zielgruppen derjenigen, die für dieses Programm vorgesehen sind, nur bedingt im Kulturbereich beruflich zuhause sind.

Astrid Landero: Danke Dorothea. An Michael Nelken die Frage, als Bezirksstadtrat Pankow. Es war bei Dorothea von Nachhaltigkeit die Rede. Was lässt sich denn an Nachhaltigkeit wirklich feststellen im Bezirk Pankow und wie sehen die Visionen für die nächsten fünf Jahre aus, was Pankow betrifft? – mit einer sehr, sehr vielfältigen kulturellen Szene mit Off-Szene, mit Projekteszene, sehr gemischt, sehr dynamisch, kaum überschaubar durch die Fusion der drei großen Bezirke. Wie sehen Deine Hoffnungen und Befürchtungen für die nächste Zeit nach den Wahlen aus?

Michael Nelken: Also erstens glaube ich nicht, dass Pankow so ein besonderer Bezirk ist. Der reicht vom Prenzlauer Berg bis in die Bucher Auen, insofern ist da alles drin, was ja auch in anderen Bezirken vorhanden ist. Sicher gibt es in Pankow eine gewisse Kulturszene, aber die gibt es nicht wegen der kommunalen oder auch der Landeskulturpolitik, sondern manchmal könnte man sagen, trotz der Politik. Insofern denke ich, dass das von den Wahlen nicht abhängig sein wird, ob das nun im Prenzlauer Berg, Pankow oder Weißensee ist. Was nun meines Erachtens aber wichtig ist, ist das von kommunaler Kulturarbeit eine Art Humus ausgeht für diejenigen, die Kunst und Kultur machen. Insofern ist das meiste, das dort gemacht wird, frei produziert, aber es ist entscheidend, dass man eine gewisse Basisstruktur hat. Das Spannungsfeld zwischen Institutionen und freien Projekten besteht eigentlich so gar nicht, sondern heute, so denke ich, hat zumindest die kommunale Struktur nicht die Aufgabe, selbst Kunst und Kultur zu produzieren, sondern Rahmenbedingungen anzubieten für Projekte. Wir müssen strikt zusammen arbeiten. Vorhin wurde diskutiert, was Räume und Infrastruktur betrifft. Ich denke, das sollte kommunale Kulturpolitik als Schwerpunkt betrachten oder wie der vorhin geäußerte Wunsch, dass man zum Teil professionelle Betreuung für Kulturproduzenten anbieten kann. Da kann man Unterstützung geben. Dafür, denke ich, sollten kommunale Strukturen vorgehalten werden.

Wenn Du mich nach den Visionen fragst. Visionen habe ich da keine, Befürchtungen ganz viele, denn was ja schon verschiedentlich angesprochen worden ist, sowohl was die öffentlichen Haushalte betrifft als auch was die Arbeitsmarktförderungsfrage betrifft, da steht sozusagen ein großer Schnitt bevor und zwar ganz unabhängig davon, habe ich fast das Gefühl, wer Kulturstadtrat in einem Bezirk sein wird. Was die Finanzierung der kommunalen Einrichtungen der Bezirke betrifft ist das, was in Berlin zur Zeit abläuft und zwar nicht erst nach den Wahlen, das

war schon in den letzten Jahren so, eine ziemliche Katastrophe. Der permanente Abbau in allen Bereichen, ob das Bibliotheken sind, ob das Kulturhäuser sind läuft, aber was das bemerkenswerte daran ist, nicht über politische Entscheidungen, die offensichtlich sind, sondern er läuft durch ein abstruses Finanzierungssystem der Bezirke. Man muss, um Bibliotheken zu schließen, praktisch keine politischen Entscheidungen mehr treffen, sondern man hat einen Mechanismus in Gang gesetzt, der in sich eine Dynamik erzeugt, die der Bezirkspolitik überhaupt keinen Handlungsspielraum mehr lässt. Man könnte sagen, das hat Methode. Dieses System aufzubrechen, ist in den letzten Jahren nicht gelungen. Und wenn man da jetzt nicht rangeht, dann wirkt dieser Mechanismus, der sozusagen jetzt vor einer neuen Qualität steht und dann wird man sehen, dass noch viel mehr von der kommunalen kulturellen Infrastruktur in den Bezirken den Bach runter geht. Insofern ist das die entscheidende Auseinandersetzungsebene der kommenden Jahre.

Politik hat immer etwas mit Geld zu tun, denn da wird über Haushalte entschieden, das ist die originäre Aufgabe von Politik. Aber es gibt einen anderen Aspekt, es gibt auch eine Form von politischer Kultur. Was Kultur einer Stadtgesellschaft ausmacht, das ist irgendwie ganz bemerkenswert und ist mir in den letzten Tagen immer wieder durch den Kopf gegangen. Wenn hier irgendwelche Leute Autos abfackeln, ruft man nach der Verstärkung der Polizei, nach mehr Kultur ruft keiner. Das betrifft alle Parteien, insofern finde ich, dass eine Veränderung der politischen Kultur genauso wichtig ist, vielleicht sogar noch wichtiger, weil es miteinander zusammenhängt.

Astrid Landero: Danke, Michael Nelken. Dann noch einmal an Wolfgang Brauer zurück, der Haushaltsausschuss im Berliner Parlament – wie sieht das aus, mit welchen haushaltspolitischen Größen geht ihr in den Wahlkampf als Linkspartei für den Kulturerat?

Wolfgang Brauer: Wir haben eines nicht gemacht. Wir haben in keinem Wahlprogramm, weder in einer Lang- noch in einer Kurzfassung mit irgendwelchen Zahlen hantiert und ich glaube auch niemand unserer Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer unterliegt dieser Verführung. Aus zwei Gründen: Erstens versteht man absolute Zahlen, Summenangaben, sowieso nicht, wenn man keine Vergleichsgröße daneben hat. Für den einen sind 10.000 Euro sehr viel Geld und der andere holt es aus der Portokasse. Die zweite Sache ist, wir haben eine Aussage getroffen und zu der stehen wir auch: Wir haben gesagt, es wird mit uns keine Absenkung des Etats geben. Wir wollen möglichst versuchen aufzustocken. Wir wissen, dass es kaum zusätzliche Mittel geben wird, das hat etwas mit der Schuldenbremse zu tun, die ja inzwischen auch nicht mehr Landesentscheidung ist. Wir wollen dafür ringen, dass es

innerhalb des Landeshaushaltes Umverteilungsspielräume gibt und zwar zu Gunsten dieser Bereiche, die ich beschrieben habe. Produktion und Rezeption, das heißt kulturelle Bildung, Produktionsstandorte entwickeln, Produktionsbedingungen verbessern und Stärkung des freien Bereiches. Zugegeben, das sagen alle. Jeder sagt, er möchte die freien Bereiche stärken, stützen und mehr Zuwendungen und so. Wir wissen, das wird ein sehr heftiger Kampf werden, da geht es zunächst einmal gar nicht so sehr um Volumina, über die wird nachher vielleicht noch geredet werden. Es geht auch darum, Förderstrukturen zu verändern. Die jetzigen Förderungsmodelle, die mehr oder weniger auf einer kulturpolitischen Grundkonzeption des späten 19. Jahrhunderts beruhen, was anderes lief bislang nicht in Berlin, über die muss heftig gestritten werden. Das Geld reicht hinten und vorne nicht, es kommt darauf an, es tatsächlich etwas gerechter zu verteilen und vor allem sinnvoller und nachhaltiger anzuwenden.

Wir haben alle die Debatte um Klaus Wowereits berühmte Kunsthalle miterlebt. Da waren plötzlich Mittel da für eine Fetischdiskussion. Es gibt außerdem von ihm Visionen, neue Ausstellungsorte, Museen zu schaffen für Kunst, die vor 50, 60 Jahren produziert wurde und dafür sollen Atelierräume – Bildhauerateliers genauer gesagt, zugunsten eines Bildhauermuseums – Hops gehen. Da werden wir in den Clinch gehen müssen und das wollen wir auch tun und ich glaube, das werden die harten Auseinandersetzungen in den nächsten Monaten werden.

Astrid Landero: Danke, Wolfgang Brauer. Nach Marzahn-Hellersdorf, neben mir sitzt die Leiterin des Amtes für Bildung und Kultur, Frau Dr. Heike Meves. Wie stellt sich die Situation bei Euch dar? Wir haben Michael Nelken gehört, ich denke, es gibt doch auch bezirkliche Unterschiede, außer dass alle Bezirke unter Knappheit leiden, aber es gibt ja auch unterschiedliche Projektlandschaften und unterschiedliche Beispiele. Wir haben das ORWO-Haus gesehen, die Galerie, die vorgestellt worden ist, was ist das, was Euch in Marzahn bewegt angesichts der Dinge, die bundespolitisch vorgesetzt werden, was die Projekte betrifft, die Arbeitsförderung und was den Berliner Etat betrifft.

Heike Meves: Danke für die Einladung. Es sieht so aus, wie Wolfgang Brauer gesagt hat, wenn wir in den nächsten Jahren die gleichen Mittel zur Verfügung haben, wie in diesem Jahr, dann können wir die Kulturarbeit in dem Ausmaß, wie wir sie jetzt machen, nicht fortsetzen. Wir haben drei kommunale Einrichtungen, das Bezirksmuseum, das hier mitten im Dorf ist, wir haben die Galerie M, die wir vorhin kennengelernt haben und wir haben noch das Ausstellungszentrum Pyramide, darüber hinaus sieben Einrichtungen, so wie diese, die uns von der Immobilie her gehören, die wir

verwalten und betreiben, aber wie gesagt nur die Immobilie. Während die Kulturarbeit über freie Träger organisiert wird, die das hauptsächlich über Arbeitsamtsmaßnahmen machen. Das sind sieben Einrichtungen. Wenn diese Maßnahmen weg brechen, dann bricht zwei Drittel der kommunalen Kulturarbeit weg.

Darüber hinaus haben wir im Bezirk nicht so viele Projekte wie jetzt in Euerm Bezirk. Das ist mit etwas mehr als 40 insgesamt relativ überschaubar. Aber auch das sind ganz engagierte Leute und darüber hinaus haben wir noch viele, die nicht zur Kultur direkt zählen, aber auch die Jugendeinrichtungen machen Kulturarbeit, auch soziale Einrichtungen, Stadtteilzentren, Senioreneinrichtungen. Das wird im Moment ressortmäßig alles getrennt und ich denke es ist notwendig, da auch mal die Entwicklung zusammen zu führen und zu gucken, was ist wirklich alles Kultur und auch noch einmal zu überlegen, wir werden im Moment auch belastet mit Zahlen, die wir überhaupt nicht verantworten, die sogenannten Infrastrukturkosten.

Wir sind ein relativ großer Bezirk, aber wir haben die kleinste Musikschule von ganz Berlin, wir haben die kleinste Volkshochschule von ganz Berlin. Ich bin erst seit einem halben Jahr hier im Amt, beim Kulturamt habe ich das noch nicht geprüft, mit unseren sieben Mitarbeitern sind wir möglicherweise auch das kleinste Kulturamt. Mein Ziel ist es, trotz dieser Bedingungen dafür zu sorgen hier wieder nach vorne kommen – auch durch Umverteilung; denn dieser Bezirk hat ganz viele Vorteile und engagierte Menschen. Und was ich sehr schätze, als ich hier vor einem halben Jahr angefangen habe, dass hier trotz dieser schwierigen Bedingungen wahnsinnig engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind, die hier kämpfen und versuchen, was an Kultur da ist, zu erhalten, zu erweitern, auszubauen, immer wieder neue Ideen und Projekte zu entwickeln. Das gibt mir sehr viel Mut, dass so viele engagierte Leute in diesem Bereich mitarbeiten. Ich wünsche mir, dass viele das unterstützen, aber das ist das was wir schon hatten mit der Lobby, die ist nicht so groß in der öffentlichen Kultur. Aber ich hoffe, dass wir da die Öffentlichkeitsarbeit noch verstärken können. Wenn eine Partei hier heute in unserem Bezirk, in unsere Einrichtung kommt, hoffe ich, dass es auch wieder ein bisschen bewusst macht, dass es auch jenseits von Lichtenberg Kultur gibt, wie es die taz geschrieben hat und nicht so, als würde es hier überhaupt nichts geben. Das ist wirklich nicht an dem und wenn wir in den nächsten Jahren wieder »Kultur à la carte« zu einer etwas wärmeren Zeit im Mai machen, dann hoffen wir, dass jedes Jahr mehr Menschen hier raus kommen um zu sehen, was hier läuft und ich hoffe, dass wir bis dahin nichts abbauen müssen, sondern vielleicht doch noch ein paar neue Ideen entwickeln, auch Projekte und Kulturinitiativen im einzelnen.

Astrid Landero: Danke, Frau Dr. Meves. Die Frage an Florian Schöttle, Atelierbeauftragter des BBK Berlin. Wie lässt sich unter diesen geschilderten Bedingungen, wir haben das aus zwei Bezirken und aus Landessicht gehört, überhaupt noch kulturelle Teilhabe, kulturelle Gerechtigkeit, sicher stellen, in Zukunft?

Florian Schöttle: Der Berliner Künstlerverband BBK ist ein politischer Künstlerverband. Er versucht schon seit den 70er Jahren mit harten Bandagen für Räume für kulturelle Arbeit zu kämpfen. Ich bin jetzt seit 15 Jahren dabei, ich bin einer von den Feldspielern sozusagen, bin selber kein Künstler, sondern bin eigentlich Projektentwickler, komme aus dem Stadtentwicklungsbereich. Ich fand die Diskussion in der ersten Runde sehr interessant, da ist mir sehr viel dazu eingefallen, leider gab es nicht genug Redezeit, ich hätte noch einiges bemerken können. Ja, die Situation, die sich im Moment darstellt, ist so, dass wir ständig im politischen Diskurs sind mit dem Atelierprogramm. Wir haben Höhen und Tiefen erlebt. Eine der Tiefen war 2004 bis 2006 die Diskussion um die Abschaffung des Atelierprogramms. Da sind wir sehr gut durch gekommen, dadurch dass geschafft wurde, ein gewisses breites gesellschaftliches Bündnis tatsächlich gegen die Berliner Politik aufzustellen und das Programm unter Kultursenator Thomas Flierl zu verstetigen. Seither haben wir die Möglichkeit, zusammen mit unserem Partner GSE landeseigene Grundstücke zu akquirieren, sie ins Atelierprogramm einzubringen.

Das Atelierprogramm umfasst 1,1 Millionen Euro pro Jahr. Daraus werden Atelierräume bezuschusst. Das ist bei 22 Milliarden Landeshaushalt ein kleiner Beitrag, den das Land Berlin hier leistet und um das wir immer wieder sehr hart kämpfen müssen. Es stehen uns sicher wieder Kämpfe bevor. Aber wir sind da ganz hartnäckig dabei, das Recht auf Kulturarbeit, das ein Grundrecht ist, weiter zu verteidigen und sind dabei, im Abgeordnetenhaus grundsätzliche Fragen zu stellen, nämlich nach der Verfügbarkeit von volkseigenem Grund und Boden. Alle Institutionen, die Eigentum an Grund und Boden haben, halten zusammen genommen fast 50 Prozent der Berliner Fläche, die sind staatliches Eigentum und wir haben jetzt einen erheblichen Bedarfszuwachs. Es sind insgesamt fast 4.500 Künstler, die bei uns aktenkundig sind, die Ateliers suchen. Allein 2010 haben sich 820 Künstler neue Ateliers suchend gemeldet und die Zahl der Räume, die wir aus der Fluktuation aus dem Programm vergeben können, bleibt jedes Jahr ungefähr gleich. Das heißt, die Leute suchen Ateliers, weil sie in den Innenstadtbezirken, sie wohnen ja schwerpunktmäßig in Kreuzberg, Mitte und Prenzlauer Berg wo sie tatsächlich dem Metropolenverdrängungsprozessen ausgesetzt sind und sich immer kleinere Wohnungen nehmen müssen, weil die Mieten so stark steigen. Und wenn Berlin die Qualität als

Kulturmetropole, die sie erreicht hat, halten will, muss da ganz klar eine neue Ressource ran und das ist für uns der im Gemeinwesen verfügbare Grund und Boden. Deswegen sind wir gerade dabei zu fordern, und ich hoffe da auf Erfolg, dass Grundstücke, wie zum Beispiel vom Flughafen Tempelhof, für die es jetzt eine Kulturentwicklung gehen sollen, für beispielhafte Atelierprojekte kostenlos zur Verfügung gestellt werden über Treuhandbewirtschaftung oder eben dadurch, dass das Land Berlin sie in eine Landesstiftung einbringt und dadurch die Spekulationsprozesse aus diesen Projekten raus hält und dafür sorgt, dass die Kulturräume langfristig, wenn die Bodenpreise zwangsläufig steigen, das ist ziemlich sicher in Berlin, weil wir eine wachsende Stadt sind, langfristig für die Kulturarbeit zur Verfügung bleiben. Das ist unser wichtigstes Anliegen im Moment. Seit der Rettung des Atelierprogramms ist es immerhin gelungen, sieben Standorte in eine treuhänderische Verwaltung zu bringen, die sind schon einmal mittelfristig gesichert als günstig zur Verfügung stehende Orte und solche Modelle brauchen wir viel mehr.

Astrid Landero: Herzlichen Dank. Ganz links außen, Lutz Wunder. Sie sind vom Kulturring. Wie versucht der Kulturring gegenzusteuern gegen das, was wir hier jetzt alle erleben und besprochen haben?

Lutz Wunder: Wir sind seit 17 Jahren sogenannter anerkannter Beschäftigungsträger, eigentlich für Beschäftigungsmaßnahmen und haben in diesem Jahr im Bezirk Marzahn-Hellersdorf Null Beschäftigungsmaßnahmen bekommen. Wir betreiben hier im Bezirk vier kulturelle Einrichtungen. Das sind das Kulturforum Hellersdorf, ein kleines Zimmertheater, das deutsch-russische Tschechow-Theater, die Galerie Klin und den Kreativ-Point. Wir mussten die Galerie Klin bereits schließen, im Januar, weil die Projekte ausgelaufen sind. Wir haben die Bisum-Galerie bereits geschlossen, im Juli, und konzentrieren uns jetzt auf die großen Einrichtungen. Vorhin war die Rede davon, wie kann man jetzt Projektideen entwickeln, da ist man ja schon immer dran, im freien Bereich Ideen zu entwickeln, Anträge zu stellen, Finanzierungen zu sichern. Wir arbeiten mit allen Beschäftigungsformen. Wir haben hier im Projektbereich 15 geringfügig Beschäftigte, wir haben Praktikanten, Mitarbeiter über Beschäftigungsmaßnahmen und ich finde, selbst wenn ich so zurück blicke, weil ich schon lange Jahre praktisch in dem Bereich tätig bin, wir haben früher mal mehr Gemeinsamkeit, mehr Kommunikation miteinander gehabt. Vielleicht kann ich Karin Scheel daran erinnern, Anfang der 90er Jahre gab es einmal im Quartal oder einmal im Monat Frühstück im Kulturamt, da saßen die freien Träger am Tisch und haben sich über Probleme ausgetauscht, auch über Konzeptideen und so weiter. Jetzt ist es so, da ist kaum noch jemand als Ansprechpartner, weil die Mitarbeiter so routieren müssen, weil die Personalstellen so abgebaut sind, dass man dazu keine Zeit

mehr findet. Und wenn man zusammen trifft, ist die Problemlage so groß, dass man nur noch Zeit hat, das Dringendste, die Katastrophen zu bereden. Diese Gemeinsamkeit, denke ich, muss wieder da sein. Der Kulturring hat 1994 hier in Hellersdorf begonnen und wir haben uns lange Zeit zurückgehalten, irgendein Projekt zu übernehmen. Wir haben immer gesagt, wer weiß, ob wir das schaffen und dann haben wir dann so eine Hütte an den Hacken, nee, lieber nicht und haben erst mit Beginn 2004 die ersten Objekte übernommen.

Es ist an der Zeit, mehr auf Kooperationen zu setzen. Wir haben in den letzten 10 Jahren versucht, viele eigene Sachen zu machen und jetzt ist Kooperation wieder gefragt und das ist uns an einer Stelle schon gelungen. Wir haben in Lichtenberg für ein Musiktheater, wo die Beschäftigungsmaßnahme jetzt im Juli ausgelaufen ist, jetzt eine Wohnungsbaugenossenschaft gefunden, die hat ein Objekt, kostenfrei Zur Verfügung stellt. Also über solche Formen denken wir jetzt nach. Das Wichtigste ist aber, ich hatte letztens mit dem Kulturamt Lichtenberg ein Gespräch, wie soll es denn weiter gehen, welche Strategie stellt sich der Verein vor, was erwartet die Kommune vom Verein eigentlich und was erwartet der Verein von der Kommune. Diese Verständigung würde ich einfordern. Geldsegen erwarte ich nicht. Was jetzt aus dem Beschäftigungssektor kommt, da war eine Trägerberatung im Jobcenter, also mit einer Trägerpauschale in Höhe von 30 Euro pro Monat, da kann man keine Arbeitsplätze mehr vorhalten. Das Jobcenter ist auch ratlos, da weiß man auch keine Antworten. Also, wir werden sehen.

Astrid Landero: Es scheint ja auch, dass die Arbeitsmarktpolitik Bestandteil einer gewissen Strategie ist, die dazu führt, was wir jetzt erleben, in den einzelnen Kulturprojekten in Berlin und es ist wirklich so, dass es doch ziemlich gewollt scheint, nach mehr Polizei zu schreien, als nach mehr Kultur. Das machen nicht alle Parteien, aber die die es machen, machen es vehement. Ich würde jetzt gerne für die wenige Zeit, die wir noch haben, hier oben, ans Publikum geben. Sie haben jetzt die Möglichkeit für Nachfragen an die ziemlich prominenten Vertreter der Kulturprojekte hier aus Berlin.

Gast: Ich habe eine Frage. Sie wissen, Herr Brauer, dass es in Berlin Menschen aus verschiedenen Ländern gibt. Einige von ihnen waren von zu Hause her im Bereich Literatur, Kunst, Kultur talentiert, das heißt, sie sind hierhergekommen und hatten schon Talente. Einige sind hier geboren und konnten auch gewisse Tätigkeiten, die man auch Talent nennen kann entwickeln. Eine dritte Gruppe, die wirklich wunderbar ist, hat an Bereicherung gewonnen, das heißt vom Heimatland und vom Gastland. Da sie hier sind, konnten sie ihre Talente weiterentwickeln. Aber wie im Bereich der Arbeit,

sind diese Leute abgeschnitten geblieben, das heißt wie die Akademiker, Ärzte, Ingenieure, Historiker oder Chemiker, die keine Arbeit gefunden haben und auch wenn ihre Zahl prozentual nicht so hoch ist, sind sie auch diejenigen, die große Talente haben und die ausländischen Wurzeln besonders aus sogenannten Drittländern nicht zur Szene gehörend, auch wenn sie sehr viel gekämpft haben und sehr viel unter Beweis gestellt haben. Das ist ein Phänomen. Eine Frage an die Linke Partei, wie können Sie das lösen und behandeln und was sagen Sie dazu?

Astrid Landero: Dankeschön, für die Bemerkung und Fragestellung. Ich würde jetzt gerne sammeln. Nepomuk Ullmann hatte sich auch gemeldet, wie ich gesehen habe.

Nepomuk Ullmann: Ja, ich habe glaube ich vorhin einen kleinen Fehler gemacht, indem ich gesagt habe, ich mache das seit 35 Jahren ehrenamtlich. Damit wollte ich nicht sagen, dass Künstler und Kulturschaffende nichts zu verdienen hätten. Das hatte ich vergessen. Ich trete für richtige Gehälter und Auskommen von Kulturschaffenden ein.

Astrid Landero: Wunderbar. Jetzt gibt es hier noch eine Frage.

Mirko Assatzk aus Friedrichshain: Ich habe eine Frage an die Kulturpolitik. ob der Vortrag, der von Prof. Volker Kirchberg über Baltimore gemacht worden ist, in irgendeiner Richtung zur Finanzierung von soziokulturellen Zentren oder von Projekten Anregungen gegeben hat, denn es wurde sehr deutlich bei Projektentwicklern danach differenziert, welche Interessen sie verfolgen und in welcher Wechselwirkung das erfolgt. Ich glaube schon, dass dieses Moment durchaus in einer weitergehenden Diskussion gewürdigt werden soll, ohne zu verhehlen, dass ich eine große Skepsis insgesamt habe in Bezug auf die soziale Segregation. Aber, angesichts dessen, was wir jetzt erleben, was wir gehört haben, dass hier bei anstehenden Doppelhaushaltsberatungen Summen genannt werden in Höhe von zwei Milliarden Euro, die zur Disposition stehen, wird es, egal ob wir uns damit beschäftigen oder nicht, andere Beschäftigungen und andere Lösungen geben, wenn man nicht schon vorher mit einem Überbau an Ideen vorweg geht und die Diskussion bestimmt.

Astrid Landero: Danke. Wolfgang Brauer hat das Wort.

Wolfgang Brauer: Das sind drei Themenbereiche, die gehören irgendwie zusammen. Ich versuche es ganz kurz zu machen. Das erste Problem, zu den Menschen, die zu uns kommen, die in dieses Land kommen, die in diese Stadt kommen, die eine hohe Qualifikation haben, diese Qualifikation hier nicht umsetzen können und stattdessen eine Weiterbil-

dung angeboten kriegen zur Raumpflegerin oder ähnliches, das gibt es ja. Dieses Eis werden wir allein nicht brechen können. Wir ringen seit Jahren darum, dass die nicht in Deutschland oder nicht im EU-Raum erworbene Hochschulabschlüsse und Berufsabschlüsse anerkannt werden. Das ist aber ein ganz dickes Brett, das wir versuchen müssen durchzubohren und das machen wir auch auf bundespolitischer Ebene. Das wird noch ein bisschen dauern. Es kann niemand sagen, ab 31. Dezember 2012 ist es geschafft. Ganz konkret, wenn ich jetzt über Marzahn-Hellersdorf rede, aus unserem Bezirk kommt die Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau. Sie hat sich das ganz oben auf ihre Agenda geschrieben und läuft sich damit die Stirn blutig. Hier braucht es stärkere gesellschaftliche Mehrheiten, über die Linke hinaus. Alleine kommen wir da nicht durch. Wir versuchen das und kämpfen wirklich darum.

Die zweite Frage, sozusagen auf die künstlerische Arbeit bezogen, das hat wieder mit Geld zu tun. Wir hatten, wie alle Parteien, einen Forderungskatalog des Berliner Rates für die Künste zur Stellungnahme in die Hand gedrückt bekommen. Ich denke, dass wir in vielen Punkten sehr kongruent sind mit den Vorstellungen des Rates. Das ist kein Zufall, das hat etwas mit unserer kulturpolitischen Arbeit in der Stadt zu tun. Eine Forderung haben wir Eins zu Eins dann im Nachhinein abgeschrieben, die hatten wir vorher nicht so auf dem Schirm: Das ist die Forderung nach der Einrichtung eines Fördertopfes zur Finanzierung von interkulturellen Projekten, also ein Fonds für interkulturelle Arbeit. Den wollen wir haben und zugegebenermaßen wäre der auch nur wieder ein einzelner Punkt und keine grundsätzliche Lösung. Aber damit wäre ein stärkerer Einstieg neben solchen Dingen möglich, über die immer wieder geredet wird, wie das Ballhaus Nauenstrasse, ein verdientes Projekt, aber eben nur eins, inzwischen fast ein »Leuchtturm«, und ansonsten flüchtet man sich, wenn das Thema auf ihre Frage kommt, immer sehr schnell auf den Karneval der Kulturen und der kann es eigentlich nicht alleine sein.

Die dritte Frage – Baltimore. Ja, wir brauchen stärkere Vernetzungen, das ist diskutiert worden zwischen allen möglichen Playern auf diesem Feld. Ich hatte vorhin etwas gesagt von kulturpolitischen Ansätzen aus den späten 90ern. Wir müssen die Stadt anders und neu denken. Deswegen gehören wir mit zu denen, die sagen, ja o. k., das fängt dann an mit Zuständigkeiten, mit dem Neuschnitt von Zuständigkeiten in der Landespolitik. Aber auch diese allgemeine These unterschreiben fast alle. Wir möchten ganz konkret die Ressortschnitte im Berliner Senat so ausgestalten, dass wir sagen, wir wollen ein Ressort Kultur und Stadtentwicklung. Nicht Stadtentwicklung und Kultur, so nach dem Motto, da haben wir den Stadtentwicklungssenator, der betreut dann noch so ein bisschen die Kultur, die es da noch gibt ... Umgekehrt muss ein Schuh

daraus werden. Und dann hat man sozusagen die Möglichkeit Dinge zusammen zu führen, die zusammen gehören, aber immer noch parallel laufen bzw. in verwaltungs- und politischer Konkurrenz. Aber auch das ist ein ganz dickes Brett.

Astrid Landero: Danke, Wolfgang Brauer. Gibt es noch Fragen. Das müssen aber jetzt die letzten beiden sein, weil wir um 17.00 Uhr schon weiter machen müssen mit einem neuen Impulsreferat und dazwischen noch die Kaffeepause liegt. Sie bitte.

Gast: Was mir auffällt ist, dass man es seitens der Kulturpolitik noch nicht geschafft hat, die Wertschöpfung, die hinter der Kultur steht, für die Stadt mal zu thematisieren und ich sage mal so deutlich zu machen, dass dies auch bei den Fiskalpolitikern ankommt. Ich bin seit fast zwei Jahren in Pankow unterwegs. Solche Sachen wie das Kulturportal, das ist ja auch dem ÖBS zu verdanken, so dass ich mit ein paar Mitarbeitern mal darüber nachgedacht habe. Es ist so, dass der Bezirk Pankow eine sehr kluge Politik macht, weil er eine sehr breite Bildungsarbeit macht. Ich weiß nicht, 1500 Musikschüler warten auf einen Musiklehrer, das zeigt den Bedarf. Es gibt ganz viele breite Aktivitäten, die sich in Bildung umsetzen und das Wahnsinnige ist, dass zum Beispiel der Bezirk Pankow ganz viele Künstler hat, ich sage mal die treten in Babelsberg auf und sind irgendwo in Hollywood und sonst irgendwo, das heißt die ganzen Biografien sind ja alle schon global aktiv, während die Kommunalpolitiker immer noch um den Tellerrand des Haushaltstopfes herum denken. Und ich sage, man muss die Kultur eben auch mal globalisieren. Und das Globalisieren fängt mit dem Denken an. Ich sehe, dass wir eine ganz große Gefahr haben, dass sich in drei, vier Jahren alle Künstler 30 Prozent ihrer Umsätze in Kalifornien abliefern, weil sie Provision an Apple zahlen, weil sie irgendetwas über das Handy verkaufen. Und ich sage auch ganz klar, wenn wir es nicht schaffen, private Mittel, die in der Stadt sehr wohl mobil sind, zu aktivieren, warum gibt es nicht einen Drittmittelbeauftragten in der Kulturverwaltung.

In Potsdam gibt es ungefähr 20 Millionen, 30 Millionen die an privaten Mitteln unterwegs sind und in die Kultur fließen, einfach weil da Leute als Bürger aktiv werden. Wir haben jetzt mit den Landestheaterverbänden eine intelligente Aktion mit Geschenkgutscheinen entwickelt, wo wir Firmen anschreiben und sagen, schenkt Euren Mitarbeitern Theater-tickets für das freie Theater und zwar zum vollen Preis, ohne 50 Prozent und ohne Last-Minute-Rabatt. Das heißt, es sind ganz viele Dinge in der Stadt in Bewegung zu bringen und ich sage, zum Ersten muss man mal die Kulturpolitiker in Bewegung bringen, dass sie auch mal neu nachdenken. Ich glaube, dass man in einer Sphäre gefangen ist, die heißt Bezirkshaushalt und das man nicht, ich sage mal mit Zukunftswerkstätten beschäftigt und mal guckt, was ist zu bewegen. In Potsdam zum

Beispiel diskutieren wir jetzt darüber eine Regenwetterversicherung anstelle einer Tourismusabgabe einzuführen, die der Kultur das Schlechtwetterrisiko abnimmt, weil alle Hotels pro Übernachtung 3 bis 4 Euro mehr abkassieren, die irgendein Risiko abfedern. Einfach mal eine lustige Idee, um mal zu gucken, wo sind denn Möglichkeiten.

Astrid Landero: Dankeschön. Die letzte Frage, dann muss ich wirklich Schluss machen.

Ute Müller-Tischler: Ich leite das Kulturamt Lichtenberg. Ich habe eine Frage an Herrn Brauer und an Herrn Nelken vielleicht. Ich hatte nebenbei die Gelegenheit ihr Wahlprogramm zu lesen und habe zwei Fragen dazu. Die erste bezieht sich auf Seite 58, da sagen Sie, dass sich die Linke für eine strukturelle Kulturförderung stärker einsetzen möchte, sie stärken möchte, um die Produktion von Kunst zu ermöglichen. Und die zweite Frage, die damit gleich zusammen hängt. Auf der gleichen Seite setzt sich die Linke dafür ein, für Land und Bezirke verbindliche Standards für die kulturelle Infrastruktur zu vereinbaren und dafür auch eine ausreichende Finanzierung zu sichern. Gibt es da schon konkretere Vorstellungen für diese Strukturen und für die verbindlichen Standards, die zwischen Bezirk und Land eingerichtet werden sollen?

Wolfgang Brauer: Ich fange mit den verbindlichen Standards an, das ist das Einfachste. Im Augenblick tobt in den davon betroffenen Kreisen und das ist nicht ironisch gemeint, ich kann es nicht einfacher umschreiben, eine heftige Diskussion darüber, wie wir die Bibliothekslandschaft in der Stadt stärker sichern können. Nach dem Modell anderer Bundesländer haben wir seit einigen Monaten, auch befördert durch den Bibliotheksverband, die Diskussion, ob wir ein Bibliotheksgesetz brauchen oder nicht. In anderen, auch ostdeutschen Bundesländern gibt es solche Bibliotheksgesetze. Sie haben alle einen kleinen Haken, es fehlen Aussagen zur Finanzierung dessen, was man sich dort vorgenommen hat.

Jetzt erzähle ich eine kleine Anekdote aus der letzten Kulturausschusssitzung des Abgeordneten-hauses in dieser Wahlperiode. Da ging es um einen Antrag der Grünen für ein solches Bibliotheksgesetz. Und eine Kollegin oder ein Kollege der Oppositionsfraktion nahm die SPD, unseren Koalitionspartner an den Schlepphaken, und sagte, ihr habt es doch in euerm Wahlprogramm zu stehen. Also dem der SPD, bei der Linken findet sich der Begriff »Mindeststandards«. Daraufhin fühlte sich meine sozialdemokratische Sprecherkollegin befleißigt zu sagen, ja, die SPD wolle unbedingt ein Bibliotheksgesetz, weil dann alles viel besser werde. Am Ende der Diskussion ergriff der Kultursenator das Wort, das ist der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit. Er sagte, so ein Teufelszeug wie ein Bibliotheksge-

setz komme ihm gar nicht erst ins Haus, weil das nur Sinn mache, wenn es eine Aussage zur Finanzierung enthalte und er sei doch nicht mit dem Klammerbeutel gepudert ... Er hat es etwas komplizierter ausgedrückt. Sein Problem besteht darin, wenn man Finanzierungsaussagen in einem Gesetz festschreibt, dann kann man die einklagen, auch wenn es der Stadt einmal ganz schlecht geht. Und deswegen werde er, Klaus Wowereit, niemals unter keinen Umständen ein Bibliotheksgesetz unterstützen. In einem Punkt hat er Recht. Wenn ich gesetzlich etwas festschreibe, dann muss ich es auch bedienen.

Wir dagegen wollen tatsächlich, dass die Landesebene mit den Bezirken solche Mindeststandards verhandelt, zu denen sie sich auch bekennt und wo wir dann in die Pflicht geraten, das wäre dann eine Verpflichtung, über den Landeshaushalt die Finanzierung dieser Mindeststandards abzusichern. Das ist etwas ganz anderes, sozusagen ein Aushandlungsprozess. Was die Bibliotheken anbelangt, da müssen wir aber gar nicht so viel herumstochern und verhandeln. Es gibt definierte Standards. Es gab in den letzten Jahren mehrere Expertenkommissionen, auch im Lande Berlin, die über Ausstattungskoeffizienten für Bibliotheken diskutiert haben bis hin zu den Summen, die aufgewendet werden müssen, um die Medienetats einigermaßen fit zu halten, damit keine Antiquariate aus den Bibliotheken werden. Das ist alles aufgeschrieben, muss nur umgesetzt werden und man muss sich politisch dazu bekennen. Das ist der Haken. Es gibt zwei Stellschrauben. Das eine ist die Bereitschaft des jeweils zuständigen Senates, dann in der nächsten Wahlperiode, in der zu Ende gehenden sind wir stecken geblieben, zu sagen, wir wollen das und finanzieren das aus. Diese wird Thema der nächsten Haushaltsberatung werden. Die zweite ist, auch da gibt es nicht ganz unberechtigten Widerstand, weil unsere Bezirke sind – da wird Michael Nelken was zu sagen können – ein gebranntes Kind, was zentralstaatliche Vorgaben des Landes Berlin anbelangt. Da ist immer die Gefahr der Entmündigung von bezirklichen Entscheidungsprozessen oder sagen wir der Bezirksämter. Das hat mit der komplizierten Verfassungsstruktur des Landes Berlin zu tun. Wir wollen das aushandeln, wenn beide Seiten sich dazu bekennen, dann kommt man da auch einen Schritt weiter.

Astrid Landero: Michael Nelken, jetzt bitte kurz und knapp.

Michael Nelken: Na wenn man so ein großes Thema aufruft, dann kann es mit Kürze nicht funktionieren, insofern jetzt ein Übergang und in der Kaffeepause kann man dann weiter diskutieren. Standards – wir untereinander werden uns wahrscheinlich schon nicht einig werden. Standards haben ein Problem. Wenn man Standards betrachtet als das haben wir dann sicher in der Tasche,

das ist Quatsch, weil der öffentliche Diskurs sagt, das sind Zielstellungen. Das hält man nicht für unvernünftig, dann muss sich nämlich die Politik, auch die Haushaltspolitik damit auseinandersetzen, wenn sie die finanziellen Ressourcen dafür nicht bereit stellt. Aber, wenn man Standards festschreibt wird es nicht so sein, dass man sagen kann, ihr müsst das jetzt umsetzen, dann kriegt ihr das Geld, sondern man schafft in einem Diskurs in der Gesellschaft Ansprüche, die werden da formuliert. Und dann sagt man, wir wollen so und so viel Musikschulstunden pro Jugendlichen haben und das ist eine Zielstellung, dann kann man sagen, da muss sich die Gesellschaft drauf verständigen/einstellen. Insofern halte ich Standards für sinnvoll, die man dann auch diskutieren kann. Bei der Bibliothek gab es den Standard Ausstattung ein Euro Mietenat pro Einwohner. Man muss darüber hinaus daran denken, dass nicht alles gleich ist. In Marzahn-Hellersdorf ist eine völlig andere Struktur als in Pankow oder wieder anders als vielleicht in Lichtenberg. Das macht auch gar keinen Sinn zu sagen, alle Bezirke sollen das gleiche Kulturangebot vorhalten, weil die Strukturen anders sind, die Menschen sind anders und die Ideen, die jetzt in diesem Finanzierungssystem drin sind, die säbeln alles auf niedrigstem Niveau ab. Insofern glaube ich, dass man die Finanzierungsstrukturen sicher ändern muss. Damit wird vielleicht nicht mehr Geld da sein, aber die entscheidende Frage ist, ob da mehr Dynamik drin ist, mehr Bewegung, mehr Differenziertheit und mehr Eigenständigkeit.

Und das ist was Wolfgang Brauer gesagt hat, niemand hat etwas davon, für die Entwicklung der bezirklichen Kultur, wenn man eine zentrale Kulturverwaltung hat. Man muss versuchen, Räume zu schaffen. Weil die latente Unterstellung ist ja immer, wenn man den Bezirken Eigenständigkeit gibt, auch in ihren Haushalten, dann wird die Kultur hinten runter fallen, denn die Bezirke bauen dann Straßen oder machen andere schöne Sachen, aber die Kultur wird kein Geld abkriegen. Und insofern sagt man, brauchen wir unabhängig von den Bezirksverordnetenversammlungen und deren Haushaltsberatungen, vielleicht Etats für Kultur. Das wird alles nichts ändern, man wird sich da noch so viele Sachen ausdenken können. Entweder es gibt in der Gesellschaft eine Atmosphäre, die ist dann in den Bezirken und im Land Berlin so, dass man die Bedeutung von Kultur anerkennt, die Kultur in die Politik integriert und dann wird es auch die Finanzierung geben und zwar nicht irgendwie festgeschrieben, sondern die muss jedes Mal neu ausgehandelt werden. Das ist unvermeidlich.

Insofern würde ich mir wünschen, dass man sagt, dass man mal eine Gegenrechnung macht, von allen möglichen Programmen, einschließlich kultureller Bildung, das hier heute schon gelobt worden ist, und sonstigen, was hier im Land finanziert wird und dann gegen rechnet, was den Bezirkshaushalt

ten an Kulturfinanzierung rausgezogen worden ist in den letzten 10 Jahren, dann ist das nur ein Bruchteil dessen. Ich glaube, dass man eine Grundausstattung, eine hinreichende Finanzierung der Bezirke sichern muss und dann müssen sie sich halt streiten, wie viele Finanzmittel dann in den Kunst-, Kultur- und Bildungsbereich gehen. Die Hoffnung, dass man sich dieser politischen Auseinandersetzung entziehen kann in den Bezirken, wenn die Zuweisung von Landesebene erfolgt, ist auch Quatsch, weil auf der Landesebene sind die gleichen Auseinandersetzungen, Kulturfinanzierung ist ein gesellschaftlicher Diskurs. Den wird man durch nichts abschaffen können. Keine sonst so sinnvollen Reglementierungen, man kann nur die Kunst und die Kultur in dem Diskurs stärken. Das können wir alle hier tun.

Astrid Landero: Das war fast ein schönes Schlusswort. Herzlichen Dank an alle Menschen die hier im Podium Platz genommen haben und diskutiert haben. Besonderen Dank an Michael Nelken für das kurze und knappe Schlusswort. Ich muss jetzt sagen, dass wir nur 20 Minuten für die Kaffeepause Zeit haben. 17.15 Uhr geht es weiter mit einem Impulsreferat von Frau Almuth Hartwig-Tiedt, Staatssekretärin für Wirtschaft, Technologie und Frauen, zum Thema der Kreativwirtschaft.

Impulsreferat von Almuth Hartwig-Tiedt Kreative in Berlin

Diese Überschrift, verbunden mit dem Titel dieser Konferenz – Kulturkonferenz –, drängt danach, genauer zu beschreiben, wer denn die Kreativen sind, über die ich hier spreche? Auch wenn dieser Begriff seit gut einem Jahrzehnt auch im Zusammenhang mit Wirtschaft eingeführt und klar zu sein scheint, ist er es nicht. Wenn ich vor Ingenieurinnen und Ingenieuren, vor Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern spreche, habe ich immer im Kopf, dass ich meistens mit Kreativen zu tun habe. Bundesweit haben sich die (Wirtschafts-) Ministerien darauf verständigt, zur Kreativwirtschaft zwölf Branchen – aus der Wirtschaftssicht sind es Märkte – zu zählen. Das spiegelt sich dann auch in der offiziellen Statistik wider: Musikwirtschaft, Buchmarkt, Kunstmarkt, Filmwirtschaft, Rundfunkwirtschaft, Markt für Darstellende Künste, Designwirtschaft, Architekturmarkt, Pressemarkt, Werbemarkt, Software-/Games-Industrie, sonstige Wirtschaftszweige der Kreativwirtschaft. In Berlin sind mit 25.482 Unternehmen aus all diesen Bereichen in Relation zur bundesdeutschen Gesamtwirtschaft überdurchschnittlich viele Kreativunternehmen tätig. Das trifft auch bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zu und in noch deutlicherem Maße bei den Umsätzen. Aber auch der Anteil der geringfügig Beschäftigten ist in Berlin überdurchschnittlich hoch. Die aktuellen Zahlen sind aus dem Jahre 2009, sie liegen diesen Aussagen zugrunde.

Zu den knapp 80.000 Kreativberuflichen und -beruflern (ich verkürze in meinem Referat hier auf Kreative) gehören ganz unterschiedliche Ausbildungen und Berufsgruppen: SchauspielerInnen, IngenieurInnen, SoftwareentwicklerInnen, MusikerInnen, JournalistInnen, DesignerInnen, ArchitektInnen, PhysikerInnen usw. usf. Als der Senat unter der Federführung meiner Verwaltung 2008 den zweiten Kulturwirtschaftsbericht herausgebracht hatte, lag erstmals eine fakten- und statistikgestützte Analyse und Übersicht auf dem Tisch über die Einkommenssituation und Erwerbsformen in der Berliner Kreativwirtschaft. Zu den 80.000 Kreativen wurde auch die Situation der ca. 21.000 Künstlerinnen und Künstler, die in Berlin leben, untersucht. Sie sind selbstverständlich auch Teil der Kreativen, aber nicht automatisch zur Kreativwirtschaft hinzuzurechnen. Hier gibt es Schnittmengen, ein Gleichheitszeichen setze ich nicht.

Dieser Einstieg soll klar machen,

erstens, dass ich in meinem Referat auf die Kreativberuflichen und -berufler eingehe, weil ich mich klar von der Wirtschaft her mit diesem Thema beschäftige;

zweitens, es Sinn macht, Künstlerinnen und Künstler nicht unbedacht und unkritisch unter das Wirtschaftsdach zu stellen, es macht also Sinn, dass sich auch zwei Verwaltungen – die Kultur- und Wirtschaftsverwaltung mit diesen Themen auseinandersetzen;

drittens, dass für eine konstruktive Diskussion aus meiner Sicht wichtig ist, die unterschiedlichen Zugänge zu diesem Thema auch auseinander zu halten, zwar sorgfältig auf die vielfältigen Überschneidungen und Überlagerungen zu achten, ohne sie jedoch durcheinander zu wirbeln.

Lassen Sie mich jetzt auf einige Aspekte der Kreativwirtschaft, ihre Entwicklung und politische Begleitung eingehen.

Das Ziel

Es ist das Ziel, solche Rahmenbedingungen zu setzen, damit Menschen in dieser Stadt mit ihrer Arbeit ihre Existenz sichern und gut leben können. Davon profitiert das Gemeinwesen, davon lebt eine Gesellschaft, die alle Menschen mit ihren unterschiedlichen Fähigkeiten, Voraussetzungen und Bedürfnissen im Blick behält. Kreative brauchen andere Rahmenbedingungen als Medizintechnikunternehmen oder Maschinenbaubetriebe. Die Arbeit unserer Senatsverwaltung ist darauf ausgerichtet, dass sich Kreativität und Innovationen verbinden können und in nachhaltig und professionell agierende Unternehmen münden, die Arbeitsplätze schaffen.

Die Strategie

Wir wissen, dass sich neue Ideen vor allem dann in neue Produkte und Dienstleistungen wandeln, wenn Wirtschaft und Wissenschaft eng zusammenarbeiten. Davon abgeleitet haben wir in Berlin und Brandenburg – so wie es auch Regionen weltweit tun – eine moderne Clusterstrategie entwickelt. Eines der fünf Cluster der Hauptstadtregion, die dazu beitragen sollen, Wertschöpfungsketten zu bilden, zu schließen, ist »Informations- und Kommunikationstechnik, Medien, Kreativwirtschaft«. Wir bündeln hier mit den vielen Aktiven in der Stadt gemeinsam die Kräfte und die Ressourcen: Unternehmerinnen und Unternehmer, egal in welcher Rechtsform unterwegs, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Verbände, Vereine, Netzwerke, Institutionen, Verwaltungen.

Die Instrumente

Ich möchte die verschiedenen Instrumente exemplarisch an einem Beispiel aus den oben genannten zwölf Branchen erläutern und werde dabei auch auf Probleme, Schwierigkeiten und Konflikte eingehen.

Netzwerke initiieren und unterstützen

Netzwerke, vor allem interdisziplinär zusammengesetzte, haben sich als wirksame Kraftknoten erwiesen, um Branchen zu entwickeln, gegenseitig Kooperationen aufzubauen, sich wirtschaftlich zu unterstützen, weiterzubilden und Kräfte und Ideen freizusetzen. Das Musiknetzwerk ist eines, für das hier heute Herr Kretschmar in der Podiumsdiskussion Auskunft gibt. Ohne ein funktionierendes Netzwerk gäbe es für die Verwaltung keinen kompetenten Ansprechpartner der Branche, der zwingend notwendig ist. So können mit den Aktivistinnen und Akteuren gemeinsam Ziele formuliert werden, die wir häufig in Masterplänen verbindlich machen, um die Umsetzung zu erleichtern: Ziel ist es, Berlin als weltweit anerkannte und anziehende Musikmetropole zu etablieren. Aus dem Netzwerk heraus werden dann auch Veranstaltungen entwickelt, so die Berlin Music Week, die in diesem Jahr das zweite Mal stattfinden wird. Verwaltung und Politik können bei funktionierenden Netzwerken auch sicherer sein, dass öffentliche Gelder zielgenau eingesetzt und verwendet werden. Nicht nur das Netzwerk, auch die Berlin Music Week erhalten Fördermittel. Die Netzwerkpartner professionalisieren ihre Branche durch entsprechende Veranstaltungen und Seminare. Sie organisieren weltweit Messebeteiligungen, damit die Unternehmen sich neue Märkte erschließen können.

Was machen wir als Politik und Verwaltung? Wir fördern die Netzwerkbildung, u. a. durch temporär zur Verfügung gestellte Fördermittel. Wir kofinanzieren Veranstaltungen, wir helfen bei der Öffentlichkeitsarbeit, z. B. durch den Aufbau von Internetportalen und durch Messegemeinschaftsstände, wir regen den Austausch an und unterstützen Strategiebildung.

Selbstverständlich sind die Prozesse nicht stress- und konfliktfrei. Netzwerke müssen durch ihre Akteure gepflegt werden, manche zerfallen an Egoismen und manchmal auch an Unprofessionalität. Die Wirtschaftsförderprogramme sind traditionell bundesweit, aber zum Teil auch im Land auf Werften, Elektronikunternehmen, kurz gesagt produzierendes Gewerbe ausgerichtet. In den vergangenen zehn Jahren gehörte Berlin gemeinsam mit Nordrhein-Westfalen zu den Pionieren, um diese Programme auf die spezifischen Produkte und Dienstleistungen von Kreativunternehmen auszurichten. Viele Anstöße gingen auch Richtung Bund. Nie wäre jemand vor 15 Jahren auf die Idee gekommen, Modedesignerinnen und -designer zu fördern aus Wirtschaftsförderprogrammen. Wir sind zwar ein Stück weiter gekommen, aber noch nicht angekommen. Wenn sich die Berliner Musikbranche in China präsentiert, dann will und muss sie das auch mit ihren Produkten, Konzerten eben. Ist das Wirtschaftsförderung? Hier scheiden sich noch die Geister.

Orte und Räume profilieren

Ich will hier zwei Beispiele kurz beschreiben, zuerst Räume, die neue Kooperationsformen von kreativer Arbeit zulassen. Dafür stehen das Betahaus und Büro 2.0 sowie das neu eröffnete Modulor-Haus am Moritzplatz. Wir begleiten diese Entwicklung sehr aufmerksam, dazu ist übrigens nicht immer Geld notwendig. Aus unserer Sicht ist es eine wesentliche Voraussetzung von kreativer Arbeit, dass bezahlbare Räume zur Verfügung stehen und Geschäftsmodelle dafür auch auf privater Basis entwickelt werden. Diese Initiativen sind uns willkommen und die Akteure wissen das und wissen auch, wo sie bei Problemen bei uns Ansprechpartnerinnen haben.

Als zweites Beispiel will ich das neue Gründungs- und Technologiezentrum Chic in Charlottenburg nennen. Über 20 Mio Euro öffentliche Gelder werden in dieses Zentrum fließen, um Gründerinnen und Gründern, vor allem aus der Technischen Universität und der Universität der Künste, die Chance zu geben, ihre Unternehmung zu starten. Die Fördermittel helfen, die Mieten zu senken und die Gebäude universell für Gründungen herzurichten. Schon kurz nach der Fertigstellung des ersten Bauabschnitts zogen die ersten Gründer ein.

Was machen wir als Politik und Verwaltung? Wir haben gemeinsam mit dem Bezirk und vielen Beteiligten das Campus-Projekt TU/UdK entwickelt. Das Chic ist ein Teil davon. Wir investieren in Orte und Räume, um Unternehmen den Start zu erleichtern.

Wir wissen, dass solche Orte funktionieren. Aber mit Wirtschaftsförderungsmitteln wird es nicht möglich sein, Produktionsräume für Kreative, die wenig Einkommen haben, dauerhaft zu stützen. Das Problem der Mieten in dieser Stadt, der immer weniger werdenden Räume für Künstlerinnen und

Künstler, der Verdrängung durch private Verwertungsinteressen braucht einen anderen Zugang.

Fördermittel zielgenau zur Verfügung stellen

Es würde meine Redezeit sprengen, wenn ich hier auf das ganze Förderportfolio für Kreative eingehen würde. Ich will hier nur einige Grundsätze nennen:

Erstens: Fördermittelprogramme universell für alle Branchen dieser Stadt entwickeln und trotzdem auf spezifische Anforderungen und Bedürfnisse eingehen. Kreative haben besondere Produktionsumfelder und –prozesse. Coaching z. B. muss anders aussehen als bei der Produktion von Chips und Photovoltaikanlagen. Deshalb haben wir mit der IBB das gut genutzte Kreativ Coaching Center aufgebaut und fördern es auch.

Zweitens: Mikrokredite zur Verfügung stellen. Das Mikrokreditprogramm der IBB, durch das bei vereinfachtem Verfahren bis zu 25.000 Euro abrufbar sind, wird überdurchschnittlich von Kreativen genutzt. Es zeigt sich, dass die Branchen dieses Bereiches stark von diesem Programm profitieren.

Drittens: Fördermittel zuverlässig bereit stellen. Um die Branchen der Kreativwirtschaft nachhaltig aufzubauen und zu entwickeln bedarf es einer langfristigen Förderstrategie. Mit jedem Haushalt die Fördervoraussetzungen zu wechseln, würde keine messbare Entwicklung bringen. Die Unterstützung der Modebranche ist dafür ein Beispiel: Hier wird nicht nur degressiv die Fashion Week als Veranstaltungshöhepunkt gefördert durch uns, sondern auch junge Designerinnen und Designer erhalten Unterstützung in vielfältiger Weise.

Viertens: Fördermittel so zur Verfügung stellen, dass auch kreative Prozesse angestoßen werden. Unser Haus ist seit zwei Jahren dazu übergegangen, über Wettbewerbe Fördermittel zu verteilen, hier war Nordrhein-Westfalen der Vorreiter gewesen. Die bisher gelaufenen Wettbewerbe in der Mode, in der Spiele- und Buchbranche geben uns Recht in diesen Verfahren.

Auf Innovationen setzen

Das soll mein letztes Beispiel für ein Instrument sein, das ich hier erläutere. In Berlin haben sich vor einigen Monaten Design- und Wissenschaftsakteure zusammengesetzt, um eine Designstrategie zu entwickeln. Auch hier ist das Ziel, die Designerinnen und Designer zu vernetzen, sie stärker zu machen, die Ressourcen zu bündeln und vor allem das Image von Berlin als Stadt des Designs in der Stadtgesellschaft zu verankern und international stärker aufzutreten. Natürlich geht es hier auch um Aufträge, Umsätze, Arbeitsplätze und Einkommen. Als wesentlich wurde von den Akteuren herausgearbeitet, dass Berlins Stärke im Industriedesign deutlicher erkennbar gemacht werden muss. Die Idee, eine Wanderausstellung mit Industriedesign aus

Berlin zu entwickeln und diese z. B. auch dort zu zeigen, wo sie keiner erwartet, z. B. auf der Hannover-Messe oder bei der Cebit oder Medica, war ein Ergebnis der Strategieüberlegungen. Auch mit unserer Hilfe wurde diese Idee sehr schnell umgesetzt und wurde in Hannover z. B. erstmals gezeigt. Ich finde, das ist eine intelligente und zugleich charmante und sinnliche Innovation als Teil einer ganzen Strategie.

Mein zweites Beispiel hier und letztes in diesem Vortrag ist die Hybridplattform. Dahinter steht die Idee, dass Studierende von UdK und TU sowie Fachbereiche dieser Universitäten viel enger zusammen arbeiten könnten, um neue Ideen zu generieren und dann auch zu verwirklichen. Eine technische und eine künstlerische Universität kooperieren nicht automatisch zusammen. Da muss nachgeholfen werden. Wir erwarten aus dieser hybriden Konstruktion tatsächlich neue innovative Produkte und Dienstleistungen. Eine erste Idee ist, ein Musikarchiv für die UdK auf dem neuesten Stand der Technik und wenn möglich schon mit Ideen von Morgen zu entwickeln.

Drei Gedanken zum Abschluss.

Wir arbeiten sehr eng mit Vertreterinnen und Vertretern aller Branchen zusammen. Sie sind vereint in einem Lenkungskreis für das Cluster, den Senator Wolf regelmäßig leitet. Wir folgen der Philosophie, kreative Ideen und Innovationen aus den Branchen zu fördern und die Ideen und Anregungen der Branchen aufzunehmen. Wir speisen Erfahrungen aus anderen europäischen und internationalen Metropolen ein, verfolgen aufmerksam Politik und Verwaltungshandeln in anderen Ländern und internationalen Netzwerken. Das gleiche machen die Akteure selbst.

Erfolgreiche wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen setzen ressortübergreifendes und interdisziplinäres Handeln voraus. Innovationen entstehen aus irren Kooperationen, hybriden Konstrukten, verrückten, kreativen und offenen Menschen, der Zusammenarbeit von Kultur und Technik, von Kultur und Wissenschaft, von Wirtschaft und Stadtentwicklung sowie von Kultur und Stadtentwicklung. Aber auch andere Ressorts sind gefragt, z. B. das der Integration, des Arbeitsmarktes und warum lassen wir eigentlich oft das Finanzressort weg? Weil es dort keine kreativen Köpfe gibt, die verstehen, was Kreative in dieser Stadt wollen und brauchen? Haben wir sie gesucht? Wir stehen für eine solche Zusammenarbeit, weil wir fest davon überzeugt sind, dass sowohl soziale, aber auch ökonomische Entwicklung anders nicht möglich ist. Es wird nicht möglich sein, alle Ressorts unter eine Senatorin oder einen Senator zu legen. Sicher ist es sinnvoll z. B. die Filmwirtschaft und die Kreativwirtschaft mit ihren Institutionen zu vereinen in einem Ressort. Ich finde, beides gehört zu Wirtschaft. Die Herausforderung ist jedoch, verbindliche und politisch legitimierte Arbeitszusammenhänge zu schaffen.

Das ist der Lenkungskreis für das Cluster. Ich wünschte mir mit meiner Erfahrung aus knapp zehn Jahren Verwaltungsarbeit mehr echte Projektarbeitsgruppen. Das hätte auf die Ressourcen und die Arbeitsweise von Verwaltung, auf Hierarchien z. B. Auswirkungen, die ich sehr positiv sehen würde.

Eine gleich große Herausforderung ist das Thema prekäre Beschäftigung, was Berlin nicht allein lösen kann. Wir können – wie beschrieben – wirtschaftliche Entwicklung fördern, sie schafft nachweislich auch Existenz sichernde Beschäftigung. Die Wirtschaftskraft ist für eine Metropole wie Berlin trotz positiver Entwicklung in den vergangenen Jahren noch längst nicht ausreichend. Aber einer politischen Strategie der Bundesregierung seit der rot-grünen Koalition, der ersten unter Kanzler Schröder, den Niedriglohnsektor auszubauen, kann sich Berlin nicht allein entgegenstemmen. Eine Mindestentlohnung bei öffentlichen Aufträgen ist ein Schritt in Berlin, von der auch Kreative profitieren. Auch in diesem Bereich brauchen wir eine Strategie, die viele Akteure mit einbezieht. Kultur, Arbeit, die Arbeitsagentur mit den Jobcentern, Unternehmen, Verbänden, Wirtschaft, Finanzen und andere.

Ich komme zum Schluss.

Ich habe mich dem Thema Kreative in Berlin von der Wirtschaftspolitik her genähert, das hatte ich angekündigt. Ich habe Strategien, Instrumente, Erfahrungen, Probleme und Erfolge beschrieben. Ich finde es jedoch außerordentlich wichtig – ich habe es bereits gesagt, nehme den Gedanken zum Abschluss meinen Vortrages noch einmal auf – dass wir gesellschaftliche Herausforderungen, z. B. die prekäre Beschäftigung in der Kreativbranche und unter Künstlerinnen und Künstlern, nur ernsthaft bewältigen können, wenn wir ideologische Schranken und Barrieren abbauen. Ich sagte es bereits am Anfang, die Produktion von Kunst ist ein Prozess, der keinen wirtschaftlichen Zwängen unterliegt. Künstlerinnen und Künstler sind nicht zwangsläufig Unternehmerinnen und Unternehmer. Das soll auch so sein. Aber spätestens wenn es um den Lebensunterhalt geht, sind wir wieder zusammen. Es bedarf also barrierefreien Denkens und Handelns zwischen den Branchen, den Ressorts, zwischen den Welten, die manchmal zwischen Kultur und Kunst, Wirtschaft, Wissenschaft und Stadtentwicklung, aber auch Finanzen liegen.

Wir sind vernunftbegabt, um nach Lösungen zu suchen.

Drittes Podium: Kreative in Berlin

mit **Almuth Hartwig-Tiedt** (Staatssekretärin für Wirtschaft, Technologie und Frauen Berlin), **Sabine Schöneburg** (ver.di Berlin-Brandenburg), **Anne Passow** (Landesverband Freie Theaterschaffende Berlin e. V.), **Olaf Kretschmar** (Clustermanager Berlin Music Commission eG), **Björn Gottstein** (Initiative

Neue Musik), **Inga Zimprich** (Haben und Brauchen/ Netzwerk freier Projekträume und Kunstinitiativen), Moderation: **Astrid Landero** (Journalistin Berlin)

Astrid Landero: Herzlichen Dank an Frau Staatssekretärin für Wirtschaft, Technologie und Frauen – Almuth Hartwig-Tiedt und jetzt bitte ich alle, die ihren Namen hier finden nach vorne ins Podium zur letzten großen Elefanten-Runde. Es wird eng im Podium werden, nehmen Sie bitte Platz.

Ich möchte anfangen mit einem Vertreter der Kreativwirtschaft, der hier neben mir sitzt und der auch im Referat von Almuth genannt wurde, das ist Olaf Kretschmar. Ich würde so fortfahren, dass ich immer die, die ich befrage vorstelle. Olaf Kretschmar ist Cluster-Manager der Music Commission e. G., eingetragene Genossenschaft. Ich würde ganz gerne am Anfang von Dir wissen, was das mit dieser Initiative 2020 auf sich hat.

Olaf Kretschmar: Das ging ja schnell, sozusagen von der Genossenschaft, der Kooperative, der Branchenvereinigung gleich zu unserer strategischen Instrument zu kommen. Wir haben da einen Zwischenschritt übersprungen. Die Kampagne »Musik 2020« hat zum Ziel auf der politischen Ebene in Berlin das strategische Handeln zu forcieren. Unser Ansinnen ist, ein Leitbild zu bauen, wie wird die Musikhauptstadt im Jahre 2020 dastehen? Was sind die strategischen Ziele? Und das runterzuberechnen in Zwischenschritte, um dann zu sagen, welche Weichen muss man jetzt stellen, um dahin zu kommen. Wir haben zuweilen den Eindruck, dass in diesem Bereich der Kulturförderung etwas Willkür herrscht. Das wird sehr pragmatisch behandelt, also wer zu laut schreit, bekommt eine Lösung für sein Problem. Aber, viele Sachen sind sehr partikulär ausgerichtet, es werden Einzelunternehmen, Einzelakteure unterstützt im Kulturförderungsbereich. Das halten wir für falsch. Wir meinen, man muss für die Branche eine strategische Orientierung formulieren und kucken, welche Maßnahmen helfen da, was ist nachhaltig, was hat wirklich einen Effekt für alle. Das heißt, wir bauen Gemeinschaftsprojekte, also wir unterstützen nicht Einzelunternehmen, Einzelakteure, sondern schauen, wo haben verschiedene Akteure, verschiedene Unternehmen ähnliche Problemen und bauen für die ein Projekt. Ein einfaches Beispiel: Wir nehmen 20, 30 Berliner Unternehmen, bringen sie auf die größte, wichtigste Musikmesse weltweit, die ist South by Southwest in Texas. Das können die allein nie bezahlen. Es wäre auch sinnlos, weil sie würden da unter gehen. Da spielen 2000 Bands in vier Tagen. Das ist die Leitmesse insgesamt. Wir bauen für die quasi den gesamten Auftritt und bauen für sie dort den Messestand, den Empfang, den Auftritt damit sie eine Wahrnehmung haben. Wir organisieren die Kontakte und so weiter. Ein ganz einfaches Prinzip, das hilft ihnen manchmal mehr als wenn sie direkt Geld in die Hand bekommen.

Astrid Landero: Wir müssen ein paar Stufen überspringen, weil wir nicht mehr so viel Zeit haben und so viele interessante Menschen hier haben. Jetzt eine Frage an die Vertreterin von ver.di, Sabine Schöneburg. Berlin gilt ja gemeinhin als die Hauptstadt der Kreativen. Wie schlägt sich das in der Arbeit einer Gewerkschaft wie ver.di nieder, was die Lebenssituation angeht, die von Almuth angesprochen wurde, Stichwort prekäre Beschäftigung, Hochverdiener, wie ist die Mischung?

Sabine Schöneburg: Ja, liebe Almuth, Du hast in Deinem Referat von dem großen Wurf gesprochen, gemeinsam gegen prekäre Arbeitsverhältnisse aus allen möglichen Branchen, da will ich gleich mal sagen, dies geht nicht ohne uns, das geht nicht ohne ver.di und nicht ohne viele andere. Unter gemeinsam verstehe ich natürlich in einem Miteinander und da muss ich erst einmal ganz kurz sagen, wir sind ja so ganz bunt, jedes Podium war ganz bunt und ganz vielfältig und hat viel gebracht aus der kulturellen Szene der Stadt. Und ich erinnere mich nur an zwei Politiker dieser Stadt, Kulturpolitiker in den letzten Jahren, die wirklich vor Ort bei kleinen und bei großen Einrichtungen waren und die Leute kennen und das ist einmal Alice Ströver und Wolfgang Brauer und das wollte ich hier mal gesagt haben.

Das ist ein schweres Brot, das wir gemeinsam teilen. Ich habe das ganz genauso. Ich bin Gott sei Dank nur für die darstellenden Künstler, freie und feste, zuständig und da geht es schon los. Die ver.di organisiert bildende Künstler, sie organisiert die Musikmenschen, sie organisiert meinen Nachbarn hier, mit seiner interessanten kooperativen Genossenschaft und wir machen Tarifverträge für Theater- und Bühnen und wir versuchen für die prekären Beschäftigungsverhältnisse Mindeststandards, also Honorarempfehlungen durch Netzwerke auszuarbeiten. Honorarempfehlungen, die Mindeststandard haben. Wir haben vor zwei, drei Jahren, ver.di gemeinsam mit dem Kulturrat und einem Institut in Bonn, eine Analyse gemacht, was die prekären Arbeitsverhältnisse oder die Kunstmenschen in dieser Stadt verdienen und das beläuft sich bei Ihnen, bei den bildenden Künstlern so um die 11.000 Euro jährlich. Sie können mich korrigieren, das ist das Ergebnis unserer Studie gewesen. 18.000 Euro waren es insgesamt, mit dazu kommender anderer Tätigkeit. Also 11.000 Euro künstlerische Tätigkeit und die darstellenden Künstler, ich kucke jetzt nicht auf die Zahlen, sind bei um die 10.000 Euro pro Jahr, so ungefähr ist die Verdienstspanne und wenn ich dagegen halte, dass die fest engagierten Kolleginnen und Kollegen aus meinem Bereich der darstellenden Künste eine Mindestgage in Höhe von 1.600 Euro haben, das ist ein Stundenlohn von 7,10 Euro bei 48 Arbeitsstunden, dabei sind natürlich die Stunden des Übens nicht berechnet und wenn ich weiß, was an Bühnengagen gegeben wird für größere Rollen, für freie Tänzerinnen, freie Schauspieler, die nicht fest engagiert sind für einen Abend von 50 Euro mit

Abzügen sind es 43 Euro und dann muss man noch von Magdeburg nach Berlin auf eigene Kosten fahren. Das sind die Summen. Das Eine sind die Freien, aber die Festen sind im künstlerischen Bereich nicht viel besser dran. Wir haben die Kunsttarife als ver.di nicht verhandelt. Wir vertreten aber unsere Kollegen in dem Bereich natürlich ganz genauso. Und wir müssen klein anfangen, mit Netzwerken, mit Mediafon, das ist eine Beratungsstelle für Freie, die wir eingeführt haben, Netzwerke, Austausch zu Honoraren, was auch immer schwierig ist, Austausch zu Auftragsituationen. Naja, es ist breit, bunt und die prekären Verhältnisse habe ich genannt.

Astrid Landero: Danke. Inga Zimprich ist von der Initiative Haben und Brauchen, Netzwerk freie Projekträume und Kunstinitiativen. Was hältst Du von Kreativwirtschaft als Wirtschaftsfaktor auch gerade in Berlin.

Inga Zimprich: Ich muss noch mal eben sagen, dass Haben und Brauchen und das Netzwerk Berliner Projekträume Initiative zwei unterschiedliche Projekte sind, die sehr viel miteinander sprechen. Haben und Brauchen hat begonnen, als eine Reaktion auf die Ausstellung die letztendlich »Based in Berlin« hieß, die als Leistungsschau angekündigt wurde vom Regierenden Bürgermeister. Das ist bis jetzt keine institutionelle Plattform, sondern eher ein Diskussionsrahmen an dem sich sehr, sehr viele KünstlerInnen, TheoretikerInnen, KuratorInnen beteiligen. Ich fand es selber sehr wichtig als eine Initialzündung unter Berliner Kulturschaffenden, die anmerken, das seit den 90er Jahren in einer Stadt, in der es unheimlich viele Freiräume gab, in der sich ganz viel Kunst und Kultur angesiedelt hat, eigene Strukturen entwickelt haben und dass man mittlerweile merkt, dass sie gewissen ökonomischen Verwertungsprozessen ganz negativ unterworfen sind, die sie zum Teil selber mit angeschoben haben.

Dieser Aufruhr gegenüber »Based in Berlin« hat sehr viel zu tun mit einer Kritik an der Qualität dieses Wettbewerbs, der dort ausgeschrieben wurde, am kuratorischen Konzept, am Umgang mit Räumen, die für diese Ausstellung ausgewählt worden waren. Ich denke, dass sich dort sehr viel Qualität im Diskurs unter Künstlern ausgedrückt hat, die sich zum Teil, also gerade in diesem Fall, nicht ernst genommen fühlen, nicht einbezogen sind bei der Frage, ob man so ein großes Megaprojekt, wo ganz viele finanzielle Mittel von der Lottostiftung und eben aus dem Kulturhaushalt ausgegeben werden, wirklich braucht. Was brauchen eigentlich Künstlerinnen und Künstler in dieser Stadt, was wäre ein sinnvolles Projekt, was für Künstler in dieser Stadt Sinn macht und zwar Diskurse vertieft, Arbeitsbedingungen thematisiert, auch diskursive Traditionen in der Stadt weiterführt? Das wäre für uns die entscheidende Frage.

Haben und Brauchen findet immer noch statt als fortdauernde Diskussion, die sich damit befasst,

was Künstler in dieser Stadt brauchen, was haben wir und was brauchen wir noch. Da geht es vor allem um prekäre Arbeitsbedingungen, die Frage nach günstigen Räumen, Projekträumen und da würde ich gerne noch einmal deutlich abgrenzen, dass es für Künstler ein Problem ist, dass sie unter das Feld der Kreativwirtschaft fallen und eben nicht zu denen gehören, die von der Wertschöpfung durch Kunst und Kultur direkt finanziell profitieren.

Viele Künstler, laut einer aktuellen Studie, verdienen durchschnittlich 850,00 Euro im Monat, wenn man da rausrechnet, dass es einige Künstler gibt, die sehr viel Geld verdienen, dann gibt es sehr viele Künstler, die ganz minimal verdienen, dazu noch Atelierräume und so weiter zahlen müssen.

Wenn ich darf, würde ich gerne noch einen Satz zum Netzwerk sagen. Das Netzwerk der Projekträume und Initiativen in Berlin trifft sich seit 2009. Die Projekträume sind nichtkommerzielle Räume, wo fünf bis zwanzig Künstler zusammen eine Initiative aufbauen, eine Raummiete zahlen, manchmal Zwischennutzungen sind und eigentlich in meinen Augen versuchen das zu leisten, was uns in der Kulturlandschaft der Stadt fehlt, kritische Diskurse, Austausch über unsere Arbeitsbedingungen, Arbeitsbedingungen, Konzepte. Wir befinden uns da auch im Dialog mit dem Senat und merken, dass da unheimlich viel sprachliche Arbeit notwendig ist, um überhaupt zu vermitteln, welche Art von Kunstpraxis findet in nicht-kommerziellen Projekträumen statt. Ich denke, dass wir genau da auf politische Instrumente angewiesen sind, die zum Beispiel langfristig Räume sichern. Zum Beispiel in der Mitte der Stadt, Verdrängungsprozesse, an denen Künstler auch beteiligt sind, müssen eigentlich meiner Meinung nach, durch politische Mittel abgefedert werden, weil wir einfach die Instrumente nicht haben aus der Stadtpolitik, aus der Stadtentwicklung, um so etwas durchzusetzen.

Astrid Landero: Herzlichen Dank an Inga Zimprich. Jetzt zu Anne Passow vom Landesverband der Freien Theaterschaffenden, ein eingetragener Verein. Ihr habt eine besondere Initiative und Du wolltest etwas dazu sagen.

Anne Passow: Ja. Vielleicht erst einmal zum Landesverband Freie Theaterschaffende. Der hat sich 2007 gegründet und ist von Theaterschaffenden selbst gegründet worden. Er war zunächst rein ehrenamtlich aufgestellt. Gegründet wurde er vor allem aus dem Grunde, dass die Situation zunehmender Prekarisierung und Konkurrenz herrschte. Von da aus wurde der Sprung nach vorn unternommen und ein Instrument geschaffen, mit dem die Präsenz der freischaffenden Künste gegenüber Politik und Öffentlichkeit verstärkt, die Strukturen und Rahmenbedingungen für freie Theaterschaffende verbessert, die Vernetzung der Künstler untereinander verstärkt betrieben und Netzwerke nach außen hin aufgebaut werden.

Die Verbandsarbeit ist dann 2009 durch eine der Kulturarbeiterstellen unterstützt worden, das heißt: der LAFT Berlin hatte nun eine hauptamtliche Stelle, die ich eingenommen habe und seitdem die Geschäftsstelle des Verbands leite. In den letzten drei Jahren hat der LAFT Berlin einen immensen Zuwachs erfahren. Es gibt inzwischen über 150 Mitglieder: darunter wichtige Spielstätten der Stadt, freie Gruppen, Produktionsbüros, Einzelkünstler etc. – also unterschiedlichste Mitglieder, wo es manchmal einem Paradoxon gleichkommt, da eine gemeinsame Stimme zu finden. Aber es gibt Grundforderungen, die alle betreffen und die wir an die Politik richten und die durch den Verband forciert werden können. Wir führen regelmäßige Dialoge mit den Abgeordneten und mit der Kulturverwaltung des Senats.

Eine Initiative möchte ich jetzt herausgehoben vorstellen, die neben anderen ein wichtiger Schwerpunkt des LAFT Berlin ist – die Initiative Honoraruntergrenze. Darin ist der LAFT Berlin nicht allein vertreten, sondern wir sind eine gemeinsame Initiative mit dem Netzwerk TanzRaumBerlin und dem zeitgenössischen Tanz Berlin, also den Vertretern der freien Tanzschaffenden in Berlin. Die Initiative fordert die Einführung von Honoraruntergrenzen, die wir bei ca. 2.000 Euro pro Monat bei Vollbeschäftigung ansetzen. Diese Forderung lehnt sich an die Mindestgage in festen Häusern an. Der Normalvertrag Bühne, wie Sabine Schöneburg eben gesagt hat, liegt bei 1.600 Euro. Die spezifische Situation für freischaffende darstellende Künstler/innen ist aber die, dass diese von Projekt zu Projekt gefördert werden, zwischen denen ungeforderte Zeiträume liegen: die der Akquise und der Konzeptentwicklung, die der Aufführung und der Abrechnung, welche jeweils nicht im Rahmen einer Projektförderung vergütet werden. Außerdem haben die freischaffenden Künstler/innen häufig höhere Versicherungs- und Sozialabgaben zu leisten, weil nicht alle freischaffenden Künstler automatisch in der KSK versichert sind. Das ist noch einmal eine andere Problematik, dass viele Freischaffende aufgrund ihrer Berufe nicht dem derzeit geltenden Abgrenzungskatalog der KSK entsprechen und deshalb gar nicht erst aufgenommen werden, oder aber teilweise in abhängigen Beschäftigungsverhältnissen befristet tätig sind und dadurch aus der KSK rausrutschen. Häufig höhere Versicherungskosten also, die von vornherein ungeforderten Zeiträume zwischen zwei Projekten und fehlende Infrastruktur, die von den selbstständig tätigen darstellenden Künstlern gestellt werden muss, sollten sich in den geforderten Honoraruntergrenzen widerspiegeln: Deshalb veranschlagen wir das AG Brutto des NV-Bühne als Mindeststandard, der für den Zeitraum der Projektförderung durch das Land Berlin angesetzt werden sollte.

Das sind wie gesagt rund 2.000 Euro, die wir in die Kosten-/Finanzierungspläne von finanzierten Projekten eingesetzt haben. Die sich daraus ergebende prozentuale Erhöhung multiplizierten wir mit der

Anzahl der derzeit durch den Senat geförderten Projekte und kamen auf eine notwendige Erhöhung des Etats von derzeit ca. vier Millionen Euro auf ca. zehn Millionen Euro, was als eine utopische Zahl erscheint. Sie demonstriert aber auch noch einmal den Grad der Unterfinanzierung, der derzeit herrscht. Denn das sind, wenn man die Honorare mal auf die Stundenlöhne runter rechnet, für freischaffende Künstler nicht selten 2 bis 5 Euro, die für professionelle Arbeit im Rahmen von öffentlich geförderten Projekten gezahlt werden. Die Projekte werden durch eine unabhängige Expertenjury ausgewählt, die für die Qualität der Projekte zeichnet. Dass nur die Hälfte der Projekte, die von der Jury für förderungswürdig befunden werden, aufgrund des mangelnden Etats tatsächlich gefördert werden können, steht noch einmal auf einem ganz anderen Blatt.

Astrid Landero: Dankeschön. Björn Gottstein ist von der Initiative Neue Musik, willkommen, vielleicht ist es doch mal ganz gut, so wie das bisher alle getan haben, wenn Sie ganz kurz etwas dazu sagen, was ist diese Initiative, was macht sie? Aber dann würde ich gleich die Frage anschließen wollen, fühlen Sie sich, als Teil der Berliner Kreativwirtschaft?

Björn Gottstein: Ich sage zwei Worte zur Initiative Neue Musik. Wir vertreten die Neue-Musik-Szene in Berlin, das heißt, alles was neue zeitgenössische, dem Ursprung nach klassische, aber auch experimentelle Musik ist und wir vertreten eben den freien Bereich, also nicht die Institutionen, es gibt ja einige Festivals und in den Opernhäusern, Philharmonie etc. wird auch neue Musik gemacht, das ist nicht unser Metier. Wir sind in der Konstruktion relativ einzigartig, auch in Deutschland einzigartig. Es ist so, dass wir auf Wunsch des Berliner Senats damals uns gegründet haben vor 20 Jahren, da habe ich noch gar nicht in Berlin gelebt, und zwar deswegen, weil der Senat gerne gehabt hätte, dass die Szene die Fördersumme, die er der Neuen Musik zur Verfügung stellt, gewissermaßen selbst verwaltet. Und das lief bisher eigentlich ganz gut. Das ist so, dass die Mitglieder der Initiative Neue Musik, das sind 81 Mitglieder, die meisten sind Körperschaften und einige 100 Mitglieder über die Vereine, die uns angeschlossen sind, eine Jury wählt und diese Jury vergibt dann die Gelder, die der Senat der Neuen Musik zur Verfügung stellt. Das hat sich eigentlich sehr gut bewährt. Klar, gibt es da auch Streitereien, aber es gibt auch eine Art Geschlossenheit, eben auch das Gefühl, dass die Transparenz und vor allem eine Basis-demokratische Situation geschaffen wird, in der wir mit dem Geld auf eine Art und Weise umgehen, wie wir glauben, dass es für die Musiker von großem Nutzen ist.

Gleichzeitig ist die Initiative ein Interessenverband, das heißt wir führen Gespräche mit dem Senat, wir haben bestimmte Anliegen in Bezug auf Etathöhe, auf einen zentralen Spielort in Berlin, wo wir schon länger im Gespräch sind und wir haben einen Probesaal, den wir verwalten und an die Künstler

weitergeben. Das ist eigentlich das Konzept, das Modell der Initiative Neue Musik.

Wenn Sie mich fragen, ob ich mich als Teil der Kreativbranche fühle, also ich bin kein Musiker, sondern ich bin eigentlich der Vorstandsvorsitzende dieses Vereins und Musikwissenschaftler. Aber, wenn ich überlege, für wen ich spreche, dann kann ich mit einem ziemlich klaren Nein antworten und ich glaube nicht, dass irgendjemand der Klanginstallationen in einer Galerie in Neukölln installiert, das Gefühl hat, er ist Teil einer Kreativbranche oder dass er irgendetwas für den Wirtschaftsstandort Berlin tut. Das ist tatsächlich auch immer eine sehr haarige Diskussion. Auf der einen Seite reden wir über Kunst und Künstler, die autonom agieren und wo der kapitalistische Mehrwert ihrer Aktion schon verdächtig ist. Auf der anderen Seite ist es sehr wichtig, darauf hinzuweisen, dass es diesen Mehrwert gibt und dass wir ohne dieses Argument eigentlich auch nicht auskommen. Insofern möchte ich jetzt nicht einfach nur nein sagen, ich fühle mich nicht als Teil dieser Branche, sondern ich sehe ganz klar, was gerade in der freien Szene in Berlin in den letzten zehn Jahren passiert ist, was wirklich wegweisend weltweit gewesen ist. Es sind regelrecht eigene Musikformen, Genre, ganze Gattungen entstanden in Berlin in der freien Szene, die natürlich die Aufmerksamkeit auf die Stadt richten.

Die ganze Diskussion um die Kulturförderung hat natürlich auch immer etwas mit der Legitimität dieser Gelder zu tun. Herr Uhlmann hat das dann freundlicherweise zurückgenommen, dass der Bürger nicht ausgeraubt wird und das ist natürlich von der Formulierung her nicht ganz richtig. Gleichzeitig ist, wenn jemand mit sehr handfesten Argumenten kommt und sagt, wir brauchen aber dringender einen Kitaplatz als eine Klanginstallation in Neukölln. Ich meine, was soll ich da groß sagen. Ich kann vielleicht sagen, wenn wir die Klanginstallation machen, dann ist der Wirtschaftsstandort Berlin so viel besser, dass wir in zehn Jahren den Kitaplatz sehr viel leichter bezahlen können. Das ist eine Argumentation, die vielleicht nicht besonders leicht zu vermitteln ist.

Astrid Landero: Herzlichen Dank. Herbert Mondry, vom Berufsverband Bildender Künstler Berlin, eine ähnliche Frage, im Kontext zwischen Kunst und Wirtschaft, Kreativwirtschaft und Künstler, wie geht es Ihnen mit diesen Begrifflichkeiten, was empfinden Sie dabei, was die bildende Kunst betrifft.

Herbert Mondry: Verarschung, weil die Künstler auf der einen Seite mit der Kreativwirtschaft kaum etwas anfangen können, auf der anderen Seite an den Förderungen für die Kreativwirtschaft nicht beteiligt werden. Gefördert werden in der Regel die Verwerter von Kunst, aber nicht die Künstler selbst.

Der bildende Künstler arbeitet im Selbstauftrag, und dabei ist er natürlich auch ein Wirtschaftssubjekt,

das aber vom Verkauf seiner Kunst allein meist nicht leben kann. Oft hat er Nebenjobs, vielfach ist er auf Unterstützung durch Freunde, Eltern, oder Verwandte angewiesen. Man glaubt gar nicht, wie beschissen es ihm geht. Künstler machen Kunst und dabei müssen sie das Geld, das sie in ihre Kunst investieren anderswo hernehmen. Gleichwohl investieren sie, nimmt man alle Künstlerinnen und Künstler in der Stadt zusammen in etwa 70 Millionen in die Kunst. Das ist unfassbar viel, aber es sind ja eben auch 6000 Künstlerinnen und Künstler in Berlin, die hier professionell arbeiten und da kommt das zu Stande.

70 Prozent der Künstlerinnen und Künstler leben auf Sozialhilfeniveau beziehungsweise sogar deutlich darunter. Das heißt, wenn man genau hinguckt, liegen die meisten, bei 500 Euro an Einnahmen. Ich weiß nicht, wie sie da eigentlich noch Kunst machen. Das ist mir völlig schleierhaft. Also, ich könnte das nicht. Es gibt Grauzonen, es gibt die Unterstützung durch Freunde und Bekannte und so weiter, dann gibt es natürlich die Sozialhilfe, mit 12 oder 13 Prozent sind auch hier Künstlerinnen und Künstler dabei und halten sich damit über Wasser.

Die wirtschaftliche Situation ist also ausgesprochen miserabel. Von einer Förderung über Förderprogramme für die Kreativwirtschaft sind Künstlerinnen und Künstler ausgeschlossen. Nicht einmal Mikrodarlehen erhalten sie, wenn sie Geld für Projekte benötigen. Die Banken sagen mir, was wollt ihr denn eigentlich, wo habt ihr eure Sicherheiten, wir können mit euch leider nichts anfangen, wir können euch auch nicht helfen. Wir haben den Versuch gemacht, Selbsthilfegalerien, Produzentengalerien unterstützen zu lassen, oder anschieben zu lassen über die Wirtschaftsverwaltung, völlig aussichtslos. Da sitzen Leute, die haben an einer Förderung für Bildende Künstlerinnen und Künstler kein Interesse. Auch Wirtschaftssenator Harald Wolf, von der Partei der Linken, dem wir die Situation geschrieben haben, hat für Bildende Künstlerinnen und Künstler in dieser Stadt in wirtschaftlicher Hinsicht nichts getan.

Ähnliche Probleme haben wir mit der Kulturverwaltung. Vier Millionen bekommt die zeitgenössische bildende Kunst in der Stadt. Das ist nicht gerade eine große Summe. Das ist ein Prozent des Kulturhaushaltes. Da lachen die Hühner. Jeder, der das sieht, der sagt, was ist denn da eigentlich passiert? Das ist aber seit 20 Jahren so und diese Schiefelage wird auch nicht geändert, jedenfalls bisher nicht. In der Kulturverwaltung finden wir kaum noch einen Gesprächspartner, der ein offenes Ohr für die Bildende Kunst hat. In der unteren Ebene gibt es noch Personen, die tatsächlich Ahnung von Bildender Kunst haben, die auch die Lage kennen. In der eher oberen Ebene, da gibt es für den Bereich der Bildenden Kunst nur Neoliberale, die betrachten die Bildende Kunst als Warenproduktion und sagen, ihr müsst verkaufen lernen und wenn ihr das nicht richtig hinkriegt, dann

müsst ihr Weiterbildung machen, Management, Verkaufsmanagement und so weiter.

Das ist einfach der reine Wahnsinn. Ganz oben, da sitzt dann der Regierende Bürgermeister, der macht was er will, der sich auch nicht beraten lassen will. Jeder hat mitgekriegt »Based in Berlin«, die Ausstellung, die für seine Kunsthalle werben sollte, ist schon ziemlich in die Hose gegangen. Die Künstlerinnen und Künstler, die zur Teilnahme an dieser Ausstellung aufgerufen wurden, fühlten sich massiv manipuliert, instrumentalisiert und ausgenutzt. Das ist sowieso ein durchgehendes Gefühl, was wir haben. Berlin ist ja eine Kunststadt, weltweit berühmt für die Bildende Kunst, damit wird mächtig Werbung gemacht. Aber, die Künstlerinnen und Künstler bekommen für ihre Leistung nichts zurück. In den 90er Jahren ist der Etat für die Bildenden Künste um die Hälfte gekürzt worden und seitdem gibt es keinen Zuwachs, obwohl wir heute doppelt so viel Künstlerinnen und Künstler haben als damals. Ich könnte jetzt noch stundenlang weiter erzählen. Das werde ich aber jetzt mal lassen, weil wir ja vielleicht noch ein bisschen weiterkommen wollen. Also, mit der Kreativwirtschaft, da muss ich sagen, ich bin hier völlig falsch.

Almuth Hartwig-Tiedt: Oder ich bin falsch.

Herbert Mondry: Oder Sie sind falsch, da wollen wir uns jetzt nicht streiten. Eins muss ich noch sagen, damit ich es nicht vergesse, hinterher ärgere ich mich. Es ist eine ziemlich schlimme Situation entstanden. Wir finden keine Räume mehr und wir finden keine Wohnungen mehr. Das heißt, das was die Künstler nach Berlin gezogen hat, das waren die verfügbaren Räume und das waren noch preiswerte Wohnungen, wo man heute eine Wohnung finden soll, das möchte ich mal wissen. Ich habe Kollegen, die suchen seit einem Jahr und finden überhaupt nichts mehr. Man muss inzwischen schon bei irgendeinem Künstler unterkriechen, der so nett ist und noch drei qm zum Übernachten zur Verfügung stellt. Die Mieten steigen in einer Art und Weise, dass man sagen kann, in zehn Jahren werden hier nicht mehr so viele Künstler sein und Berlin als Zentrum der Bildenden Kunst wird abnippeln. Deshalb verlangen wir eine neue Stadtentwicklungspolitik. Wir müssen aber auch sagen, die Grünen, nicht die Grünen, ich bin ja hier bei den Linken, die sind ja auch nicht besser, die Linken waren ja mit daran beteiligt, dass es seit zehn Jahren keine Stadtentwicklungspolitik mehr gegeben hat, das muss man so klar sagen. Es muss wieder neu gebaut werden, damit Menschen mit niedrigem Einkommen, dazu gehören die Bildenden Künstler, dazu gehören natürlich auch Geringverdiener und Obdachlose, die jetzt irgendwo in die Landschaft vertrieben werden, hier in dieser Stadt bleiben können. Diese Stadt soll nicht homogen werden, das also nur die Gutverdienenden im Prenzlauer Berg und andere Bezirke allein hier wohnen können, also eine bestimmte Schicht von Schickimicki, sondern wir möchten, dass die Mischung unterschiedlichster

Menschen, auch die mit kleinem Geldbeutel hier in dieser Stadt arbeiten und leben können. So, damit höre ich jetzt auf. Das wäre ein Auftrag.

Astrid Landero: Auftrag erfüllt. Ich frage mich, die beiden Welten, die sich hier ergeben, was die Unterschiede ausmacht, Olaf Kretschmar, was Du uns berichtest und wie wirkt das auf Dich von den bildenden Künstlern, wenn Du das hörst? Weil sie keine Genossenschaft haben?

Olaf Kretschmar: Quatsch. Also, krasse Debatte. Wir häufen ja alle Probleme auf, die irgendwie zu erreichen sind und werden wahrscheinlich ein Jahr brauchen, das abzutragen. Ich würde mal von einer Seite anfangen. Diese Schieflage zwischen Hochkultur und dem Rest, so muss man es ja sagen, der Rest ist keine Kultur und wird irgendwie abgefrühstückt. Das war für uns lange Zeit ein großes Thema und wir haben es irgendwann aufgegeben, in diese Richtung zu argumentieren.

Vielleicht dann doch noch einmal einen Satz zur Berlin Music Commission Genossenschaft. Das ist ein Musiknetzwerk in Berlin für populäre Musik und populäre Musik, das ist nicht Schlager, sondern Soul, Jazz, Swing, Reaggy, elektronische Musik, das ganze Spektrum. Wir haben sowohl Labels, Verlage, aber auch Künstler als Mitglieder, Softwareunternehmen, kleine Softwareproduzenten, alles so kleine und mittlere Unternehmer. Zur Beschäftigung ist festzustellen, dass in diesem Musikbereich sehr viele Selbständige sind, das ist ein herbes Wort für einen schwierigen sozialen Status. Sie arbeiten drei oder sechs Monate auf Werkvertrag, auf Honorarbasis und so weiter. Da fände ich wichtig, dass man überhaupt erst einmal analysiert und untersucht, worum es sich hier handelt. Wir hatten vor ein paar Wochen, ohne diesen Hintergrund heute, um einen Termin bei ver.di gebeten. Wir haben gesagt, wir sehen in unserem Bereich eine Arbeitnehmerschaft, die sich wahrscheinlich dem politischen Radar entzieht. Das ist nicht mehr die klassische Konstellation, Arbeitgeber, Arbeitnehmer. Dann hat man versucht in dem Meeting uns, die BMC, irgendwo da einzuordnen und das ging aber nicht, weil wir kein Arbeitgeberverband und keine Arbeitnehmervertretung sind.

Ich finde, mit diesen Schablonen kommen wir auch nicht wirklich weiter. Man muss das Bild genauer stellen und genauer analysieren. Noch einmal zum Anfang. Die nicht gestellte Frage an mich war ja die nach der Kreativwirtschaft. Ja, wir gehören dazu. Der Hintergrund ist aber der, wir haben versucht kulturell, kulturpolitisch zu argumentieren. Das hat nicht funktioniert. Man hat uns als Vergnügen oder als Jugendkultur oder als sonst irgendetwas abgestempelt. Wir haben das irgendwann aufgegeben und haben versucht, wirtschaftlich zu argumentieren. Da hatten wir sofort erst einmal ein Problem. Diese Berliner Musikbranche, über die wir jetzt reden, das ist nicht Universal oder so etwas, das sind die kleinen

und mittleren Unternehmen, die ist super kleinteilig, zersplittert, fragmentiert und jeder hat vor sich hingewurschtelt. Das heißt, in den 90er Jahren waren viele selfmade-Leute, die gesagt haben, ich kriege das alleine hin, aber irgendwann nicht mehr. Aus dieser Situation heraus, haben Akteure diese Genossenschaft gegründet. Das ist der Werdegang. Man braucht sich ja nicht über alles zu einigen.

Ich muss sagen, wir haben in der Senatsverwaltung für Wirtschaft überhaupt zum ersten Mal Ansprechpartner gefunden, im politischen Bereich. Also zum ersten Mal überhaupt jemand, der gesagt hat, o.k., tragt mal vor, was sind eure Nöte. Das sind jetzt keine Riesensprünge gewesen, aber es ging überhaupt erst einmal voran. Die Berlin Music-Week ist so ein Format, das ist wieder so ein Berliner Leuchtturmprojekt, das wird einem dann auch schneller entzogen. Diese Leuchtturmpolitik finde ich auch schwierig. Man muss die Strukturen entwickeln, die drunter stehen, auf denen die Leuchttürme stehen, dazu gehört ganz gewiss das, was Ihr angesprochen habt und das ist die zweite Kritik am Berliner Senat, so auf die Leuchttürme zu schauen, das halte ich für kontraproduktiv. Man muss sich die Basisfunktion anschauen und diese pflügen.

Astrid Landero: Dankeschön. Almuth, möchtest Du noch etwas dazu sagen?

Almuth Hartwig-Tiedt: Ich hatte ja gesagt, vielleicht bin ich auch falsch hier. Zur Berlin Music-Week und der Leuchtturmpolitik Olaf. Als die Popkomm abgesagt wurde vorletztes Jahr, ist die Branche fast tot umgefallen. Denn allen ist klar, Berlin braucht auch Leuchttürme, so etwas wie die Berlin Music Week, wo die Branche internationale Maßstäbe setzen kann.

Olaf Kretschmar: Das war keine Kritik.

Almuth Hartwig-Tiedt: Ich sage das wegen der Leuchtturmpolitik.

Olaf Kretschmar: Wir wollten verhindern, das Klaus Wowereit in seinem Tierpark mit ...

Almuth Hartwig-Tiedt: Deshalb ist der Bereich Kulturwirtschaft Gott sei Dank bei uns im Hause Wirtschaft. Der Kultursenat ist gefangen in seinen institutionellen Förderungen und wenig flexibel bei Finanzierungen und Unterstützung, wo Kultur und Wirtschaft Schnittstellen haben. Es heißt ja immer, hat nicht die Wirtschaft noch irgendwo Geld?

Was ich hier noch einmal aufgreifen möchte: Ich bin bewusst in meinem Referat etwas didaktisch vorgegangen und habe eine Trennung von Kulturproduktion und Kulturwirtschaft vorgenommen. Künstlerinnen und Künstler, ob sie malen oder Musik machen, so wie Sie das gesagt haben, und ihre Probleme sind nicht der Kulturwirtschaft zuzuordnen, ich will sie gar nicht okkupieren.

Sie haben ja Recht, Herr Mondry, wenn Sie sagen, Themen wie Produzentengalerien oder andere sollen nicht zwischen den Verwaltungen versacken. Es ist tatsächlich so, dass wir neue Konzepte und eine verbindlichere Zusammenarbeit brauchen an den Schnittstellen von Kultur und Wirtschaft. Zum Beispiel bei dem Problem der schlechten Einkommenssituationen, bei der Sicherung öffentlicher Räume, wo man produzieren kann, wo man nicht schutzlos den Verwertungsinteressen unterliegt. Das sind richtige Probleme. Sie zu lösen, schafft man nicht allein und schafft nicht eine Verwaltung allein. Wir sollten auch in den nächsten Jahren den Mut haben zum Beispiel bei der Wirtschaftsförderung neue Standards zu setzen. Ich habe es vorhin gesagt, vor zehn, zwölf Jahren wären wir nie auf die Idee gekommen, aus Wirtschaftsfördermitteln eine Music-Commission zu fördern.

Ich nehme alle Kritik am Senat hier auf mich. Ich bin fest davon überzeugt, wir brauchen mehr ressortübergreifende Projekte, inhaltlich und finanziell. Mal kucken, ob es gelingt.

Astrid Landero: Björn Gottstein wollte etwas dazu sagen.

Björn Gottstein: Ich möchte zu zwei Dingen etwas sagen. Wer hier falsch und richtig ist, ich glaube es ist immer eine Frage der Perspektive und ich habe vielleicht kurz noch hinzuzufügen, als Sie vorhin die 20 Millionen genannt haben. Da ist mir körperlich schlecht geworden. Die Zahlen, mit denen Sie operieren, sind auf einer ganz anderen Ebene und wenn die Einkommensverhältnisse der Einzelnen hier offen gelegt werden, dann ist das wirklich eine Frage der Dimensionen, so dass das gar nicht mehr kongruent ist. Was ich aber eigentlich sagen möchte ist, der Punkt, den Sie angesprochen haben, die Zahl der Probleme. Ich habe eigentlich im Gegenteil das Gefühl, dass die Probleme doch überall sehr ähnlich sind und das die Strukturprobleme, die da sind, sich in allen Bereichen benennen lassen und eigentlich auch zusammen fassen lassen. Ich sehe den Zettel meiner Nachbarin, da darf ich eigentlich nicht drauf kucken, das geht mich nichts an, da steht eine Zahl, 21.000 Künstlerinnen. Wir haben bei der GEMA mal eine Anfrage gemacht, wie viele Komponisten sind in Berlin gemeldet: 8.000 Komponisten, davon vertreten wir den geringeren Teil, die meisten machen U-Musik, das sind knapp Tausend und dann noch knapp 1.000 Musiker, die E-Musik machen. Es sind einfach sehr, sehr viele Menschen davon betroffen, die alle unter den gleichen Problemen leiden und ich glaube, wenn man sich das überlegt, dass diese Netzwerke, die innerhalb der Branche extrem gut funktionieren, aber darüber hinaus und der Rat der Künste, das ist eine Art Versuch so etwas wie eine Gemeinschaft zu bilden, dass man dann vielleicht auch so etwas wie eine Front hat und ich will jetzt auch keine Barrikaden aufbauen, aber ich glaube doch, dass diese

Probleme tatsächlich zusammenführbar sind und vielleicht spartenübergreifend zu lösen sind.

Astrid Landero: Vielleicht ist ja der Ausgangspunkt auch von dieser Konferenz gelegt, für zukünftige Netzwerke und Kooperationen. Inga Zimprich zum Thema.

Inga Zimprich: Mir ist aus dem Fragenkatalog eine aufgefallen, welche ich auch schwierig finde: Welche Strategien und Leitbilder gibt es zur nachhaltigen Sicherung dieses kulturellen Kapitals? Gerade bei der Frage des kulturellen Kapitals, da denke ich mischen wir vielleicht auch in der Diskussion Begriffe der verschiedenen Bereiche, was ich schwierig finde, da würde ich auch gerne auf die Leuchtturmprojekte zurückkommen. Und mir fällt ein, das Haben und Brauchen eine Diskussion im HAU hatte, in Kooperation mit der Zitty organisiert, mit einem Vertreter der Senatsverwaltung, der sagte, ich muss ihnen ehrlich sagen, es ist leichter für uns neue Projekte zu finanzieren, als bestehende Strukturen, dafür Budgets zu erhöhen oder sie zu verlängern. Darauf hin gab es von den Haben und Brauchen-Teilnehmern die Antwort, dann muss man überdenken, ob sich nicht die Politik ändern muss. Wie fördern wir wirklich langfristig, wie evaluieren wir auch die Angebote, die es gibt, wie hat sich die Kunstproduktion in der Stadt verändert, wie hat sich die räumliche Situation verändert und wie entwickelt man Programme, die da eingreifen und auch zum Teil gegensteuern können. Ich glaube, das ist eine ganz wichtige Frage, wo die Nachhaltigkeit eine Rolle spielt und das hat sicherlich auch mit den Strukturen der Verwaltungen und Politik zu tun, auch in den verschiedenen Fraktionen.

Astrid Landero: Danke. Es bleiben jetzt zehn Minuten für eine Runde, die ich gerne ins Publikum geben würde, für Nachfragen und Bemerkungen.

Almuth Hartwig-Tiedt: Ich wollte noch etwas dazu sagen. Sie reden über Strukturen von Politik und Verwaltung, es geht aber auch um die Struktur der Szene. Wenn irgendein Verein oder irgendeiner Geld kriegt, der geht davon aus, dass er immer das Geld kriegt. Unsere Wirtschaftsverwaltung finanziert nur projektbezogen, also temporär. Da hat es der Kulturbereich schwerer, der einen großen Anteil an institutioneller Förderung zu bewältigen hat. Wenn man Herrn Mondry folgt, dann bedeuten seine Forderungen: immer Geld drauflegen. Das ist unrealistisch. Wenn man Veränderungen hinbekommen will, muss man auch mal etwas wegnehmen und umverteilen auf andere. Den Sturm, der dadurch in der Szene ausgelöst wird, kann ich mir gut vorstellen.

Sabine Schöneburg: Den Sturm hat man ja schon ständig, jedenfalls wir als ver.di von Schriftstellern, bildenden Künstlern und anderen produzierenden festen darstellenden Künstlern auch von den Leuchttürmen. Ihr habt es eben gehört, meine Kollegin

hat von 2.000 Euro Grundgage für den Monat gesprochen. Tatsache in staatlichen Bühnen sind 1.600 Euro, die auch nur befristete Verträge haben. Wir haben bei ver.di alles, diese bunte Mischung, seit Jahren und müssen eine Struktur- und eine Förderungspolitik gegenüber Politikern, Senat und ähnlichen finden, wo wir möglichst einheitlich auftreten. Und, wo wir möglichst nicht untereinander uns streiten um 400 Euro Unterschied in der Gage. Es ist ein schwerer Weg und wenn wir hier auf dem Podium miteinander sagen, wir wollen den gemeinsam gehen, ich gehe den seit 20 Jahren in den ganzen Bereichen, da haben wir aber riesen Geschichten vor uns, ganz unabhängig von den unterschiedlichen Senatsverwaltungen. Drei Dinge muss ich unbedingt noch sagen.

KSK – wir müssen zusehen, dass die bleibt, alle zusammen, wir müssen sie erweitern und wir müssen bestimmte Positionen im Verhältnis zu abhängig Beschäftigten, Grenzen verändern. Da müssen wir gemeinsam, das haben wir auch immer getan in der ganzen Zeit, auf diesem Level gemeinsam dafür kämpfen.

Zweitens – freiwillige Arbeitslosenversicherung für Künstlerinnen und Künstler, Journalisten und ähnliche, also auch Kreative. Wir haben alle darum gekämpft, 2006, dass die entsteht. Wir haben gesagt, nach 2010 soll sie weitergeführt werden. Sie ist jetzt so teuer geworden liebe Kolleginnen und Kollegen, dass sich das keiner mehr leisten kann, kein Freier, der einfach sagt, ich zahle da weiter ein. Jetzt sind es 33,00 Euro, nächstes Jahr über 80,00 Euro. Das ist meine neueste Information seit heute Morgen. Was wollen wir dann mit einer freiwilligen Arbeitslosenversicherung, die sich bundesweit so exorbitant entwickelt hat, dass das was wir alle gemeinsam wollten und angestrebt haben, im Nevada verläuft. Rentenbezüge und solche Dinge müssen wir jetzt nicht anführen, aber auf die sozialen Standards, auf die müssen wir uns, auch wenn wir kreativ im Kämmerlein arbeiten, versuchen gemeinsam zu verständigen. Weil das der erste Punkt ist, wo wir gemeinsam Politik machen müssen und da müssen Mieten gezahlt werden, muss gelebt werden können, die bildenden Künstler genauso wie die darstellenden und die anderen Freien, um nicht jetzt noch über Ausbildungsfragen zu reden, das wäre nun auch noch ein Punkt. Das war mir ein Bedürfnis noch zu sagen.

Und, wenn ich in einer Tanzgruppe bin, kriege ich wahrscheinlich auch kein Geld. Das muss man dann vielleicht auch noch kucken, wie honoriere ich was, mit welchen Kriterien, da gibt es ja langjährige Erfahrungen und da muss man auch mal den Mut haben zu sagen, es gibt eine Jury, die schätzt Honore von bis ein. Man muss mal versuchen, dann nicht nur den Wildwuchs und viele, viele Kreativität zu fördern, sondern auch ein bisschen, Kunst ist frei, aber trotzdem, eine Struktur zu finden.

Astrid Landero: Welche Fragen gibt es in diese bewegte Runde hinein? Ich glaube Stefan war der erste, der sich gemeldet hatte.

Stefan W. Thielke: Ich habe eine konkrete Frage an Sie, Frau Hartwig-Tiedt. Ich vertrete sozusagen hier die Lesebühnen Berlin. Wir kommen aus einem ganz anderen Bereich. Mich würde persönlich interessieren, weil ich auch Kulturmanagement unterrichte, wo erhält man die von Ihnen gegebenen Informationen, auch in Bezug auf die Förderinstrumente und zwar gebündelt und zwar verständlich auch für Künstler und Kreative. Und, gibt es kurze, knackige Anträge, die jeder aus dem Kunst- und Kreativbereich auszufüllen in der Lage ist, ohne dass er ein Coaching macht? Gibt es eine Website, wo das draufsteht, also beispielsweise für Leute aus der Musikbranche und so weiter und so fort. Man muss es ja auch finden können. Ich weiß, dass es viele Förderinstrumente gibt. Wir haben auch schon versucht, die Förderinstrumente zusammen zu stellen. Mir wäre aber daran gelegen, für die Kulturschaffenden, die kreativen Künstler, wie auch immer man sie nennen mag, dass es etwas Übersichtliches gibt, auf das man zurück greifen kann, wo man sich informieren kann und wo man sich vor allem auch selbst informieren kann.

Almuth Hartwig-Tiedt: Es gibt auf alle Fälle die Website vom Projekt Zukunft, da kann man bestimmte Informationen erhalten. Ob die immer verständlich sind, das kann ich Ihnen nicht sagen, wahrscheinlich nicht, wie das immer so ist, das ist eine Lebenserfahrung, es ist nicht immer alles für alle verständlich. Ich kann Ihnen da nur sagen, vereinbaren Sie eine Konsultation bei uns im Hause dazu, in dem zuständigen Referat, dazu können wir uns nachher austauschen. Gehen Sie die Seiten durch, gucken Sie, wo da die Grenzen sind. Einige Grenzen sind hier schon genannt worden. Wir haben zwar versucht, alle Förderprogramme der Wirtschaftsförderung auch für Selbständige zugänglich zu machen, aber nicht bei allen geht das rechtlich.

Astrid Landero: Außerdem ist es immer gut, die Kraft des Wissens von Netzwerken zu nutzen.

Stefan: Dann habe ich vielleicht abschließend von Künstlerseite vier Fragen als Denkanstoß, die keiner zu beantworten braucht. Nachdem, was ich da eben gehört habe, ist mir eingefallen, wie viel Zeit bleibt Kreativen für kreative Arbeit? Wie viel Zeit müssen sie für Managementaufgaben aufwenden, können Kreative beide Seiten überhaupt verbinden und was geht dabei verloren?

Inga Zimprich: Kann ich ganz kurz darauf antworten? Es hat im Moment Dispute gegeben, zur Arbeits- und Lebenssituation von Künstlerinnen und Künstlern, wo zum Beispiel, ich weiß die Prozentzahl jetzt nicht genau, aufgelistet wird, wie viel Zeit für die Antragstellung drauf geht, immense Arbeit, wo ganz oft

überhaupt nichts bei rauskommt. Gerade bei uns in den nichtkommerziellen Räumen haben wir dafür keine bezahlten Kräfte, die das machen. Vielleicht kurz als Beispiel, als ich mich bei der KSK beworben habe, das war eine größere Mappe als für die Kunstuniversität und ich habe ein Jahr auf die Entscheidung gewartet. Sie haben gerade gesagt, dafür gibt es ja auch die Netzwerke. Ich weiß jetzt nicht genau wofür, aber ich muss sagen, dass es bei beispielsweise so ist, dass Leute aktiv in den Netzwerken der Projekträume teilnehmen und auch bei Haben und Brauchen ist es eine sehr große Gruppe, die zudem, dass wir freischaffende Künstler sind, eben nebenher Geld verdienen müssen. Ich leite im Vorstand ein Atelierhaus, da treffen wir uns zwei bis dreimal pro Woche oder schreiben, Protokolle abfassen, zum Senat gehen usw. Das ist noch einmal on top ehrenamtliche Arbeit, die wir machen, also ihr wahrscheinlich auch, weil man das Gefühl hat, es ist notwendig, das wir intern reflektieren, was tun wir, was brauchen wir, wie artikulieren wir uns. Die Zeit, die ich für kreative Arbeit verwenden kann, ist tatsächlich minimal.

Gast aus Pankow: Brauchen die Künstler nicht eine Inspirationsdividende? Brauchen wir nicht einen neuen Gesellschaftsvertrag, weil sich hier ein neues Prekariat im Kulturbereich bildet?

Herbert Mondry: Eine kurze Antwort dazu. Das ist nicht umsetzbar, obwohl sie ja im Prinzip Recht haben. Wir als BBK schlagen eine Ausstattungsvergütung für bildende Künstlerinnen und Künstler vor und es gibt da jetzt Bewegung von Seiten des Senates. Da soll etwas passieren

Astrid Landero: Annette Mühlberg hatte sich gemeldet.

Annette Mühlberg: Vielleicht nehme ich doch das Mikrofon. Wir haben ja noch eine Abschlussrunde. Aber an der Stelle drängt es mich doch, selber noch etwas dazu zu sagen, weil ich ja eine Verursacherin dieses kontroversen Podiums hier bin und ich möchte einfach auch für die Abschlussrunde auf den Weg geben, dass Almuth hier überhaupt nicht falsch am Platze war. Ich habe sie vorher beruhigt und gesagt, natürlich müssen wir auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten diskutieren und müssen überlegen, wie kann Wirtschaftsverwaltung hier eingreifen. Und wenn gesagt wird, wir brauchen einen Gesellschaftsvertrag, dann würde ich sagen, wir haben gegenwärtig in diesem Lande einen Gesellschaftsvertrag und haben auch eine öffentliche Förderung von Künstlerinnen und Künstlern. Die haben wir immer noch. In den USA, was wir heute gehört haben, da herrscht ein anderes System als hier. Hier gibt es einen solchen Gesellschaftsvertrag noch und noch eine öffentliche Förderung von Kulturinstitutionen und Künstlern auch auf einem relativ hohen Niveau.

Gleichwohl bin ich der Meinung, dass es nicht ausreicht und gleichwohl bin ich der Meinung, dass wir einen neuen Gesellschaftsvertrag brauchen, der veränderte Bedingungen in Rechnung stellt, dass es neben dem öffentlichen Bereich einen wachsenden, privaten Bereich gibt und einen wachsenden freigemeinnützigen Bereich. Und, dass wir eine zunehmende Anzahl von Künstlerinnen haben, die eben nicht in öffentlichen Einrichtungen beschäftigt sind, sondern die freiberuflich, selbständig, unständig, als Alleinunternehmer/Innen sich auf dem Markt behaupten müssen. Und, wenn sie sich auf dem Markt behaupten müssen, weil die Gesellschaft so ist, dann brauchen sie einerseits ganz andere Formen der Unterstützung, als andere. Diese Formen müssen wir finden. Sie brauchen auch andere Formen der sozialen Sicherung. Die Künstlersozialkasse war eine großartige Errungenschaft, reicht aber jetzt nicht mehr aus, weil wir viele haben, die durch die Roste der Künstlersozialkasse fallen. Also, ich denke, dass wir tatsächlich einen neuen Gesellschaftsvertrag brauchen, der diese veränderten Bedingungen in Rechnung stellt und auch in Rechnung stellt, dass Kultur auch Wirtschaft ist. Das wollte ich nur ganz kurz gesagt haben.

Ulrich Wilke: Nur ein kurzer Einwurf: Den armen Künstlern aber könnte geholfen werden, wenn wir ein bedingungsloses Grundeinkommen hätten.

Astrid Landero: Und, es war eine wunderbare Runde, gerade wegen der unterschiedlichen Ansätze, war hier eine große Lebendigkeit und Spannung, sehr viel Potential für die Zukunft, glaube ich.

Ich bedanke mich sehr, sehr herzlich für diese aufregende Runde. Natürlich hätten wir weitermachen können und vertiefen, vieles konnte nur angerissen werden. Aber ich finde, das Wichtigste ist, dass wir hier zusammen gesessen haben, dass wir uns auch kennengelernt haben. Und, dass es vielleicht weitergeht und viele Anregungen verschafft hat, für ein zukünftiges besseres Miteinander, Networking, Cluster und so weiter und so fort. Ich bedanke mich herzlich bei jedem Einzelnen und bitte jetzt den Austausch vorzunehmen. Es geht in die letzte Runde. Und sie wird moderiert von Wolfgang Brauer. Weißt Du das schon? Thomas Flierl, Wolfgang Brauer und Leonie Baumann werden in der Abschlussrunde sein. Und dann haben wir ein ziemlich großes Pensum heute geschafft. Ich verabschiede mich schon mal. Tschüss, einen schönen Abend und danke für diese Teilnahme, für diese wunderbare Veranstaltung. Tschüss.

Abschlussrunde: Kultur Macht Berlin

mit Dr. Thomas Flierl (MdA, Leiter des Kulturforums der Rosa-Luxemburg-Stiftung), Wolfgang Brauer (MdA) und Leonie Baumann (Rat für die Künste/Rektorin Kunsthochschule Weißensee)

Wolfgang Brauer: Wir haben uns geeinigt, dass wir einer nach dem anderen oder eine nach der anderen versuchen kurz zu sagen, was wir, die wir jeweils an unterschiedlichen Orten wirken, mitnehmen. Thomas hat angefangen und Thomas sollte jetzt auch anfangen. Bitte!

Thomas Flierl: Mein Platz wird ja zukünftig nicht mehr im Parlament sein und deswegen steht zukünftig das Reflektieren im Mittelpunkt. Ich greife einfach mal ein paar Punkte auf. Ich denke, dass sich die Linke des Problems, das sie hinsichtlich des Gesetzes zur Tariftreue bei öffentlichen Auftragsvergaben im wirtschaftlichen Bereiche vorbildlich für Berlin gelöst hat, auch bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen im Kulturbereich annehmen muss. Wir brauchen auch in diesem Bereich Honoraruntergrenzen. Seit langem haben wir in unserem Wahlprogramm die Ausstellungsvergütung gefordert, konnten sie aber bisher nicht durchsetzen. Das setzt dann natürlich auch voraus, dass bei künstlerischen Projektausschreibungen bestimmte Untergrenzen, die noch verhandelt werden müssten, festzulegen sind.

Das wirkt allerdings, vor dem Hintergrund begrenzter Mittel, als Reduzierung des verteilbaren Volumens, das ist völlig klar. Insofern werden wir bei all diesen Fragen zukünftig um ernsthafte Interessenskonflikte, um Auseinandersetzungen über Prioritätensetzungen und die Bewertung der verschiedenen Bereiche nicht umhin kommen. Das war die erste Bemerkung.

Die zweite ist: Ich fand sehr schön, dass Almuth da war und dass wir damit gewissermaßen das Gespräch, das wir damals schon geführt haben, zwischen Kultur- und Wirtschaftsverwaltung fortgesetzt haben. Ich glaube, dass da noch ein Defizit einer ehemals politökonomisch gebildeten Linken existiert. Es geht darum, Kunst und Kultur auch als Produktion zu begreifen und deren Existenzbedingung unter bestimmten wirtschaftlichen Verhältnissen erst einmal zur Kenntnis zu nehmen. Insofern würde ich Almuth da voll unterstützen und einmal klar herausstellen, dass die Logik, nach der die Wirtschaftsverwaltung Kulturproduktionen zur Kenntnis nimmt, die der Wertschöpfung ist. Es geht um den Anteil am Bruttoinlandsprodukt.

Das provoziert aber natürlich sofort die Frage, die ich eingangs versuchte anzudeuten, dass die öffentliche Kulturverwaltung genau die gegenteilige Position hat, nämlich die verteilt sozusagen den Mehrwert. Es ist völlig klar und völlig logisch, dass die Wirtschaftsverwaltung sagt, naja, es muss irgend etwas produziert werden, dann kann es verteilt werden. Die Debatten um den Kulturetät, der immer zu gering ist, setzt natürlich voraus, dass das irgendwie mal erarbeitet wurde, nach hoffentlich sinnvollen Steuergesetzgebungen oder anderen Abgabenordnungen akkumuliert wurde und dann

noch, nach möglichst sinnvollen Kriterien, ausgegeben wird. Klar ist, es gibt da eine unterschiedliche ökonomische Logik. Die Sache wird jetzt komplizierter, weil wir als Individuen, als Kulturproduzenten in verschiedenster Form, als Konsument, als Besucher, den verschiedensten Ökonomien, die sich heute verschränken gleichzeitig angehören. Wir sind gleichzeitig Steuerzahler und wir sind Besucher von privaten und öffentlichen Einrichtungen. Als Kulturproduzent kann man Selbständiger sein, kann einen Honorarauftrag von einem öffentlichen Unternehmen haben und gleichzeitig kann man auch Teilhaber an einer Firma sein. Bestimmte Produktionen lassen sich überhaupt nur noch als Kombination dieser verschiedenen Ökonomien denken. Ich glaube, dass es wesentlich darauf ankommt, auch in der gegenseitigen Verständigung, diese unterschiedlichen Ökonomien, die auch Annette vorhin angedeutet hat, mit dem öffentlichen Sektor, dem frei gemeinnützigen und dem kommerziellen, dass man diese stärker differenziert und in ihrer Verschränkung sieht, damit die Zumutung, dass man als Künstler auch als Kulturwirtschaftsfaktor betrachtet wird, sich relativiert, ohne dass man deswegen sein Kunstmachen auf die Marktorientierung reduzieren sollte. Das übrigens Wertschöpfen nicht gleich Kapitalismus ist, das muss man den Linken ab und zu auch mal erklären, aber das ist eine ganz andere Diskussion. Das wollte ich nur anmerken.

Der dritte Punkt ist: Ich bin sehr froh und würde alle nur ermutigen können, die heute daran teilgenommen haben mit den verschiedenen Projekten und Formen diese Art der Selbstorganisation, auch in neuer Generation und in neuen Formen zu betreiben z. B. auch all jene Initiativen die in Reaktion auf das von Wowereit betriebene Projekt einer Kunsthalle entstanden sind. Es war ein Fehler, und man kann auch sehr genau erklären, warum es dazu kam, dass in der Budapester Straße diese Institution vor 10 bis 15 Jahren geschlossen wurde und wer die Vatermörder/Innen da alles gewesen sind. Ich möchte das nicht weiter vertiefen, die Andeutungen mögen reichen. Fakt ist, dass dieses völlig falsch angekurbelte Projekt, weil es ja nur als Immobilienprojekt für den Humboldthafen gedacht war, dass dieses nun eine Diskussion ausgelöst hat, die doch überaus interessant ist. Ich finde, dass das was hier Inga Zimprich von Haben und Brauchen vorgetragen hat und was an Diskussion auch um Based-Berlin entstanden ist, das hat Kräfte freigesetzt. Und man kann nur alle ermutigen, diese Selbst- und Eigenlogik fortzusetzen und die Parteien sind gut beraten, das genau zu beobachten und sie nicht so schnell zu vereinnahmen.

Wolfgang Brauer: Danke schön, Thomas Flierl. Das Wort gebe ich auch gleich weiter an Leonie Baumann. Ich will nur ganz kurz etwas zu ihr sagen. Leonie Baumann ist nicht nur Rektorin der Kunsthochschule Berlin-Weißensee, sie ist auch augen-

blicklich zusammen mit Kay Wuschek, dem Intendanten des Theaters an der Parkaue in Lichtenberg, Sprecherin des Rates für die Künste in Berlin. Der Rat für die Künste hat uns hier so eine Art Hausaufgabenheft mitgegeben, 16 Seiten lang. Eine sehr hochgelegte Hürde mit Vorstellungen und ja, Forderungen der Berliner Künstlerinnen und Künstler. Gut, jetzt hatten wir einen ganzen Tag gemeinsam Debatte gehabt. Bitte schön.

Leonie Baumann: Das vom Rat für die Künste erarbeitete Positionspapier enthält nicht nur Forderungen nach institutioneller oder finanzieller Förderung im üblichen Sinne, sondern es war ganz bewusst so ausgearbeitet worden, dass es Ideen für eine städtische kulturelle Weiterentwicklung aufzeigt. In Wolfgang Brauer hatten wir übrigens zu den enthaltenen Themen einen guten Gesprächspartner. Tatsächlich gingen aus dem Positionspapier auch Überlegungen in das Wahlprogramm der Linken ein. Generell würde ich mir übrigens wünschen, dass wir uns noch mehr Zeit nehmen könnten, um die angesprochenen Themen um die kulturelle Zukunftsentwicklung der Stadt, so wie es heute begonnen wurde, analytischer diskutieren zu können.

Es war heute Morgen ganz oft die Rede davon, was hat sich eigentlich in der Kultur der 1970er in Westdeutschland verändert? Die Entwicklung der Kulturzentren, die damaligen Kulturkonzepte weg von der Hochkultur waren ja damals Schritte in eine neue Dimension der Kulturentwicklung hin zu einer ganz anderen Kulturauffassung. Auch heute sollten wir wieder darüber nachdenken, wie sich die Gesellschaft seither erneut verändert hat, und vor welchen ganz neuen Herausforderungen wir wieder stehen.

Die medialen und technologischen Herausforderungen, all das, was an Informationsvermittlung innerhalb von Sekunden über die ganze Welt geschickt werden kann, verändert unser Verhalten. Was hat das gesamte kommerzielle Freizeitverhalten oder auch das 24-stündige Fernsehprogramm auf hunderten von Kanälen für Auswirkungen auf unsere Seh-, Hör-, Rezeptionsgewohnheiten, auf unser Zeitmanagement und Erwartungen? Diese Zusammenhänge zu diskutieren, dafür war heute leider überhaupt nicht die Zeit. Ich würde gerne als Aufgabe aus der heutigen Veranstaltung mitnehmen, dass man sich erneut und mit mehr Ruhe mit diesen gesellschaftlichen Bedingungen und Entwicklungen auseinandersetzt, um eine weitsichtige Vision für eine Kulturpolitik in Stadt und Gesellschaft zu erarbeiten.

Das, was in der Diskussion immer wieder eine große Rolle gespielt hat, ist die Wertschöpfung durch Kultur. Mittlerweile ist es m.E. für jede Stadt und Region zur Normalität geworden, dass Kultur wichtig ist und in der Kulturentwicklung eine Zukunftssicherung zu sehen ist. Zunehmend wird aber Kultur – oft unter dem Begriff Kreativwirt-

schaft – nur noch unter wirtschaftlichen und monetären Gesichtspunkten betrachtet. Da liegt für mich eine große Gefahr. An ganz vielen der heute vorgestellten Beispiele wurde deutlich, dass der ideelle und kreative Wert eben nicht an wirtschaftlichen und finanziellen Kriterien bemessen werden kann – im Gegenteil. »Kunststoffe« ist eine Idee, die nicht über Geld funktioniert: hier steht die Initiative im Mittelpunkt und im Zusammenspiel mit Material, GeberInnen und NehmerInnen befördert »Kunststoffe« als wunderbare Bewusstsein erweiternde Aktion ein gesellschaftliches Nachdenken: über Nachhaltigkeit, über Wegwerfen, über Müll, im Grunde über alles, was unseren Alltag ausmacht. Eine solche künstlerische Aktion gehört gefördert, ohne wenn und aber! Der gesellschaftliche Wert, der daraus erwächst, kann gar nicht mit wirtschaftlichen Kriterien gemessen werden und hat deswegen auch nichts mit Kreativwirtschaft zu tun.

Man sollte also differenzierter mit Begriffen der Wirtschaftlichkeit und Kultur umgehen. Für mich beinhalten Kultur oder künstlerische Aktionen immer auch visionäre Momente. KünstlerInnen sind in der Lage, die Zukunft zu imaginieren. Sie machen mit ihren Aktionen und Projekten etwas denkbar und/oder sichtbar, was ich mir bis dahin nicht vorstellen konnte.

Für KünstlerInnen müssen diese Freiräume zum Experimentieren geschützt werden. Ich kenne viele Künstler, die wollen gar nicht kommerziell denken. In dem Moment, wo sie in der Lage wären, ihre Produktionen in Serie zu geben und in Geld umzuwandeln, haben sie das Interesse daran verloren, weil sie schon wieder bei einer ganz anderen Idee sind. Künstlerische Produktion ist der wahre Luxus unserer Gesellschaft, der gefördert werden muss. Die Wertschöpfung, die unsere Gesellschaft aus Kultur bezieht, muss mit der Wertschätzung der ProduzentInnen einhergehen. Das eine bedingt das andere. Daher ist es eine inhaltliche Aufgabe für uns alle – insbesondere auch für PolitikerInnen – KünstlerInnen und Kunst wertzuschätzen.

Ich fand die Idee mit einer »Inspirationsdividende« übrigens sehr »inspirierend«. Darüber hinaus bin ich auch zunehmend der Überzeugung, dass das bedingungslose Grundeinkommen eine Lösung wäre für ganz viele Probleme, die während der Tagung angesprochen worden sind. Viele KünstlerInnen stellen fest, dass es mittlerweile vielen Menschen finanziell so schlecht geht wie ihnen. Dieses sich ausweitende strukturelle gesellschaftliche Zukunftsproblem, wird sich nicht bessern, sondern eher verschlimmern. Deswegen muss es eine grundsätzliche Problemlösungsidee geben. Und da wäre ein bedingungsloses Grundeinkommen als Idee etwas, mit dem ganz viele Fehlentwicklungen mit einem Mal gelöst wären.

Thomas Flierl: Ohne Antrag.

Leonie Baumann: Ohne Antrag, ohne Psychoterror, ohne alles.

Was ich von der Tagung mitnehme, ist der Bericht aus Baltimore, wo die Hochschulen, Museen und Stiftungen zum Beispiel treibende Motoren geworden sind für die kulturelle Entwicklung und Stadtsteuerung. Das fand ich, da ich gerade die Leitung einer Kunsthochschule übernommen habe, sehr ermutigend. Ich würde gerne mehr von solchen Beispielen erfahren, um die Übertragbarkeit auf Berlin zu überprüfen und ein Netzwerk aufzubauen. Vor kurzem habe ich mit anderen die Initiative »Stadt Neudenken« gegründet. Der konkrete Anlass war eine erneute sehr eigenmächtige Aktion des Liegenschaftsfonds im Quartier Südliche Friedrichstadt und zwar ging es um den Blumengroßmarkt. Die Initiative Stadt Neudenken hat ein Moratorium entwickelt: »Stopp dem Verkauf der Liegenschaften!«. Da sind übrigens andere Städte auch schon darauf gekommen. Für uns ist das ein Ansatz gewesen, grundsätzlich darüber nachzudenken, wie man dem Bedürfnis der Kulturschaffenden nach Räumen entgegenkommen kann und welche Rolle Raumpolitik, Stadtpolitik, Liegenschaftspolitik generell für die Stadtentwicklung spielen kann, aber auch um Kunst und Kultur zu fördern. Für alle, die mittlerweile unterschrieben haben, es sind schon über 150 Personen, (bitte unterschreiben Sie auch!), liegt die Idee auf der Hand, im Moment nicht unser Eigentum zu verkaufen, vor allem da die Preise in die Höhe schnellen. Gebäude und Flächen, die im Eigentum der Bürger sind, sollten vornehmlich für soziale und kulturelle Zwecke zur Verfügung gestellt werden. Liegenschaftspolitik kann reale Kulturpolitik sein, wenn sie mit bewussten Vorgaben einer künstlerisch, kulturellen Steuerung arbeitet. Ich glaube, dass das, was die Atmosphäre der Stadt ausmacht, gerade die Mischung aus Gewerbe, Freizeit, Wohnen, Kultur, künstlerischer Produktion und Konsum ist. Eine gesunde Mischung von allem macht eine Stadt wirklich lebenswert. In dem Moment, wo Verdrängung stattfindet, wird das Gleichgewicht gestört und das muss verhindert werden. Mit Schulterschlüssen in ganz neuem Maßstab sollten wir gemeinsam daran arbeiten, der Homogenisierung der Stadt entgegenzuwirken.

Dann würde ich gerne noch das Thema der kulturellen Vielfalt, die Einrichtung des Fonds für kulturelle Vielfalt anschneiden. Wir müssen mehr und mehr reflektieren, dass sich unsere Gesellschaft strukturell verändert hat, was sich in den drei »P's« widerspiegeln muss.

Erstens die **Produktion** – allen Menschen, die hier in Berlin arbeiten muss die künstlerische Produktion ihrer Ideen ermöglicht werden.

Zweitens das **Programm** der Institutionen – das die Traditionen und die Bedürfnisse der vorhandenen kulturellen Vielfalt berücksichtigen muss.

Und drittens das Publikum, das strukturell die Bevölkerungszusammensetzung der Stadt abbilden sollte. Fehlende Teilhabe kann die Grundlage dafür bereiten, dass sich die Stadt immer weiter auseinander entwickelt mit allen Problemen, die sich dann daraus ergeben.

Abschließend würde ich gerne ausrufen: »Schluss mit der Entmündigung!« Die heutige Tagung war ein guter Auftakt, um gemeinsam Lösungsstrategien, andere Politikschwerpunkte, neue kulturpolitische Ansätze, Sichtweisen zu besprechen. Die unzähligen internationalen kulturellen Impulse, die in dieser Stadt zusammen kommen, bilden ein Potenzial, das bisher nicht ansatzweise genutzt wurde. Zwar entwickeln sich hier in ganz außergewöhnlicher Weise interdisziplinäre und neue künstlerische Aktivitäten, Strategien, Aktionen und Produktionen, die von hier auch wieder in die Welt wirken, aber die Kompetenzen, das dahinter stehende Fachwissen wird nicht oder nur ungenügend genutzt. Hier eine verstärkte Vernetzung zu ermöglichen, mehr als bisher die Bedürfnisse zu erfragen, die Szenen und Beteiligten einbinden, wären die Grundlagen, um eine konkrete Zukunft für Berlin zu imaginieren, damit die Stadt noch attraktiver wird als bisher – aber mit den hier wohnenden Menschen und nicht gegen sie. Danke!

Wolfgang Brauer: Ja, ich danke auch. Das ist für mich das Wunderbare an diesem Tag gewesen, ich räume ein, ich hätte das nicht vermutet. Wir befinden uns ja momentan in dieser schönen Stadt sozusagen auf der Schaumkrone der Welle des Wahlkampfes. Und dass es in solchen Zeiten uns allen hier heute gelungen ist, uns tatsächlich sachlich über diverse, aber allesamt brisante Themen auszutauschen – auch offene Fragestellungen einfach offen zu lassen, zu sagen, o. k., das ist ein Auftakt, hier müssen wir weiter miteinander reden, hier müssen wir auch etwas tiefschürfender als es bislang gelungen ist analysieren und schauen, was ist den passiert in den letzten Jahren mit dieser Gesellschaft und dieser Stadt –, das ist für mich der eigentliche Gewinn dieser Konferenz. Ich nehme das als Auftrag mit. Wir sind sehr gern bereit, dieses Gespräch fortzuführen, wir wollen das auch. Auch als Kulturpolitiker weiß ich, wenn wir dieses nicht intensiver pflegen als es uns bisher gelungen ist, werden wir aus dem Hamsterrad der vermeintlichen alltäglichen Notwendigkeiten und Zwänge nicht rauskommen und können überhaupt nicht den Forderungen dieser Zeit gerecht werden. Es war interessant zu sehen, dass wir über Kultur diskutieren wollten und wir uns eigentlich ausgetauscht haben über sehr virulente Probleme dieser Gesellschaft, mit all ihren Potentialen und ihren Gebrechen. Wenn es uns gelingt, den Diskurs über die Grenzen von Kulturpolitik hinaus zu tragen in die anderen sogenannten Politikbereiche/Politikfelder, wir hatten ja so schöne Schubladen definiert, dann kommen wir einen entscheidenden Schritt weiter. Ich möchte Professor Kirchberg noch einma zitieren, der heute

früh angesichts seiner Studien in Baltimore einen der dortigen Projektentwickler zitierte, ich fand ihn herrlich, diesen Satz: »Nicht nur um die zeitgenössischen Künste, sondern auch um die zeitgenössischen Künstler müssen wir uns kümmern.« Ja genau, genau das sehe ich auch als einen sehr unmittelbaren Arbeitsauftrag aus der heutigen Veranstaltung, sozusagen intensiver heranzugehen an die Verbesserung von Arbeits- und Lebensbedingungen, um soziale Mindeststandards zu halten. Auch im freien Bereich, aber nicht nur im freien Bereich, durchaus auch da wo institutionelle Arbeit erfolgt. Im Lande Berlin ist es mitunter prekärer, als man es gemeinhin glauben möchte. Darauf ist ja auch hingewiesen worden.

Thomas Flierl möchte ich nur in einem einzigen Punkt widersprechen. Ich hoffe, dass mein Widerspruch ohne jede Realität ist, ich fürchte aber, es ist nicht ganz so. Thomas sagte heute Vormittag, Berlin habe sein Baltimore schon hinter sich. Ich hoffe es. Ich sehe aber auch Gefahren, dass diese Baltimorisierung, die ja nicht nur von den Entscheidungsgewaltigen dieser Stadt oder des Staates Maryland abhängig war, das waren ja ganz andere Konditionen, die da aufgezogen wurden in den Vereinigten Staaten, dass das uns hier nicht passiert und es uns gelingt, diese Gefahr abzuwehren.

Konzeptionell, auch das ist für mich heute deutlich geworden, ist die Stadt als Ganzes viel intensiver zu denken, auch über die Summe der einzelnen Bezirke hinaus. Wir hatten mal gesagt, da hießen wir noch PDS: Berlin lebt durch seine Bezirke oder Berlin sind seine Bezirke und dann haben wir sie aufgezählt. Ja, das stimmt, aber nicht nur. Es ist auch ein einheitlicher Organismus entstanden, der ständig mit sich selbst im Widerstreit lebt. Hier gilt es doch diese Potentiale stärker auszubauen, zu nutzen. Kunst und Kultur sind das Herz dieser Stadt, sie sind die Pumpe, die deren Kreislauf am Leben hält. Es gibt aber noch ein paar andere Organe und das muss man zusammen denken, glaube ich. Sicherlich, Kultur und Stadtentwicklung, Wirtschaft, Wissenschaft, über Wissenschaft haben wir gar nicht geredet, über die Potentiale von Wissenschaft, Wissenschaftspolitik. Aber bitte schön, auch wenn es um Wirtschaft geht, Kreativwirtschaft zum Beispiel, sollten wir beginnen etwas weiter zu denken und zu diskutieren als es bislang der Fall war.

Die meisten werden es kennen, das Buch von Roberto Saviano »Gomorrha«. Da gibt es eine sehr aufschlussreiche Szene, die mit unserem Thema zu tun hat. Ich beschwöre jetzt hier nicht Neapel. Nur zum Nachdenken. Einer dieser von der dortigen Mafia-Vereinigung ausgeplünderten Schneider sieht plötzlich eines seiner Kleider wieder. Er sieht es am Leibe einer Schauspielerin, die über den

roten Teppich zur Oscar-Verleihung schreitet. Daraufhin bricht eine Welt für ihn zusammen, weil er über die Produktionsbedingungen anfängt nachzudenken, unter denen dieses Kleid hergestellt wurde. Das heißt, er fühlte sich bislang als Designer, Kreativwirtschaft, kreativ tätiger Mensch und plötzlich wird er auf die Wirklichkeit gestoßen, seine ihn umgebende Realität: Ja, mein Gott, irgendwo muss es doch hergestellt worden sein! Ich glaube, wir machen es uns zu leicht, wenn wir sagen, wir leben in einer postindustriellen Gesellschaft. All die Produkte, die wir verbrauchen, werden irgendwo hergestellt. Auch darüber müssen wir reden.

Jetzt will ich aber nicht weiter philosophieren. Mitnehmen möchte ich und jetzt schließe ich sozusagen meinen Redekreis: Ja, wir brauchen diese Netzwerke, wir brauchen diese Kooperationen auch im Austausch. Die möchte ich weiter pflegen, die müssen und wollen wir pflegen. Das ist unsere unmittelbare Aufgabe und ich bin noch einmal sehr dankbar dafür, dass Frau Baumann sagte, hier ist ein Partner. Ich habe all diese Beiträge, die heute kamen, wo ich allen Mitwirkenden Dankeschön sagen möchte, all diese Beiträge als solches Angebot zur Fortsetzung des Diskurses für einen vertieften Diskurs verstanden. Wir bleiben da auch im Gespräch, allesamt, hoffe ich. Da sind wir jetzt am Anfang des Weges.

Ich möchte auch Dank Ihnen allen sagen, die hier im Raume sind, für die Mühen, denen sie sich teilweise unterzogen haben, um den weiten Weg nach Marzahn-Hellersdorf zu finden. Es sind auch Marzahn-Hellersdorfer im Raume, die hatten es nicht ganz so weit, aber für manche war es dann doch eine kleine Entdeckungsreise und das finde ich schön. Es ist auch für mich manchmal eine Entdeckungsreise, mich an andere Orte dieser Stadt oder der Bundesrepublik bewegen zu dürfen. Ich möchte Dankeschön sagen für diesen Parcours-Ritt, den sie mit uns gemacht haben, an Astrid Landero für diese wunderbare Moderation des ganzen Tages, ich weiß, wie anstrengend das ist. Ich möchte Dankeschön sagen, ich werde mit Sicherheit jetzt Leute vergessen, an die Menschen, die die Konferenz so gründlich vorbereitet haben: Annette Mühlberg, Helga Elias, Gert Gampe, Michaela Klingberg und Matthias Zarbock. Habe ich wen vergessen? Ich habe bestimmt jemanden vergessen. Ich möchte Dankeschön sagen an Frau Winkelmann und ihr Team vom KulturGut. Ihnen allen noch einen schönen Abend, den wir vielleicht gemeinsam im Anschluss im »Marzahner Krug« verbringen. Der befindet sich genau am anderen Ende dieses Angerdorfes, wenn Sie rauskommen links in Richtung Straßenbahn. Da sind Plätze für uns reserviert. Und vielleicht und hoffentlich treffen wir bald wieder aufeinander.

Selbstdarstellungen der Einrichtungen/Projekte



- Zentralstelle für wiederverwendbare Materialien - e.V.

Im Mittelpunkt von **Kunst-Stoffe** steht die künstlerische, umweltwissenschaftliche und kultursoziologische Beschäftigung mit Wieder- und Weiterverwendungsstrategien. Kerngeschäft ist der Betrieb eines Umverteilungszentrums für Abfall- und Gebrauchtmaterialien, die sich für eine kreative Weiternutzung eignen. Diese Materialien stellen wir als nachhaltige Ressource für Kunstschaffende und DesignerInnen, für Lernende und PädagogInnen, sowie für die ressourcenbewusste Allgemeinheit bereit.

Mit eigenen Projekten setzen wir Akzente im Diskurs um nachhaltige Kultur, Upcycling und Konsumhandeln. Seit 2008 betreibt Kunst-Stoffe ein internationales Artists-in-Residence Programm. In diesem Rahmen werden Möglichkeiten des Upcyclings, nachhaltige Designstrategien und Konsumformen von Kulturschaffenden aller Disziplinen erforscht, entwickelt und ausgetauscht.

Mit der Vorhaltung von Offenen Werkstätten und Ateliers bieten wir Denk-, Experimentier- und Produktionsräume und unterstützen die Verbreitung von Umnutzungsstrategien und Suffizienz im Alltag. In Zusammenarbeit mit Bildungsträgern veranstalten wir Workshops für verschiedene Zielgruppen und stehen Schulen als kompetenter Praxispartner zur Seite. Unsere Arbeitsräume und Außenflächen bieten dafür einen selbstbestimmten Lernort, der individualisiertes Lernen unterstützt.

Kunst-Stoffe wurde 2006 von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung als »Beispiel nachhaltiger Entwicklung« ausgezeichnet. 2009 wurde sie zum Leitprojekt der Lokalen Agenda Berlin 21 gekürt. 2009 und 2010 erhielt die Einrichtung Auszeichnungen des »Rates für Nachhaltige Entwicklung«, 2011 wurde ihr der Pankower Umweltpreis verliehen.

Seit der Gründung sind durch Kunst-Stoffe große Mengen an Gebrauchtmaterialien einer Weiterverwendung zugeführt und so eine Vielzahl an künstlerischen Projekten unterstützt worden. Menschen aller Altersgruppen sind zu kreativem Handeln angeregt und zu praktischen Möglichkeiten der Ressourcenschonung qualifiziert worden. Unsere Erfahrungen haben wir auf internationalen Konferenzen, Festivals und Tagungen vermittelt.

KUNST-STOFFE – Zentralstelle für wiederverwendbare Materialien e.V.

Vereinsreg-Nr. 28859 B N1
Amtsgericht Charlottenburg
Steuernummer 27/670/59889

Anschrift
Berliner Straße 17, 13189 Berlin
S und U Pankow

Geschäftszeiten
Büro:
Di. und Do. 10 – 15 Uhr
Mi. und Fr. 11–18 Uhr

Bankverbindung
Deutsche Kreditbank
Kto. Nr.: 100 839 8586
BLZ: 120 300 00

Kontakt
Tel.: +49 030 34089840
E-Mail: info@kunst-stoffe-berlin.de
www.kunst-stoffe-berlin.de

Materiallager:
Mi. 14–20 Uhr
Fr. 11–18 Uhr



Galerie M

Die Galerie

Entgegen mancher Erwartungen zeigt schon der öffentliche Raum des Bezirkes dem interessierten Besucher Überraschendes: außerordentlich viele künstlerische Gestaltungen an Wohnhäusern, öffentlichen Gebäuden und auf Freiflächen prägen den Stadtraum. Ein großer Teil davon stammt aus der Entstehungszeit der Großsiedlung, aber auch nach 1990 sind viele Kunstwerke in zeitgenössischer künstlerischer Form neu entstanden. Die aktuellen Wettbewerbe zur Kunst im öffentlichen Raum gehen oft über die klassische Kunst – am – Bau Gestaltung hinaus, mittlerweile finden in der Marzahner Promenade jährlich temporäre Kunstaktionen statt, ähnliche Projekte in anderen Gebieten des Bezirkes sind geplant. In den letzten Jahren stieg das Interesse an der Kunst im öffentlichen Raum, ihren Möglichkeiten und auch Grenzen bei der Gestaltung urbaner Räume, enorm. Hierzu trug auch das Buch »Kunst in der Großsiedlung« der bezirklichen Kommission für Kunst im öffentlichen Raum bei. Das Interesse an Marzahn wuchs auch bei vielen Künstlern, mittlerweile gibt es ein Atelierprogramm – in Kooperation mit der degewo – das leer stehende Gewerbeobjekte kostengünstig Künstlerinnen und Künstlern zur Verfügung stellt. Für all diese Projekte und Aktivitäten ist die bezirkliche Galerie M Initiator, Anlaufpunkt und Vermittler.

Das Gebäude der Galerie wurde bereits vor 20 Jahren als kommunale Galerie gebaut und als solche genutzt. Ab 2009 änderte sich die künstlerische Ausrichtung der Galerie. Mit Blick auf den besonderen Standort thematisieren die ausstellenden Künstlerinnen und Künstler seit 2009 den städtischen Raum in all seinen Aspekten, sie bewegen sich in Bereiche der Architektur, der Soziologie, der Philosophie und Politik. Der Entstehungsprozess des jeweiligen künstlerischen Projektes setzt eine besonders intensive und langfristige Arbeit voraus, oft über einen Zeitraum von vielen Monaten. Dieser Prozess wird teilweise von temporären Kunstprojekten im öffentlichen – teils virtuellen – Raum begleitet. Der hierbei mögliche partizipative Ansatz ist oft begleitender Bestandteil der Projekte, aber nicht deren alleiniger Zweck. Immer geht es um die Möglichkeiten der zeitgenössischen Kunst im urbanen Kontext. Die Ausstellungen – als Essenz der langfristigen Kunstprojekte – sind daher oft installative und medienkünstlerische Arbeiten. In allen Ausstellungen und den begleitenden Projekten geht es hierbei nie um die reine Spiegelung der Marzahner Realität, diese Realität ist die Ausgangsbasis für eine zeitgenössische künstlerische Auseinandersetzung mit urbanen und sozialen Prozessen gesamtgesellschaftlicher Natur. Dieser Ansatz zeigt mittlerweile eine erfreuliche Resonanz – bei Besuchern aus dem direkten Umfeld – aber auch bei Touristen und Fachpublikum.

Beispiele:

- Das Projekt »Landvermesser K. und Humboldt Landvermesser« von Klaus Eisenlohr und Johann Zeitler vermaß – mit verschiedenen künstlerischen Mitteln – den öffentlichen Raum des Bezirkes über mehrere Monate. Performative Spaziergänge der Künstler, teils mit Bewohnern und Gästen, waren online zu verfolgen. Hellersdorfer und Marzahner arbeiteten am derzeit entstehenden Film zum Projekt mit. Das Projekt wurde im Maxim Gorki Theater im Rahmen der »Visionauten« vorgestellt.
- Das Projekt »BOOMBOX M« von Ritsche, Zast & Marien thematisierte den Stadtumbau, das Sound und Videomaterial wurde in den Ringkolonnaden (jetzt abgerissen) aufgenommen, aus dem realen Stadtumbau wurde ein beeindruckendes Kunstwerk. Über das Projekt wurde ein Film für Arte produziert, hier zu sehen: http://creative.arte.tv/de/space/Ritsche__Zast__Marien/messages/

Im Zentrum der Aktivitäten steht natürlich immer das künstlerische Projekt des jeweiligen Künstlers oder Künstlerin, oft mit Arbeitsmethoden, die weit über die klassische Atelierarbeit hinausgehen. Die künstlerischen Ausdrucksformen sind hierbei den jeweiligen Projekten angepasst und reichen von traditionellen künstlerischen Techniken bis zu aktuellsten medienkünstlerischen Formen. Das neue Galeriekonzept wird von den Besuchern meist sehr positiv begrüßt, sowohl von vielen Marzahnern, als auch von Gästen des Bezirks.

Ein positiver Aspekt dieser Entwicklung ist die zusätzliche finanzielle Förderung der ausstellungsergänzenden Galerieprojekte z. B. vom Projektfonds Kulturelle Bildung, vom Aktiven Zentrum Marzahner Promenade und auch aus Mitteln des Stadtumbaus.

Kulturelle Bildung

Kulturelle Bildung ist ein wichtiger Aspekt der Galeriearbeit. Das Projekt »Wem gehört die Stadt?« von Nicole König und Wolfgang Thies wurde vom Berliner Projektfonds kulturelle Bildung FS1 gefördert. Ab Ende Mai 2011 bis zum Herbst 2011 nutzten Schülerinnen und Schüler der beteiligten Schulen aus Lichtenberg, Tiergarten und Marzahn die obere Etage für ihre künstlerische Arbeit im Bezirk.

Kunst im öffentlichen Raum

Kunst am Bau/Kunst im öffentlichen Raum

Die Galerie M ist Geschäftsstelle der bezirklichen Kommission für Kunst im öffentlichen Raum. (Fortlaufend Steuerung und Realisierung von Wettbewerben zur Kunst im öffentlichen Raum bei kommunalen Investitionen und bei temporären Kunstprojekten)

Der Umgang mit Kunst im öffentlichen Raum in Marzahn-Hellersdorf wird mittlerweile von anderen Städten interessiert verfolgt, das Depot »Zwischenablage« für ortlos gewordenen Kunst und vor allem auch das Buch der Kommission »Kunst in der Großsiedlung« erfreut sich immer wieder großer Resonanz und wird als positives Modellprojekt betrachtet.

Temporäre Projekte

Aus Mitteln des Bund – Länder – Programms »Aktive Zentren« werden von 2010–2014 jährlich drei temporäre Kunstprojekte in der Marzahner Promenade realisiert. Das Thema der Projektreihe ist der Ort selbst: Am Beispiel der Marzahner Promenade sollen sich die künstlerischen Arbeiten mit der Frage des Funktionierens von Stadt und Stadtraum befassen.

In Form von temporären künstlerischen Installationen, Interventionen, Aktionen im Stadtraum soll der Wohn- und Lebensort Marzahner Promenade hinsichtlich seiner heutigen und zukünftigen Potenziale thematisiert werden. In diesem Jahr waren bereits die Aktionen »Sandpromenade« von Schirin Kretschmann und die »Aktion Silberstreif« von Holger Beisitzer zu erleben. Am 5. September 2011 beginnt das dritte Projekt »Eine Hommage an das Spaziergehen im Park« von Hans Winkler. Ein Teilstück der Marzahner Promenade zwischen Eastgate und Kaisers wird sich zu einer temporären Bühne verändern. Bis zum 11. September 2011 werden dort zwei SchauspielerInnen täglich, jeweils für eine Stunde, während des Promenierens Texte zum Spaziergehen vortragen.

Aus dem Programm Stadtumbau Ost werden 2011 temporärer Kunstprojekten im Bezirk realisiert (Hellersdorf, Helle Mitte) Die Projekte sollen im Rahmen der Aktion »Die Unvollendete?!« (Arbeitstitel) die noch unfertigen, aber auch die schon fertigen Ecken und Plätze der heutigen City Hellersdorf unter die Lupe nehmen und Ideen für künstlerische Interventionen, Projekte und ortsbezogene Installationen entwickeln.

Atelierprogramm

Seit März 2010 werden in Marzahn leer stehende Gewerberäume als Künstlerateliers genutzt. Ermöglicht wurde dieses durch ein Kooperationsprojekt der degewo mit der Galerie M. Derzeit arbeiten 11 Künstlerinnen und Künstler in Marzahn. Einerseits werden so Künstlerinnen und Künstlern erschwingliche Arbeits – und Projekträume angeboten, andererseits die kulturelle Infrastruktur des Bezirkes gefördert.

GALERIE M

Marzahner Promenade 13, 12679 Berlin,
Ansprechpartnerin: Karin Scheel, Tel.: 030 5450294, Fax: 030 9311060,
E-Mail: karin.scheel@kunstraum-m.de, www.galerie-mh.de



DAS ORWOHAUS ist ein selbstverwaltetes Kulturprojekt. Neben dem Betrieb des Objektes leistet der gemeinnützige ORWOhaus e.V. laufend Kulturarbeit für und mit den Bands, die am Projekt beteiligt sind. Dazu gehören Konzerte in Berlin sowie im Rahmen von internationalen Austausch, das jährliche ORWOhaus Festival und weitere Projekte im Kultur- und Bildungsbereich. Zweck der Vereinssatzung ist Förderung von Nachwuchs im Bereich der populären Musik. Ziel des Projektes ist es, eine Anlaufstelle für Musikerinnen zu schaffen, in der alles rund um das Musikmachen unter einem Dach zu finden ist, von günstigen Proberäumen hin zu sämtlichen Dienstleistungen wie Tonstudios, Veranstaltungstechnik, Band PR oder Musikunterricht. Das ORWOhaus finanziert sich ausschließlich über Mieteinnahmen. Es werden keine laufenden Zuschüsse bezogen. Punktuell werden projektgebundene Fördermittel beantragt (wie z. B. für das ORWOhaus Festival). 2011 wird einen Antrag beim Europäischen Sozialfond eingereicht mit dem Ziel, eine Struktur für Qualifizierungsmaßnahmen im Bereich der populären Musik im ORWOhaus zu etablieren sowie der Ausbau von Veranstaltungsräumen im Erdgeschoss eingeleitet. Das ORWOhaus ist ein lebendiges Beispiel für die wirtschaftlich und kulturell erfolgreiche Umnutzung ehemaliger Industrielandschaften und die Belebung benachteiligter Randbezirke. Das Beispiel ORWOhaus zeigt, dass junge Kreative mithilfe von tragfähigen Konzepten eigenständig Strukturen zur Etablierung einer alternativen urbanen Kultur aufbauen können, die zudem wichtige Sozialisierungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für die Betroffenen bieten. Das Projekt hat langfristig den Anspruch, sich auch interdisziplinär als alternative Kulturstätte im Raum Berlin- Ost zu etablieren.

Zahlen und Fakten:

Der ORWOhaus e.V.: 6 Angestellte, davon 3 Vollzeit- und 3 Halbezeitstellen
8-köpfiger ehrenamtlicher Vorstand, ca. 100 Vereinsmitglieder

Das ORWOhaus: Ungefähr 200 Bands in 105 Proberäume auf 4500 m², 950 m² Gewerberäume für Musiknahe Dienstleistungen, 1000 m² ausbaufähige Lagerflächen. Das ORWOhaus gilt als größter Proberaumkomplex Europas. Auch weltweit wurden bisher keine ähnlichen Projekte dieser Größenordnung gefunden.

Projekte: Veranstaltung von 5 Festivals auf eigenem Gelände und über 200 Konzerte in Berlin; Bandaustausche mit Rußland, Frankreich und Dänemark, Berlinmusic.tv, Förderung einer Band bestehend aus Menschen mit Behinderung (mit Lebenshilfe Berlin gGmbH), Rundfunk Sendung »Plattensprung« auf Piradio (88,4 Ukw Berlin), wöchentliche ORWO Jam Session.

Historie:

2004: Kündigung der Mietverträge im ORWOhaus durch die TLG aufgrund schwerer Brandschutzmängel

2005: Gründung ORWOhaus e. V. durch ehemalige Mieter

2006: Kauf des Gebäudes und Grundstücks durch den ORWOhaus e. V.

2006: Zuwendungen des Landes Berlin und der Stiftung Deutsche Klassenlotterie für Sanierung und Brandschutzmaßnahmen (je 50.000 und 1 Mio.)

2007: Umbenennung der Straße 13 in Frank Zappa Straße auf Initiative des ORWOhaus e. V.

2009: Abnahme der Umbaumaßnahmen und Erteilung einer Nutzungsgenehmigung

2011: Bauantragstellung für den Ausbau der Hallen im Erdgeschoss bis 2015

ORWOhaus e. V.:

Geoffrey Vasseur (Projektleiter), Telefon: +49 30 32533-414, Teleax: +49 30 32533-415

Mobil: +49 177 4690476, E-Mail: geoffrey.vasseur@orwohaus.de, www.orwohaus.de

UFER_STUDIOS

für zeitgenössischen Tanz _____

In die ehemaligen Werkstätten der Berliner Verkehrsbetriebe direkt am Ufer der Panke im Wedding ist neues Leben eingezogen. Die Hallen sind zu 14 großzügigen Studios, mehreren Büros und Künstlerateliers umgebaut worden. Die frühere industrielle Nutzung ist sichtbar und der Werkstattcharakter lebendig geblieben.

Impulsen aus der freien Tanzszene und dem Netzwerk TanzRaumBerlin folgend, konnte die Uferstudios GmbH diesen neuen Standort für zeitgenössischen Tanz mit Unterstützung der Lottostiftung realisieren. Seit der Eröffnung im Jahr 2010 bieten die Uferstudios Choreographen, Tänzern und anderen Künstlern den Raum für professionelles Arbeiten in einem inspirierenden Umfeld, das auf Offenheit und Partizipation setzt.

Außergewöhnlich an den Uferstudios ist die synergetische Zusammenführung von künstlerischer Produktion, Ausbildung und Information – die unterschiedlichen Nutzungen bündeln sich zu einem spannenden Prisma: Hier begegnen sich temporär ansässige Künstler, Studierende und Dozenten des Hochschulübergreifenden Zentrum Tanz Berlin, Künstler und Mitarbeiter der Tanzfabrik Berlin, des ada-Studio und des Tanzbüro Berlin. Es kann in konzentrierter Klausur oder offenem Miteinander geprobt, geforscht, gearbeitet und studiert werden. Für einen Tag oder mehrere Jahre. Studios, Mediathek, Gemeinschaftsküche und ein weitläufiger Innenhof bieten sich für öffentliche Proben, Lectures, Workshops, Aufführungen oder auch erholsame Arbeitspausen an.

Die Uferstudios sind Freiraum für die hier produzierenden Künstler, Studenten und Wissenschaftler und wachsen mit ihren Ideen und Aktivitäten. Als unabhängiger Arbeitsort sind sie selbstfinanziert, durch die unterschiedlichen Hintergründe ihrer Nutzer sowohl lokal als auch international vernetzt.

Fakten Uferstudios

Erbaut: 1926–1931 Architekt: Jean Krämer

Umbau: 2010 Architekten: Anderhalten (Planung), Jahn (Ausführung)

Bauherr: Uferstudios GmbH Finanzierung: Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin

Flächen: Gebäude 4200 qm Hof 5500 qm

Studiogrößen: 420qm, 260qm, 175qm, 145qm, 85qm

Seminarraum (75qm), Küche (75qm), Ateliers und Büros (je rund 30qm)

Nutzungen: künstlerische Proben, Aufführungen, Konferenzen, Events

Besonderheiten: Oberlicht, Deckenhöhe zwischen 4,8 und 6 Meter, Hängemöglichkeiten für Licht und Bühnenbild, Moltonverdunkelung, Dusch- und Umkleieräume, Lan, Wlan, Starkstrom, Küche, Waschmaschine

Technik und Service: Ton-, Licht und Medienequipment, Podeste, Bestuhlung, Tanzteppich, mobiler Spiegel, Garderobenständer, Veranstaltungsservice

Vor Ort

Das **Hochschulübergreifende Zentrum Tanz Berlin (HZT)** ist eine international orientierte Ausbildungsinstitution in Trägerschaft der Universität der Künste Berlin und der Hochschule für Schauspielkunst »Ernst Busch« Berlin und in Kooperation mit TanzRaumBerlin, einem Netzwerk der professionellen Tanzszene. Das HZT Berlin bietet einen Bachelor und zwei Masterstudiengänge an. // www.hzt-berlin.de

Die Tanzfabrik Berlin ist seit mehr als 30 Jahren in der Entwicklung des zeitgenössischen Tanzes aktiv und organisiert Produktion, Research, Weiterbildungen und Festivals – seit 2010 zusätzlich zum Stammsitz in Berlin/Kreuzberg auch in den Uferstudios. // www.tanzfabrik-berlin.de

Das **Tanzbüro Berlin** initiiert und begleitet Projekte zur Stärkung und Vernetzung der Berliner Tanzszene. Es bietet Künstlern konkrete Beratung und ist kontinuierlicher Dialogpartner der Politik. // www.tanzraumberlin.de

Das **ada Studio**, gegründet 2006, ist seit April 2011 in den Uferstudios/Studio 7 beheimatet. Es bietet Produktions- und Aufführungsmöglichkeiten für junge Choreographen und Neuankömmlinge in der Stadt. // www.ada-studio.de

Die Agentur **björn & björn**, Björn Pätz & Björn Frers, vertreten die Presse- & Öffentlichkeitsarbeit der Uferstudios und betreuen als Presse- und Produktionsbüro freie Tanz-, Theater- und Performanceprojekte. // www.bjoernundbjoern.de



Uferstudios GmbH

Uferstraße 8/23, 13357 Berlin,
Telefon: +49(0)30-46 06 08 87,
mail@uferstudios.com
www.uferstudios.com

Beitrag von Andreas Altenhof (Neuköllner Oper)

Meine Damen und Herren, vielen Dank, dass ich hier zu Ihnen kurz sprechen darf. Ich bin jetzt seit unglaublichen neun Jahren an einem unglaublichen Haus angestellt – der Neuköllner Oper, deren Reiz ich immer wieder neu erlebe, (ich habe im Jahre 2001 dort angefangen, damals frisch aus Dessau kommend), der Reiz, der wie ich finde darin besteht, dass die Macher dort eine Vision haben, dass Musiktheater mit dem Heute, mit dem gesellschaftlichen Heute, mit dem sozialen Miteinander zu tun haben kann und das sogar mit Lust, Humor und Spannung. Theater guckt man natürlich in erster Linie und spricht nicht darüber, deswegen habe ich jetzt keine Bilder mitgebracht, sondern lade Sie einfach schon mal ein, möglichst oft zu uns zu kommen, obgleich viele von Ihnen schon bei uns waren.

Wenn Theater vom Heute spricht, dann spricht das natürlich auch dafür, dass man ein Uraufführungshaus ist, dass man mit lebendigen Autoren, mit lebendigen Komponisten arbeitet. Das tun wir, wir haben pro Jahr ungefähr sechs bis acht Uraufführungen bei uns, von den zehn bis zwölf Produktionen, die wir zeigen. Wir haben es also mit lebendigen Autoren zu tun, die ein Anliegen haben. Deshalb ist auch das Wichtigste, was bei unseren Sitzungen dann ansteht, herauszufinden, warum der- oder diejenige bei uns ein Stück zur Aufführung bringen will. Was ist wirklich das Anliegen? Und das führt ganz zwangsläufig zu einem ganz intensiven Austausch genau über den eigentlichen Protagonisten unseres Hauses, die Stadt Berlin und ihre Bewohner und natürlich zu einer fortgesetzten Selbstverständnisdiskussion: Was soll das eigentlich, was ist dieses Musiktheater, ist es überhaupt noch Oper und so weiter.

Es gibt eben auch deswegen keine Einschränkung bei den künstlerischen Mitteln, die stehen an zweiter Stelle. Und, was ganz wichtig ist, daraus ergibt sich und da möchte ich mehr dazu sagen, ein Verankertsein im Kiez. Wir beziehen ja sozusagen unsere Nahrung aus dem Humus Neukölln und die Neuköllner Oper braucht diese Bodenhaftung. Eine Neuköllner Oper Unter den Linden oder am Kudamm wäre einfach sinnlos, würde aber wahrscheinlich Sinn in Marzahn-Hellersdorf machen.

Wir haben es mit vielen Neugierigen auf die Stadt, auf die Gesellschaft zu tun. Das sind meistens junge Leute, junge Künstler die zu uns kommen, die sich ausprobieren wollen, denen wir ein Forum geben, sei es dass sie aus den Hochschulen kommen, zum Beispiel UdK und Hans Eisler Schule. Wir haben aber auch zahlreiche Schulpartnerschaften, weil wir in der täglichen Arbeit merken, dass hier eine wichtige kulturelle Errungenschaft verloren zu gehen droht, nämlich das man musikalisch Geschichten erzählen kann. Aus der Erfahrung kann ich nur sagen und Sie bitten, wo immer Sie es unterstützen können, dass Sie darauf hinwirken, dass die Integration dieser Projektarbeit in den sogenannten normalen Unterrichtsplan sehr viel größere Fortschritte macht. Im Moment sind wir ein Orchideenfach, man kommt, man kommt auch nicht, es hat überhaupt keinen Belang und wenn Sie eine Aufführung angesetzt haben, kann sie daran scheitern, dass der Sportlehrer gerade eine Kanu-Woche macht. Wir müssen da unbedingt mit der Bildungsverwaltung und mit den möglichen Schulen mehr ins Gespräch kommen, dass das eben nicht nur ein Feigenblatt bleiben kann.

Wir sind darüber hinaus in verschiedenen Aktionen aktiv, zum Beispiel in der »Aktion Karl-Marx-Straße«. Das ist ein ganzheitlicher Ansatz, um die Karl-Marx-Straße von ihrer endgültigen Umwandlung in einen Ein-Euro-Shop-Laden oder Handy-Meile zu retten. Da erleben wir zum Beispiel immer wieder, dass viele Ansätze von uns deswegen ins Leere laufen, weil gesagt wird, das ist ja Kultur. Und diese Unterscheidung, wenn Kultur gleich Luxus ist und Stadtentwicklung Bürgersteige und Beleuchtung, die ist absolut hemmend und unsinnig. Also auch da eine herzliche Bitte, dass Sie darauf hin wirken, dass das endlich mal integrativ gesehen wird.

Wir sind Mitglied im Kulturnetzwerk Neukölln. Das Kulturnetzwerk Neukölln ist ein Zusammenschluss von mittlerweile 45 kulturellen Institutionen, kleinen Galerien, kleinen Theatern, Off-Gruppen, auch so etwas Großes wie wir mit unseren etwas mehr als 15 fest Angestellten, die sich zusammengeschlossen haben, zum Einen um sich zu vernetzen und Informationen auszu-

tauschen, aber eben um andererseits auch Beschäftigungsträger zu sein. Beschäftigungsträger deswegen, weil – Sie wissen es selber – es sich viele Organisationen, viele kleine Galerien einfach nicht leisten können, jemand zu beantragen beim JobCenter oder wo auch immer. Hier fungiert dieses Kulturnetzwerk als Beschäftigungsträger, leiht Kräfte aus und – ich kann es nur unterstreichen, was Frau Pohle vorhin gesagt hat – wir sind jetzt im Kulturnetzwerk dabei, Mitarbeitern in dieser Zentrale zu kündigen, weil die Wetterzeichen, die wir am Horizont sehen, die Kürzung der Stellen, die Kürzung der Regiemittel, die Umwandlung in unsinnige Maßnahmen, einfach soweit voranschreitet, dass wir ab 6. September eine Reihe beginnen werden, »vom Wert der Arbeit«, wo wir uns fragen, wie weit können wir als Beschäftigungsträger diesen Wahnsinn mitmachen und Leuten eine Beschäftigung anbieten, die unserer Meinung keine zukunftssträchtigen Beschäftigung mehr ist.

Das Haus, das wissen Sie vielleicht auch, wird von einem Verein getragen, das war uns ganz wichtig, siehe Bodenhaftung. Wir werden von 230 Mitgliedern »regiert«, sind eine Volksoper und wollen das auch gern bleiben. Wir haben neben den fünfzehn festangestellten Mitarbeitern ungefähr 200 Künstler auf Honorarbasis pro Jahr, die bei uns arbeiten und eben die Mitarbeiter aus öffentlich geförderten Programmen, ohne die unser Programm und das ganz vieler anderer kultureller Einrichtungen einfach nicht mehr funktionieren kann

Ich war schnell, aber es muss ja auch nicht lang sein. Ich glaube, wenn Fragen sind, fragen Sie, ansonsten bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Neuköllner Oper e.V.,
Karl-Marx-Straße 131–133, 12043 Berlin,
Telefon: 030 6889070, Telefax: 030 68890789,
E-Mail: info@neukoellneroper.de
www.neukoellner-oper.de

Das aktuelle Wortstudio in der *provinz*

Geschichten und Gedanken zur aktuellen Befindlichkeit in diesem, unserem Lande – jeden ersten Donnerstag im Monat (Im Programm von www.provinz-berlin.de)

Ich besuche seit 25 Jahren Literaturoffensiven, Lesebühnen, ... dieser Stadt und bin Gastleser bei zahlreichen Veranstaltungen und Lesebühnen. Das »Wortstudio« habe ich initiiert, um wenig bekannten Autorinnen und Autoren die Möglichkeit zu geben, ihre Werke einem interessierten Publikum näher zu bringen.

»Das aktuelle Wortstudio« ist offen für Prosa und Lyrik. Stammleseort und Kooperationspartner ist seit Oktober 2008 bis heute die »Provinz«, ein liebevoll privat geführtes Kulturcafé an der Bouchéstraße 79a in Treptow, das auch andere kulturelle Veranstaltungen beherbergt und als Kieztreffpunkt mit Anwohnerorientierung verstanden wird.

Unsere Texte sind »bunt«. So soll es bleiben. Wir sind keine Lachbühne, kein Klamaukverein, doch Höhen und Tiefen des Lebens sollten sich abwechseln. Daher werden Kurzgeschichten, Auszüge aus umfangreicheren Werken und Gedichte gelesen, die meist in Berlin spielen und der Lebenswelt von uns Schreibenden entspringen.

Wir sind zwischen Anfang 20 und Anfang 70. Der generationenübergreifende, feste Kreis umfasste zu Beginn fünf, heute knapp 20 Autorinnen und Autoren. Einige sind hauptberufliche Schreiber, haben Veröffentlichungen vorzuweisen, andere kommen aus den Bereichen Musik, Kabaret oder verdienen ihr Geld anderweitig. Die meisten von uns sind mit weiteren Berliner Lesebühnen vernetzt/lesen »über den Berliner Raum hinaus«. Mehr als ein Drittel sind Frauen, und ich möchte diesen Anteil auf 50 Prozent erhöhen. Dabei ist jedoch die Qualität ausschlaggebend, keine Quote! Begleitet werden wir von zwei jungen, wunderbaren Musikerinnen/Sängerinnen.

Wir haben bei fast jeder Lesung Raum für einen angemeldeten Gast. Gäste können auch Schreibende sein, die wenig oder keine Erfahrung mit Publikum haben. Wir wollen Mut machen, das Werk der Festplatte, die Einsamkeit des Schreibens zu teilen. Die meisten Gäste gehören mittlerweile zum »festen Kreis«. Die Lesezeit beträgt auch in Hinblick auf das »Cafépublikum« ca. 90 Minuten, also maximal 10 bis 15 Minuten pro Vortrag bei maximal sechs Lesenden und Gast.

Autoren, die fernab jeglicher Form, gültiger Orthografie sowie Rechtschreibung auf der Ebene »ihrer eigenen Kunstform« agieren und das ohne Blick auf Publikum und die Autorengruppe, gehören nicht zu uns. Desgleichen lehnen wir es ab, mit Betreibern von Veranstaltungsorten zusammenzuarbeiten, die uns Literaten als »Zugpferde« für die Steigerung ihres Umsatzes ausnutzen wollen.

Wir sitzen als Schaffende im Anschluss an die Veranstaltung zusammen. Wichtig ist mir, dass wir unsere Gäste einbeziehen, mit ihnen reden. Einen geschlossenen Autorenkreis mit »einer Mauer drumherum«, ausschließlich »Freundesklüngel«, das habe ich leider oft erlebt in den vergangenen 20 Jahren ...

Stefan W. Thielke
Kochhannstraße 3, 10249 Berlin
www.sthielke.de

KREUZBERGER LITERATURWERKSTATT

Die »Kreuzberger Literaturwerkstatt« wurde von mir im März 1976 in der Fürbringer Straße 6 in Berlin-Kreuzberg gegründet und seither ehrenamtlich von mir allein moderiert. Fördergelder haben wir in allen den Jahren weder beantragt noch erhalten. In ihr kann jeder vorlesen, was er geschrieben hat, oder nur zuhören. Diskussionen sind erwünscht! Der Eintritt war zu jeder Zeit frei. Aus der »Kreuzberger Literaturwerkstatt« haben sich dann unter meiner Leitung außerdem die »Künstlergemeinschaft Sisyphos« und die »Galerie im Atelier« gegründet, da wir auch mit Malern und Musikern eine enge Zusammenarbeit pflegen. Sie findet einmal jeweils am 1. Mittwoch im Monat heute im Berliner Büchertisch in Kreuzberg statt und wird unterschiedlich von ca. 45–80 Personen regelmäßig besucht!

Unser Anliegen: Die Lust am Schreiben kann zum kreativen Schreiben werden. Kreatives Schreiben vermittelt eine neue Sensibilität für Sprachbesonderheiten. Es gibt Impulse für die Texterstellung und zeigt den Weg zum eigenen Stil. Die Literaturwerkstatt will die Lust am Schreiben vermitteln. Der Prozeß des Schreibens soll in Gang kommen und weitergeführt werden. Im Zentrum wird daher der elementare, lebendige Umgang mit Sprache und Texten stehen. Wir bemühen uns, konzentriert und kollegial die vielfältigen Möglichkeiten kreativen Schreibens kennenzulernen, schlummernde Idee und eigene Sprachressourcen sollen dabei ans Licht gebracht werden.

Ich lade nun mehr seit 35 Jahren Menschen mit unterschiedlichen Biographien und Anschauungen zu mir ein! Faschistisches, menschenunwürdiges, rassistisches Gedankengut hat bei uns keinen Platz! Obwohl nicht parteipolitisch orientiert, geben wir uns engagiert in gesellschaftlichen und sozialen Fragen und nehmen an den brennenden Fragen des Friedens teil, in der Erkenntnis, dass man FRIEDEN ebenso wenig wie LIEBE organisieren kann: ... beides muß wachsen!!!

Bei unseren Treffen trinken wir nicht nur Tee und Kaffee. Streitbar wird über Erlebtes und Geschriebenes diskutiert, werden private und gesellschaftliche Probleme berührt, wie auch die politisch aktuellen Vorgänge besprochen. Aus einem brüchigen Leben wird oft erzählt. Gespräche werden geführt, die unser aller Lebensweg begleiten. Und es wird allen Gästen zugehört, weil der eine oder andere von ihnen über Selbsterlebtes berichten!

Mit einigen anderen Lesebühnen, wie u. a. »Dem aktuellen Wortstudio« arbeiten wir freundschaftlich zusammen und tauschen uns auch aus!

Aus unserer »Kreuzberger Literaturwerkstatt« sind viele Autoren/Innen hervorgegangen, die heute auf Veröffentlichungen zurück blicken können!

Berlin, im Oktober 2011
nepomuk ullmann

»Kreuzberger Literaturwerkstatt« im Berliner Büchertisch

Mehringdamm 51, 2. Hof, 10961 Berlin
Kontakt: Nepomuk@Berliner-Buechertisch.de
www.buechertisch.org
Leitung & Moderation Nepomuk Ullmann

Anlagen



Das KulturGut in Alt-Marzahn ist eine, den alten Marzahner Dorfkern mitprägende Einrichtung für künstlerische und kulturelle Selbstbetätigung, für öffentliche und institutionelle Aktivitäten und Veranstaltungen zur Förderung der Geselligkeit und des Gemeinschaftsgefühls, der Kunst und Kultur, der gesunden Lebensweise, der persönlichen Weiterbildung sowie zur Ausrichtung von privaten Fest- und Feierlichkeiten im dörflichen Ambiente.

Die Leistungen und Angebote sind fest integriert in die kulturellen Aktivitäten des Bezirkes und der hier tätigen Vereine, Kulturgruppen und künstlerisch tätigen Menschen. Dies fördert das Schließen wichtiger Brücken der Verständigung zwischen Menschen unterschiedlicher Kulturkreise in der Stadt.

Zugleich ist das KulturGut Arbeitsstätte für Teilnehmer an Arbeitsförderprojekten zur Entwicklung von arbeitsmarktlich, sowie relevanten Sozialverhalten und zur Entwicklung von beruflichen Fähigkeiten und Fertigkeiten. Durch die Teilnehmer an Projekten wird die Entwicklung, Organisation und Durchführung von Leistungsangeboten der **AGRARBÖRSE Deutschland Ost e.V.** in den Kunstwerkstätten und in öffentlichen Veranstaltungen unterstützt.

Durch die am Standort KulturGut tätigen **Projekte** unseres Vereins, werden beispielgebende Leistungen zusätzlicher und zielgruppenorientierter Angebote entwickelt, vorbereitet und umgesetzt. Damit werden nachhaltig soziales Engagement, Kommunikation, Freizeitbetätigung, Aneignung und Entwicklung von Kultur und Kunst, handwerkliche und geistige Fähig- und Fertigkeiten, sowie aktive Erholung gefördert.

Veranstaltungen: Die Einrichtung wird geprägt durch eine Vielzahl von täglich und wöchentlich stattfindenden Veranstaltungen, Angeboten, Proben und andere Nutzungen. Bitte entnehmen Sie die aktuellen Angebote dem Veranstaltungsplan bzw. den Aushängen vor Ort.

Entstehungsgeschichte: 1833, nach dem großen Dorfbrand im Jahre 1832, wurde der Wirtschaftshof durch den Architekten Rückert errichtet. Seit dem 21. September 1977 steht das Vorderhaus, wie auch andere alte Gebäude im Dorf Alt-Marzahn, unter Denkmalschutz. Die ehemaligen Wirtschaftsgebäude aus dem 19. Jahrhundert, sind nicht mehr erhalten. Seitenflügel und Kulturscheune wurden 1987 neu errichtet. Am 26. Januar 1991 wurde der Gebäudekomplex mit zahlreichen Angeboten kultureller und künstlerischer Möglichkeiten, als **Freizeithof** neu eröffnet. Im Januar 1997 wurde der Freizeithof, anlässlich seines 5-jährigen Bestehens in **KulturGut** umbenannt.

KulturGut

Alt-Marzahn 23, 12685 Berlin,
Ansprechpartnerin: Marion Winkelmann,
Telefon: 030 56294286, Telefax: 030 99287935,
E-Mail: winkelmann@agrар-boerse-ev.de
<http://www.agrar-boerse-ev.de/kulturgut.html>

Ständige Kulturpolitische Konferenz der Partei DIE LINKE.

Wir verstehen uns als ein ständiges Diskussionsforum zur Kulturpolitik in dieser Partei und zugleich als ein koordinierendes Gremium für parlamentarische und außerparlamentarische Aktivitäten. Wir sind offen für alle, die sich an der Formulierung neuer Leitbilder und Zielstellungen einer demokratisch-sozialistischen Kulturpolitik beteiligen wollen und laden ausdrücklich zu dieser Debatte ein. Zugleich verfolgen wir den Anspruch, die Debatte um den Stellenwert von Kultur in dieser Gesellschaft zu befördern und auch zu einem neuen Verhältnis von Kultur und Politik in der sich neu formierenden Partei beizutragen.

Die Ständige Kulturpolitische Konferenz (SKK) besteht seit 1995. Ihre Existenz geht auf die Initiative und Arbeit von Sabine Andert (Vorstandsmitglied von 1995 bis 1997) zurück. 1997 übernahm Edda Seifert als damals für Kultur zuständiges Mitglied im Parteivorstand der PDS diese Aufgabe. Von 1998 bis 2007 trugen Edda Seifert und Prof. Dr. Heinrich Fink (ehemaliger kulturpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion der PDS) gemeinsam Verantwortung für die inhaltliche Planung und Betreuung der Konferenz. Im Jahre 2002 hat sich die SKK als Arbeitsgemeinschaft innerhalb der PDS konstituiert und wurde vom Vorstand als bundesweiter Zusammenschluss anerkannt.

Ihr Selbstverständnis und ihren Anspruch haben die Mitglieder der SKK in einem Positionspapier: »PDS-Kulturpolitik: Positionen/Schwerpunkte/Arbeitsweise« im Juli 2000 festgehalten, das in den Grundzügen bis heute handlungsleitend ist. Danach wird Kultur nicht allein als Ressort politischen Handelns begriffen, sondern als sinnstiftender Hintergrund politischer Programmatik und Moment aller politischen Aktivitäten. Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik. Die tiefgreifenden Veränderungen, die sich in Politik, Ökonomie und Kultur in dieser Gesellschaft in Ost und West seit 1989 vollzogen haben, erfordern auch eine Neubestimmung von linker Politik und Kulturpolitik. An dieser Neubestimmung mitzuwirken, hat sich die SKK zur Aufgabe gemacht.

Arbeitsprinzip ist eine ressort- und ebenenübergreifende Verständigung all jener, die innerhalb und außerhalb der Partei kulturpolitisch und kulturell tätig sind, so auch in Kommunikation mit Künstler/innen und Kulturschaffenden und ihren demokratischen Organisationen und Interessenvertretungen, wie z. B. der Kulturpolitischen Gesellschaft und dem Deutschen Kulturrat. Die SKK ist seit Anfang 1999 korporatives Mitglied der Kulturpolitischen Gesellschaft.

Im Prozess der Parteineubildung haben wir uns im Februar 2007 – nun schon gemeinsam mit Mitgliedern der WASG – neu konstituiert, neue SprecherInnen gewählt und unsere Arbeitsweise neu definiert. Wir verabredeten, uns als Bundesarbeitsgemeinschaft aktiv in das Entstehen einer neuen Linkspartei einzubringen, mit dem Ziel, dass diese neue Partei sich von Beginn an auch kulturell profiliert. Wir haben Landesarbeitsgemeinschaften gegründet, in dreizehn Bundesländern ist uns das schon gelungen – in Bayern, Berlin, Brandenburg, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, NRW, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen. Eine weitere Arbeitsgemeinschaft in Baden-Württemberg ist in Gründung. Wir haben derzeit 389 »ordentliche« Mitglieder (d. h. Mitglieder die auch in der Partei DIE LINKE sind). Daneben wirken aber auch viele weitere Künstler/innen und Kulturschaffenden, die der Linken nahestehen in den Landesarbeitsgemeinschaften mit. Seit Juni 2009 sind wir auch offiziell als Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei DIE LINKE. anerkannt. Derzeitige Sprecher/innen unserer Bundesarbeitsgemeinschaft sind Annette Mühlberg und Thomas Flierl. Thomas Flierl leitet darüber hinaus das Kulturforum der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Ida Schillen und Diether Dehm betreuen die Arbeitsfelder Kulturpolitik und Kulturarbeit im jetzigen Parteivorstand und sind damit auch unsere Ansprechpartner/innen. Eng arbeiten wir mit der kulturpolitischen Sprecherin der Bundestagsfraktion Lukrezia Jochimsen zusammen. Die kulturpolitischen Sprecher/innen der Landtagsfraktionen sind ebenfalls Mitglieder unserer Arbeitsgemeinschaft.

Wir sind damit das fachlich kompetente Beratungsgremium für den Parteivorstand und die Landesvorstände und wirken mit bei der Erarbeitung von Programmen und Positionspapieren. Durch kontinuierliche Verständigung aller kulturpolitischen Akteure haben wir in den letzten Jahren wesentlich dazu beigetragen, dass DIE LINKE in diesem Arbeitsfeld erkennbar ist.

Wir streben eine stärkere Vernetzung mit anderen Bundesarbeitsgemeinschaften, mit Künstler/innen und Kulturschaffenden und deren Organisationen und Gremien von der lokalen bis zur europäischen Ebene an. Im Zusammenwirken mit dem 2007 gegründeten Kulturforum der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Bundestagsfraktion wollen wir an die Tradition der von Sabine Andert Mitte der 90er Jahre initiierten Kulturforen anknüpfen. Das Kulturforum zur Zukunft von Arbeit und Kultur im Jahre 2006 in Senftenberg und das Forum zur kulturellen Bildung in Berlin Ende 2007 waren ein hoffnungsvoller Anfang, dem weitere bundesweite Veranstaltungen folgten, so ein Kulturforum zum Wandel der Kulturproduktion Ende 2009 in Berlin, das schon vom neu gegründeten Kulturforum der Linken bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung veranstaltet wurde. Im Jahre 2009 haben wir uns in mehreren Beratungen und einer öffentlichen Diskussion in Weimar mit der Perspektive der Theater beschäftigt und als Ergebnis im Februar 2010 eine »Erklärung zur Zukunft der Theater« verabschiedet.

Unsere inhaltlichen Schwerpunkte in diesem Jahr sind die Sicherung der kulturellen Infrastruktur in den Ländern und Kommunen und die Verbesserung der sozialen Lage und Einkommenssituation der Kreativen. Unser wichtigstes Vorhaben war die Kulturkonferenz in Berlin »Kultur Stadt Berlin. Perspektiven durch Kultur?« am September 2011 im KulturGut in Alt-Marzahn.

Daneben haben wir uns mit Beiträgen und Diskussionen an der Programmdebatte der Partei beteiligt. Zum jetzt vorliegenden Programm haben wir schon im Herbst vergangenen Jahres den Vorschlag für einen neuen eigenständigen Kulturabschnitt eingebracht, der in leicht verknappter Form in die Endfassung aufgenommen wurde.

Berlin, den 23. November 2011

Ständige Kulturpolitische Konferenz

Sprecher/innen Dr. Annette Mühlberg und Dr. Thomas Flierl

Kontakt: DIE LINKE. Bundesgeschäftsstelle, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, Gert Gampe, Tel. 030 24009-357, Fax 030 24009-480, E-Mail: gert.gampe@die-linke.de oder Dr. Annette Mühlberg, Telefon: 030 227-51198, Telefax: 030 227-56338, E-Mail: annette.muehlberg@linksfraktion.de

http://die-linke.de/partei/zusammenschluesse/staendige_kulturpolitische_konferenz/

Information zur Landesarbeitsgemeinschaft Kultur Berlin der Partei DIE LINKE.

Die Landesarbeitsgemeinschaft Kultur Berlin ist ein Zusammenschluss von linken kulturpolitisch Aktiven innerhalb und außerhalb der Partei, gegründet im Jahre 2007. Wir sind als Landesarbeitsgemeinschaft Berlin Teil der Ständigen Kulturpolitischen Konferenz (SKK) – der Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei DIE LINKE. – und folgen im Wesentlichen den in der Selbstdarstellung der SKK angeführten Anliegen und Arbeitsprinzipien. Wir verstehen uns als ein Diskussionsforum für linke Kulturpolitik und ein Beratungsgremium für Kulturpolitik im Landesverband Berlin. Derzeit haben wir 28 »ordentliche Mitglieder« – d. h. Mitglieder der Partei Die LINKE. Wir sind aber für die Mitarbeit aller offen, die sich für eine demokratische, linke Kulturpolitik in Berlin engagieren wollen und laden herzlich dazu ein. Unser wichtiges Projekt in diesem Jahr war die Kulturkonferenz in Berlin am 2. September im KulturGut in Alt-Marzahn. Wir wollen den dort begonnenen Dialog in verschiedener Weise fortsetzen und auch im nächsten Jahr eine Kulturkonferenz veranstalten. Daneben haben wir uns an der Debatte um das Landeswahlprogramm beteiligt. Unser Entwurf ging in das Wahlprogramm der Linken ein.

Landesarbeitsgemeinschaft Kultur der Partei DIE LINKE. Berlin

Kontakt: Helga Elias, Abgeordnetenhaus von Berlin, Fraktion DIE LINKE,
Niederkirchnerstraße 5, 10111 Berlin, Telefon: 030 2325-2592, Telefax: 030 2325-2515,
E-Mail: elias@linksfraktion-berlin.de oder
Dr. Annette Mühlberg, Bundestagsfraktion DIE LINKE. Telefon: 030 227-51198,
Telefax: 030 227-56338, E-Mail: annette.muehlberg@linksfraktion.de und Matthias Zarbock,
BVV-Fraktion DIE LINKE. , Telefon: 030 4202-0873, Telefax: 030 4202-0874,
E-Mail: m.zarbock@linksfraktion-pankow.de

Artikel im Neuen Deutschland vom 5. September 2011

Retter der Vielfalt

LINKE und die Kulturpolitische Konferenz diskutierten über die Kulturstadt Berlin
Von Anouk Meyer

Ach ja, die Kultur. Einerseits hat Berlin viel davon – Museen, Theater, Opern, hunderte Galerien. Andererseits drängen steigende Mieten, ein Mangel an Ateliers und Proberäumen sowie die miserable Bezahlung die Künstler an den Rand der Gesellschaft. Was tun, fragt sich die LINKE und widmete dem Thema einen ganzen Tag: Unter dem Titel »Kultur Stadt Berlin – Perspektiven durch Kultur?« diskutierten Politiker, Wissenschaftler, Journalisten und Kreative am Freitag im Kulturgut Alt-Marzahn, wie Stadtpolitik die kulturelle Vielfalt retten oder gar verbessern könnte.

Einen Überblick über Kulturpolitik in Berlin seit der Wende gab gleich zu Anfang Thomas Flierl, früherer Kultursenator und Leiter des Kulturforums der Rosa-Luxemburg-Stiftung, die das Symposium zusammen mit der Ständigen Kulturpolitischen Konferenz und der Landesarbeitsgemeinschaft Kultur Berlin der Linkspartei organisiert hatte. Flierl, der nach zehn Jahren als Berliner Abgeordneter bei der kommenden Wahl nicht mehr antritt, hat Erfahrungen auf allen Ebenen gesammelt, zuletzt als Vorsitzender des Stadtentwicklungsausschusses Berlin. Sein Resümee: Kulturpolitik hat das Problem, sich immer wieder gegen andere Ressorts durchsetzen und legitimieren zu müssen. Das betreffe ganz praktische Probleme wie den Versuch, die Liegenschaftspolitik des Landes zu ändern und dadurch Orte zu schaffen, wo Künstler leben und arbeiten können, aber auch die unterschiedliche Sichtweise auf wirtschaftliche Sachzwänge.

Im ersten Teil der Veranstaltung »Kultur in der Stadt« wurde diskutiert, ob und wenn ja, wie, Städte und Regionen durch Kultur aufgewertet werden können. Ermutigend waren die Erläuterungen des Stadtforschers Volker Kirchberg von der Universität Lüneburg, der am Beispiel der amerikanischen Stadt Baltimore erklärte, wie mit wenig Geld die kulturelle Szene stark gefördert werden kann und welche positiven Auswirkungen dies auf das Lebensgefühl der Stadt hat. Zwar sind die Ideen einfach – bezahlbare Räume für Kreative, steuerliche Vergünstigungen für Betreiber von Kunst-Gewerbe, nicht zuviel Druck von oben – aber wirksam, solange sich das Karussell aus Quartiersaufwertung, Mietensteigerung und Verdrängung nicht zu schnell dreht.

Unter dem sperrigen Motto »Kulturarbeit im Spannungsfeld von Institutionen und Projekten« stand das zweite Themenfeld. Nachdem sich einige Projekte wie unter anderem das Orwo-Haus, die Uferstudios für zeitgenössischen Tanz und die Berliner Lesebühnen vorgestellt hatten, ging es um Infrastruktur und Fördermöglichkeiten durch Bezirke und Senat, um Erfahrungen mit Jobcentern und Projektfonds sowie letztlich um die Frage, wem die Stadt gehört.

Ein Plädoyer für Netzwerke zog am späten Nachmittag die Berliner Staatssekretärin für Wirtschaft, Almut Hartwig-Tiedt. Sie erläuterte, wie mit Fördermitteln Produktionsräume entstehen, Mikrokredite bis 25.000 Euro Kreativen zugänglich gemacht werden und durch Wettbewerbe kreative Prozesse angeregt würden, und nannte als positive Beispiele für Berlin die Fortschritte in der Musik-, der Mode- und der Buch- und Spielebranche. Trotz aller Erfolge gab Hartwig-Tiedt zu, dass in der Zusammenarbeit von Wirtschafts- und Kultursenat noch viele ideologische Schranken bestünden. »Das müssen wir ändern«, so die Staatssekretärin, die sich für einen Mindestlohn bei öffentlichen Aufträgen aussprach.

Um die oft erbärmliche finanzielle Situation von Kreativen ging es auch bei der anschließenden Podiumsdiskussion. Ob Schauspieler, Tänzer oder Bildende Künstler – der Durchschnittsverdienst im Jahr liegt bei 11.000 bis 12.000 Euro, klagten Sabine Schöneburg von ver.di und Herbert Mondry vom Bundesverband Bildender Künstler. Selbst bei öffentlich geförderten Projekten werden oft nur zwei bis vier Euro Stundenlohn gezahlt, kritisierte auch Anne Passow vom Landesverband der Freien Theaterschaffenden. Da muss sich was ändern, waren sich alle einig. »Wir müssen die Stadt als Gesamtorganismus denken und die Lage neu analysieren«, fasste MdA Wolfgang Brauer am Ende zusammen.

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/205966.retter-der-vielfalt.html>

Das soziale Berlin

Kapitel VI. Öffne dir die Stadt – Berlin: Stadt in der wir leben

Kultur schafft Gesellschaft

Kultur ist ein prägender Faktor der Stadt, der auch wirtschaftlich weiter an Gewicht gewinnt. Die Vielfalt der Berliner Kultur und ihrer sozial-kulturellen Milieus zwischen etablierter Hochkultur, freier Szene, kreativer Kulturwirtschaft und bürgerschaftlichem Engagement bestimmt ganz erheblich die internationale Anziehungskraft und die Lebensqualität Berlins für seine Bürgerinnen und Bürger. Stadtpolitik ist verpflichtet, den Reichtum an kulturellen Institutionen und Infrastruktur, seine kulturelle Vielfalt und die Kreativität seiner kulturellen Milieus als belebende Kräfte zukünftiger Stadtentwicklung zu fördern. Die gleichberechtigte Teilhabe aller am kulturellen Leben Berlins ist Chance und Notwendigkeit zugleich für die Entwicklung unserer Stadtgesellschaft. Besondere Unterstützung verdient die musikalische Bildung in Kindergärten, Schulen und Freizeiteinrichtungen, um das Bedürfnis der Kinder und Jugendlichen nach künstlerischer Betätigung sowie nach Konzert- und Theaterbesuchen zu fördern. DIE LINKE steht für den Erhalt und den Ausbau aller Facetten der vielfältigen Berliner Kulturlandschaft, also der international bedeutsamen Theater, Opernhäuser und Museen, der Kleinkunst-, Underground- und Clubszene ebenso wie der bezirklichen Einrichtungen und der vielfältigen Projekte freier Träger. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, vor allem die strukturelle Künstlerförderung zu stärken und die Produktion von Kunst zu ermöglichen. Bei den zentralen Investitionsvorhaben streiten wir für den Zentralstandort der Landesbibliothek auf dem Tempelhofer Feld, für die Erweiterung des Stadtmuseums und des Bauhausarchivs.

Berlin ist zentraler Ort nationaler und europäischer Geschichte, die es in seinen Bauwerken, Erinnerungsstätten, Museen und Sammlungen repräsentiert. Berliner Stadtpolitik trägt Verantwortung für die kritische Auseinandersetzung mit der Nationalgeschichte, mit der NS-Vergangenheit, mit der Geschichte der DDR und der Spaltung der Stadt.

DIE LINKE unterstützt die öffentliche Auseinandersetzung zur Umbenennung von Straßen mit kolonialem Bezug und setzt sich für einen intensiven postkolonialen Diskurs in Berlin ein. Das Afrikanische Viertel soll zu einem postkolonialen Erinnerungsort weiterentwickelt werden. Wir unterstützen Bestrebungen zur Einrichtung eines Mahnmals für die Opfer von Kolonialismus, Sklaverei und Ausbeutung.

Der Umgang mit den Stätten der Erinnerungskultur, den Zeugen und den Zeugnissen der Vergangenheit, ist Ausdruck der inneren Verfasstheit unseres Gemeinwesens und mitbestimmend für das Ansehen Berlins in der Welt.

Kulturelle Infrastruktur und Kulturangebote in den Bezirken stärken

Die Kulturarbeit in den Bezirken ist ein wichtiger Bestandteil gesamtstädtischer Kulturpolitik. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass Land und Bezirke verbindliche Standards für die kulturelle Infrastruktur vereinbaren und dafür auch eine ausreichende Finanzierung sichern. Dazu zählen die Bibliotheken, Musikschulen, Volkshochschulen, Jugendkunstschulen, Spielstätten, Galerien und Bezirksmuseen. Wir treten dafür ein, dass keine Einrichtungen geschlossen und damit auch kein Personal abgebaut werden muss.

Kulturelle Bildung ausbauen

Wir wollen das Rahmenkonzept für Kulturelle Bildung weiter entwickeln und umsetzen. Um möglichst vielen Berlinerinnen und Berlinern Zugang zu kultureller Bildung zu öffnen, wollen wir den bisher hauptsächlich auf Kinder und Jugendliche ausgerichteten Ansatz auf Seniorinnen und Senioren erweitern.

Interkulturelle Öffnung vorantreiben

Die internationale Anziehungskraft Berlins ist unbestritten, die Internationalität Berlins ergibt sich auch aus seiner »gemischten« Bevölkerung. Wir wollen auch mit der Kulturarbeit stärker an die Interkulturalität Berlins anknüpfen und deshalb die Kultureinrichtungen stärker an der multiethnischen Stadtgesellschaft Berlins ausrichten.

DIE LINKE unterstützt den Vorschlag des Rates für die Künste, einen »Fonds für kulturelle Vielfalt« aufzulegen.

Arbeits- und Schaffensbedingungen verbessern

Viele Künstlerinnen und Künstler arbeiten als Freiberufler unter prekären Bedingungen oder in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen.

DIE LINKE setzt sich für den Erhalt und Ausbau der Künstlersozialversicherung und eine Verbesserung der Einkommensverhältnisse der Kreativen ein. Künstlerinnen und Künstler müssen von ihrer Arbeit leben können. Der Lesefonds soll weitergeführt werden. Für kommunale Galerien fordern wir einen Fonds für Ausstellungshonorare. Der Bereich der Kunst im öffentlichen Raum ist als eine wichtige Einkommensquelle für Künstler zu stärken, die dafür geltenden Regelwerke sind auch auf Mischfinanzierungen auszudehnen. Wir haben im Rahmen des Öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS) neue Beschäftigungsverhältnisse vor allem zur Stärkung der kulturellen Infrastruktur geschaffen.

Wir wollen den ÖBS unter den veränderten arbeitsmarktpolitischen Rahmenbedingungen auch im kulturellen Bereich fortsetzen und ausbauen. Künstlerinnen und Künstler brauchen Raum. Ungenutzte Liegenschaften und Freiräume der Stadt wollen wir verstärkt für kulturelle Nutzungen öffnen.

Kultur für alle

Der Berlin-Pass ist ein Erfolgsmodell und soll erweitert werden. Eintrittspreise und Zugangsmöglichkeiten zu kulturellen Angeboten müssen so sein, dass alle Berlinerinnen und Berliner unabhängig von ihrer Herkunft und ihren sozialen Bedingungen am kulturellen Leben teilhaben können, auch Menschen mit kleinem Einkommen, die keinen Anspruch auf den Berlin-Pass haben. Kreative Lösungen können z. B. auch Last-minute-Ticket-Angebote von Theatern und Musikveranstaltern sowie eintrittsfreie Tage bei den Museen sein.

http://www.die-linke-berlin.de/wahlen/berlin_2011/wahlprogramm/

Auszug aus dem neuen Programm der Partei DIE LINKE.
(Beschlossen auf dem Erfurter Parteitag am 23. Oktober 2011)

Kapitel IV Linke Reformprojekte – Schritte gesellschaftlicher Umgestaltung

Kultur für eine gerechte und dialogfähige Gesellschaft

Kulturelle Vielfalt und die Künste in allen ihren Ausdrucksformen sind unverzichtbar für eine lebendige Demokratie. Günstige Rahmenbedingungen und Freiräume für ihre Entwicklung zu schaffen ist deshalb für uns als Linke wesentlicher Bestandteil unseres Ringens um eine demokratische und sozial gerechte Gesellschaft. Das Staatsziel Kultur gehört ins Grundgesetz.

DIE LINKE tritt für eine demokratische Kultur ein, in der alle Gruppen und Milieus ihre kulturelle Identität finden und ausdrücken können. Alle Menschen sollen die Möglichkeit zur Teilhabe am kulturellen Leben und dem kulturellen Reichtum dieser Gesellschaft haben. Das erfordert kulturelle Bildung von Anfang an. Der Zugang zu Bildung und Kultur, zu den traditionsreichen wie auch den modernen Kultur- und Kommunikationsformen ist eine der wichtigsten sozialen Fragen des 21. Jahrhunderts und entscheidet wesentlich über die Entwicklungsmöglichkeiten jedes Einzelnen wie der Gesellschaft als Ganzes. Kultur und kulturelle Bildung sind Voraussetzung von Emanzipation.

Wir setzen uns für den Erhalt der öffentlichen Kulturförderung ein und wenden uns gegen eine schrankenlose Liberalisierung und Verwertung kultureller Leistungen, gegen Privatisierungen und den Abbau öffentlicher Infrastruktur. Wir wollen die Vielfalt der Träger kultureller Produktion erhalten und fördern – von öffentlichen und frei-gemeinnützigen Initiativen bis zu unabhängigen Verlagen, Studios, Agenturen und künstlerischen Produktionsfirmen. Wir wollen das kulturelle Leben in allen Regionen und Milieus fördern. Wir wollen gute, existenzsichernde Arbeit im Kulturbereich. Künstlerinnen und Künstler, alle Kulturschaffenden sollen von ihrer Arbeit leben können und sozial abgesichert sein.

Durch die Künste in der Vielfalt ihrer Richtungen werden die Freiheit der Einzelnen und ihre soziale Gebundenheit in aller Widersprüchlichkeit gedacht und erlebt. Weil Kunst ein wesentliches Moment der großen gesellschaftlichen Debatten ist, will DIE LINKE die eigenen Welten der Künste als autonome Räume, Experimentierfelder und Refugien sichern und schützen. Sie sieht in neuen künstlerischen Tendenzen Impulse für ein erweitertes Welt- und Gesellschaftsverständnis, die nach Kräften zu fördern sind und sie braucht die Anregungen, die von Künstlerinnen und Künstlern ausgehen.

Die Linke fühlt sich mit all jenen verbunden, die diese Gesellschaft kritisch sehen und auf ihre Veränderung dringen. Wir sind offen für die verschiedenen Entwürfe eines anderen, menschenwürdigen Lebens und wollen die emanzipatorischen Perspektiven stärken.

In der Partei DIE LINKE finden Menschen aus verschiedenen sozial-kulturellen Milieus und unterschiedlichen politischen Kulturen zusammen. Ihre Erfahrungen sind eine Bereicherung auf dem Wege zu einem weiten Kulturverständnis einer neuen gesellschaftlichen Linken.

Kultur ist Erinnerung. Kultur verbindet Tradition mit dem Heute. Erst die Besinnung auf das kulturelle Erbe lässt ein differenziertes Kulturverständnis entstehen. Deshalb liegt in der Kultur die Basis für Verständigung und Toleranz. DIE LINKE wird ihren Beitrag für eine demokratische Erinnerungskultur leisten. Wir wollen uns der Kulturgeschichte des früher geteilten Landes in seinem europäischen Kontext vergewissern.

<http://www.die-linke.de/partei/dokumente/programmderparteidielinke/>



www.die-linke.de